



WERK *und* WIR
HOESCH AKTIENGESELLSCHAFT

5

1964

Dr. Willy Ochel berichtete der Hauptversammlung über die Entwicklung und über die künftigen Aussichten unserer Gesellschaft, nachdem Dr. Hans Janberg (sitzend), unser Aufsichtsratsvorsitzer, die Hauptversammlung eröffnet hatte. Im Hintergrund erkennen wir (v. l. n. r.) die Aufsichtsratsmitglieder Hermann-Josef Werhahn, Prof. Dr. Carl Wurster und Helmuth Henze



„Die rasche technische Entwicklung auf allen Gebieten führt zwangsläufig dazu, daß zu gewissen Zeitpunkten die Investitionen die aus den Abschreibungen zur Verfügung stehenden Mittel bei weitem überschreiten. Auf der anderen Seite muß man mutig ganze Lösungen suchen, weil nur so dem technischen Fortschritt Rechnung getragen und damit der Bestand des Unternehmens erhalten und gesichert werden kann . . .“ Diese Worte wie die folgenden Absätze haben wir den Ausführungen Dr. Willy Ochels vor unserer Hauptversammlung am 16. April 1964 über den Verlauf des Berichtsjahres und über unsere Aussichten im neuen Geschäftsjahr entnommen; dabei umriß er auch einige grundsätzliche Fragen der deutschen Stahlindustrie:

I Zusammenarbeit der Unternehmen muß alle Möglichkeiten ausschöpfen:

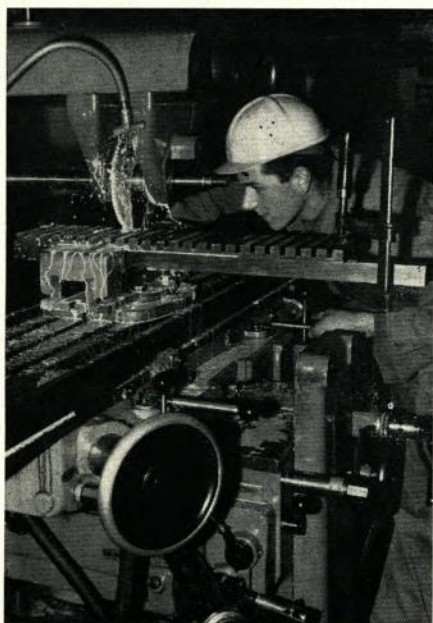
„Auch wenn ich mich wiederholen muß, darf ich hier noch einmal feststellen, daß wir in den zurückliegenden Jahren ohne die Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen viele Probleme nicht so gut hätten lösen können. Die Notwendigkeit und Dringlichkeit zu noch stärkerer Zusammenarbeit im Rahmen einer noch umfassenderen Programmbereinigung wird immer größer. Die deutsche Stahlindustrie, aber auch andere Industriezweige, kommen an solcher Zusammenarbeit nicht mehr vorbei, weil sich ringsum in den Ländern, mit denen wir im Wettbewerb stehen, gleiches vollzieht. Beispiele dafür gibt es vor allem in Belgien und Frankreich. Wir selbst und andere deutsche Unternehmen haben bisher den Weg gewählt, durch Absprachen auf dem Gebiet der Erzeugung und durch Austausch von Kapazitäten die technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten großer Werkeinheiten auszuschöpfen . . .“

II Verkaufsgemeinschaften müssen rationelle Walzprogramme ermöglichen:

„Über die Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen durch Austausch von Kapazitäten hinaus bieten sich aber noch andere Möglichkeiten zur Rationalisierung und zur Kostensenkung durch Zusammenarbeit. Der Vertrieb von Walzwerkserzeugnissen hat mit den neuen Produktionstechniken nicht Schritt gehalten. Nur durch Vergrößerung des Walzvolumens und der Walzlose lassen sich die Möglichkeiten moderner Walzenstraßen ausschöpfen. Aus traditionellen Handels- und Bezugsgewohnheiten werden unsere modernen Walzstraßen mit Klein- und Kleinstaufträgen belegt, die zu häufigen Umstellungen zwingen und hohe Kosten verursachen. Es muß möglich sein, durch Verkaufsgemeinschaften rationelle Walzprogramme zu erreichen. Damit würden wir nur Verhältnisse schaffen, wie sie beispielsweise schon heute in Japan, England und Italien bestehen. Unsere Walzstraßen und technischen Anlagen sind genauso gut wie die entsprechenden Anlagen in diesen Ländern. Wir sollten daher Wege finden, sie auch so zu nutzen . . .“

III Abschreibungen müssen dem technischen Fortschritt Rechnung tragen:

„In diesem Zusammenhang erlauben Sie mir ein Wort zur steuerlichen Abschreibungspolitik. Es steht außer Frage, daß die steuerlichen Abschreibungsvorschriften in der Bundesrepublik dem stürmischen technischen Entwicklung längst nicht mehr gerecht werden. Wir müssen feststellen, daß uns auch in dieser Hinsicht viele Länder, mit denen wir im Wettbewerb stehen, voraus sind. Weder die Abschreibungssätze noch das Prinzip steuerlicher Abschreibungen auf die Anschaffungswerte reichen aus, die Werksanlagen in ihrem Leistungsstand dem technischen Fortschritt anzupassen und in ihrer Substanz zu erhalten. Wir verweisen auf die in dieser Hinsicht günstigeren Verhältnisse in Frankreich, Großbritannien, Holland und den Vereinigten Staaten. Auf der anderen Seite erlauben es Ertragslage und Ertragsbesteuerung nicht, etwa im notwendigen Maße Eigenkapital zu bilden. Die Frage der steuerlichen Abschreibungspolitik darf nicht nur unter konjunkturpolitischen Aspekten gesehen werden; sie muß in erster Linie die Steuerpflichtigen in die Lage versetzen, in ihren Werken und Anlagen der technischen Entwicklung zu folgen . . .“



Titelseite: 140 Jungen können in der neuen Lehrwerkstatt der Walzwerke Hohenlimburg ausgebildet werden – wir berichteten über sie in Heft 1/1964. Einer dieser Lehrlinge ist Jürgen Kochbeck, den unser Bild beim Fräsen zeigt



Rückseite: Allein im vergangenen Jahr mußte die Westfalenhütte, um alle Transportaufgaben innerhalb des Werksgeländes reibungslos zu lösen, fünf dieser 700-PS-Diesellokomotiven in Dienst stellen

Inhalt

- 159 Zur Hauptversammlung: Hoesch kam gut voran
in einem schweren Jahr
- 160 Dietrich Keuning – Aufsichtsratsmitglied der Hoesch AG
- 164 Michael hat Spaß an Prüfungen
Hoesch-Lehrlinge haben gut abgeschnitten
- 166 Menschen wie du und Ich: Der Seilermeister
- 168 56 Hoesch-Mitarbeiter in Parlamenten
Aktion Gemeinsinn: Kelner lebt für sich allein
- 173 Passiert – notiert – fotografiert
Hans Wolff gestorben
- 174 50 Jahre bei uns
- 175 Menschen im Betrieb: „Diese Jugend heute ...!“ –
ein Vorurteil? □
- 177 Wir lasen für Sie
Vor 10 Jahren berichtete WERK UND WIR
- 178 Es geschah vor dreißig Jahren, von Golo Mann □
- 186 Ruhrfestspiele 1964: Die Kunst soll für alle da sein
- 190 Jubilare
- 191 Fotowettbewerb

Unsere Werke und Gesellschaften



Hoesch AG Bergbau
Essen-Altenessen



Hoesch AG Westfalenhütte
Dortmund



Hoesch AG
Walzwerke Hohenlimburg



Hoesch AG Rohrwerke
Dortmund, Hilstrup, Hagen



Hoesch AG Bandstahlwerk
Dortmund



Schmiedag Aktiengesellschaft
Hagen i. Westf.



Maschinenfabrik Deutschland AG
Dortmund



Trierer Walzwerk Aktiengesellschaft
Wuppertal-Langerfeld, Trier



Dörken Aktiengesellschaft
Gevelsberg



Schwinn Aktiengesellschaft
Homburg/Saar



Schwinn S.à r.l. Hénin-Liétard
(Pas-de-Calais)



Rheinischer Vulkan,
Chamotte- und Dinaswerke mbH
Oberdollendorf a. Rhein



Dortmunder Drahtseilwerke GmbH
Dortmund



Hoesch Hammerwerk
Ruegenberg GmbH Olpe i. W.



Dortmunder Plastik GmbH
Dortmund

Gesamtbelegschaft 48000



Hoesch Bergbautechnik GmbH
Dortmund



Hoesch Werk Federstahl Kassel



Hoesch Eisenhandel mbH
Dortmund

Claasen, Muth & Co. GmbH
Bremen



Hoesch Reederei und Kohlenhandl
GmbH Essen



Schiffswerft Gustavsborg GmbH



Hoesch Düngerhandel GmbH
Dortmund



Hoesch Export GmbH Dortmund

Hoesch Export GmbH
Oficina de Madrid



Hoesch Argentina S.A.
Industrial y Comercial Buenos Aires



Hoesch Limited London



Hoesch Italiana S.p.A. Mailand



American Hoesch Inc. New York



Hoesch France S.à r.l. Paris

Industriewerte AG Dortmund

WERK und WIR

Eine Zeitschrift für die Mitarbeiter der Hoesch Aktiengesellschaft. Herausgeber: Hoesch Aktiengesellschaft, Dortmund.

Verantwortlich für WERK UND WIR Hoesch Aktiengesellschaft: Dr. jur. Harald Koch. Redaktion: Erhard Jahn und Rolf Grötting. Graphische Gestaltung: Harry Esser, Dortmund. Anschrift der Redaktion: Dortmund, Eberhardstraße 12. Telefon 8041. Fernschreiber 0822 294/0822 123. Druck: DuMont Presse, Köln.

Verantwortlich für WERK UND WIR Hoesch Aktiengesellschaft Ausgabe BERGBAU, Seiten 49 bis 60: Willi Laser. Redaktion: Erhard Jahn und Rolf Grötting. Graphische Gestaltung: Harry Esser, Dortmund. Anschrift der Redaktion: Dortmund, Eberhardstraße 12. Telefon 8041. Fernschreiber 0822 294/0822 123. Druck: DuMont Presse, Köln.

Verantwortlich für WERK UND WIR Hoesch Aktiengesellschaft Ausgabe WESTFALEN-

HÜTTE, Seiten 101 bis 128: Walter Hölkeskamp. Redaktionsleitung: Johannes Holschen. Anschrift der Redaktion: Dortmund, Eberhardstraße 12. Telefon 8041. Fernschreiber 0822 123/0822 294. Druck: Westfalendruck, Dortmund.

Nachdruck von Beiträgen dieses Heftes honorarfrei gegen Quellenangabe und zwei Belegexemplare gestattet, ausgenommen die im Inhaltsverzeichnis mit □ gezeichneten Berichte und die Beiträge auf dem Werkdruckblatt. WERK UND WIR erscheint monatlich und wird kostenlos an alle Belegschaftsmitglieder abgegeben.

Bildnachweis: Titelseite: Brigitte Korte, Rückseite: Fritz Sprengel, beide Dortmund. Farbbinnenseite: Irmgard Steinfurth, Dortmund. Schwarz-Weiß-Aufnahmen: Fotoabt. Hoesch AG; Fotostelle Westfalenhütte; dpa; Bundesbildstelle, Bonn, Gesamteuropäisches Studienwerk, Vlotho, Institut für Zeitungsforschung der Stadt Dortmund, Herbert Kümmel, Holzwinden, Hermann Pölkling, Recklinghausen, Wolfgang Prange, Heinz Restemeyer, beide Dortmund, Südd. Verlag, München, Ullstein Bilderdienst, Berlin, Karl-Helz Vogel, Dorsten, und Werk- und Privataufnahmen. Zeichnungen: Hans Geisen, Dortmund, und Ulrik Schramm, Feldafing.

HOESCH



Zur Hauptversammlung am 16. April 1964

Am 16. April eröffnete Dr. Janberg, der Vorsitzende unseres Aufsichtsrates, die diesjährige Hauptversammlung unserer Gesellschaft, zu der fast 1200 Aktionäre und Aktionärsvertreter in die Halle II der Dortmunder Westfalenhalle gekommen waren. Die Anwesenden vertraten mit DM 290 Millionen Aktien – je DM 100 bedeuten eine Stimme – 77,4 v.H. unseres Grundkapitals von DM 375 Millionen.

Zunächst begrüßte Dr. Janberg die Aktionäre und deren Vertreter. Er nannte ihr Erscheinen in so großer Zahl ein Zeichen der Verbundenheit mit dem Unternehmen und des Interesses an dessen Entwicklung. Danach hieß er die Vertreter der Presse willkommen, denen er bei dieser Gelegenheit für die sachkundigen Besprechungen des Jahresabschlusses dankte. Nach diesen einleitenden Worten erhob sich die Hauptversammlung zu Ehren der Mitarbeiter, die der Tod im vergangenen Jahr von uns genommen hat. Dr. Janberg gedachte insbesondere Wilhelm Hansmanns, der am 27. Oktober 1963 verstorben war und dem Aufsichtsrat seit Gründung unserer Gesellschaft als stellvertretender Vorsitzender angehört hatte (siehe Heft 12/1963), und der Opfer des Explosionsunglücks auf der Westfalenhütte am Karfreitag.

Sodann sprach Dr. Janberg allen Belegschaftsmitgliedern für die gute und erfolgreiche Zusammenarbeit im Namen des Aufsichtsrates und des Vorstandes Dank und Anerkennung aus. Er unterrichtete die Hauptversammlung, daß

▲ Blick in die Halle II der Dortmunder Westfalenhalle, in der fast 1200 Aktionäre und Aktionärsvertreter am 16. April zu unserer Hauptversammlung zusammenkamen

der Aufsichtsrat am 27. Februar 1964 Karlheinz Troche zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrates gewählt habe und stellte den als Vertreter der Arbeitnehmer benannten Dortmunder Oberbürgermeister Dietrich Keuning vor, der dann in der Hauptversammlung dem Aufsichtsrat zugewählt wurde (siehe Seite 160). Weiterhin stellte er Dr.-Ing. Albrecht Harr vor, der unserem Vorstand seit dem 1. Oktober 1963 angehört (siehe Heft 9/1963).

Dr. Ochel über die künftige Entwicklung der Montanindustrie

Nach Dr. Janbergs einführenden Worten gab Dr. Willy Ochel einen eingehenden Bericht über die wichtigsten Geschehnisse des Geschäftsjahres 1962/63. Danach unterrichtete er die Hauptversammlung über die auf die Zukunft gerichteten Pläne und Überlegungen unserer Gesellschaft und über die ersten Monate des neuen Geschäftsjahres. Da wir in unserem letzten Heft (4/1964) den Verlauf des Geschäftsjahres 1962/63 ausführlich schilderten, folgen wir Dr. Ochels Ausführungen über die künftige Entwicklung in der Montanindustrie und über den weiteren Weg auch unseres Unternehmens. Dr. Ochel sagte: „Lassen Sie mich zunächst mit dem Steinkohlenbergbau beginnen. Ich führte bereits aus, daß zweifellos auf längere Sicht der Bergbau in eine immer schwierigere Lage kommt. Selbst wenn wir von der Atomenergie absehen, wird der Verdrängungswettbewerb durch Erdöl und Erdgas sicherlich stärker werden.“

HOESCH KAM GUT VORAN IN EINEM SCHWEREN JAHR

Die hohen Kokspreise sind neben metallurgischen Gründen mit ein Anlaß, im Hochofen mit Teileinsatz von Heizöl oder Naturgas an Stelle von Koks zu arbeiten.

Aber nicht nur im Bereich der Eisen- und Stahlindustrie, sondern auch in anderen Wirtschaftszweigen dringt das Mineralöl unaufhaltsam vor. In den vor uns liegenden Jahren wird dieser Substitutionswettbewerb noch weitaus schärfer werden. Auch in der Gasversorgung wird neuerdings nicht nur zusätzlich Erdgas dargeboten, sondern man beginnt, auch die Gaserzeugung auf Benzinvergasung umzustellen. Vor allem aber in der chemischen Industrie, die heute beispielsweise bei der Herstellung von Polyäthylen Erdöl an Stelle von Koks einsetzt, schreitet die Substitution der Kohle rasch voran.

Die besten Aussichten für die Kohle dürften in der weiteren Entwicklung der Verstromung liegen. Aber auch hier wird dem Bergbau nur eine Chance gegeben sein, wenn er Großeinheiten mit einer Leistung von 300 MW und mehr baut. Alle anderen Lösungen wären halbe Lösungen und unwirtschaftlich. Bau und Betrieb solcher Kraftwerke werden vielfach nur möglich sein, wenn mehrere Unternehmen dabei zusammengehen. Voraussetzung aber auch hierfür ist eine klare Energiepolitik.

Neue Erzeugungsverfahren übersteigen oft die Kraft einzelner Gesellschaften

Der Gemeinsame Markt hatte bisher für die Stahlindustrie tiefgreifende Folgen; diese Entwicklung wird auch anhalten. Die Stahlindustrie ist nicht mehr durch nationale Grenzen eingeeignet und hat sich zu Größenordnungen entwickelt, die bislang nur in den Vereinigten Staaten üblich waren. Vor allem aber vollziehen sich in der Stahlindustrie seit dem zweiten Weltkrieg geradezu revolutionierende technische Entwicklungen, wenn man an die Leistungssteigerung der Hochöfen, an die Sauerstoffmetallurgie mit LD- und LDAC-Verfahren, an Strangguß- und Druckgußverfahren, aber auch an kontinuierliche und automatisierte Walzwerke denkt. Auch billige Energiequellen, besonders billiger Strom, werden eines Tages Anlaß sein, die Erzeugungsverfahren umzustellen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß sich aus dieser technischen Entwicklung Rückwirkungen auf den Betriebszuschnitt der Hüttenwerksanlagen ergeben müssen. Die erforderlichen technischen Anlagen wachsen immer mehr in Größenordnungen hinein, die sowohl in der Finanzierung wie auch in ihrer Auslastung die Möglichkeiten einzelner Gesellschaften übersteigen. Dadurch wächst der Zwang zum Zusammenschließen oder zur überbetrieblichen Zusammenarbeit, über die ich auch in anderem Zusammenhang noch sprechen möchte.

Wie wir bei der Westfalenhütte aus Rationalisierungsgründen Programmvereinigungen und Betriebsstillegungen vorgenommen haben, geschieht es auch im Bereich der Verarbeitung. So haben wir die Becke-Prinz GmbH in der Dörken AG, mit der sie sich im Programm überschnitt, aufgehen lassen und hoffen, dadurch

einen guten Rationalisierungseffekt zu erreichen. Sorgfältig prüfen wir solche Möglichkeiten auch bei den übrigen Gesellschaften. Wie ich Ihnen in der vorjährigen Hauptversammlung berichtet habe, sind wir darauf bedacht, in Anbetracht der stark anwachsenden Kapazitäten auf dem Bandstahlsektor neue Fertigungen zu entwickeln und neue Absatzmärkte zu erschließen.

In zwölf Jahren zwei Milliarden DM investiert

Wie ich in der vorjährigen Hauptversammlung ankündigte, ließen wir im Geschäftsjahr 1962/63 bei den Investitionen eine Pause eintreten, so daß erstmals seit dem Geschäftsjahr 1958/59 die Abschreibungen über den Investitionen lagen. Dabei haben wir im Berichtsjahr alle uns nach den Steuergesetzen eingeräumten Abschreibungsmöglichkeiten voll ausgenutzt. Die Investitionen des Berichtsjahres dienten hauptsächlich der Fertigstellung früher begonnener Großanlagen bei der Westfalenhütte, der Rationalisierung der Fertigung sowie der weiteren Mechanisierung unserer Zechen.

Vom 1. Oktober 1951 bis zum Ende des Berichtsjahres haben wir rund zwei Milliarden DM investiert. Mit diesen Investitionen haben wir – wenn wir insbesondere die Westfalenhütte sehen – die Kapazität der Anlagen verdoppelt; das Hüttenwerk, aber auch die Betriebe im Bereich der Weiterverarbeitung sind in wesentlichen Teilen neu erbaut worden. Bemerkenswert – und deshalb möchte ich es hier feststellen – ist die Tatsache, daß diese Aufgaben ohne Zuführung von neuem Kapital durchgeführt werden konnten ...

Hier folgen die Ausführungen Dr. Ochels über die steuerliche Abschreibungspolitik, die wir bereits auf der Innenseite des Umschlags zitierten. Danach fuhr Dr. Ochel fort: „Bei der Beurteilung der weiteren Entwicklung der Stahlindustrie, und damit auch unseres eigenen Unternehmens, können wir davon ausgehen, daß der Stahlverbrauch wächst und daß sich die Stahlmärkte ausweiten. Genauso sicher ist es aber, daß die Konkurrenz immer stärker wird und daß zu den bisherigen klassischen Stahlerzeugungsländern immer neue Länder als Wettbewerber hinzutreten, die aus den verschiedensten Gründen – seien es Erz-

vorkommen, billiger Strom, billige Personalaufwendungen oder gar mehrere dieser Faktoren – eine überaus ernst zu nehmende Konkurrenz werden dürften.

In den letzten Jahren ist die Frage des Standortes der Hüttenwerke immer wieder diskutiert worden. Zweifellos spielt der Standort für die Wettbewerbsfähigkeit eine große Rolle. Entscheidend aber ist nicht so sehr die Entfernung von der Küste – eine Frage, die vielfach überbetont wird –, sondern die Häufigkeit des notwendigen Umschlags der Einsatzstoffe, bis sie in den Hochofen oder in das Stahlwerk gelangen. Auf der anderen Seite bleibt die Nähe zum Verbraucher ein wesentlicher Vorteil, der die größere Entfernung von der Küste für den Antransport der Rohstoffe kostenmäßig weitgehend ausgleichen dürfte und darüber hinaus in der gegenseitig befruchtenden Zusammenarbeit mit den Verbrauchern weitere wesentliche Vorteile in sich schließt.

In aller Ruhe neue technische Verfahren prüfen

Die rasche technische Entwicklung auf allen Gebieten führt zwangsläufig dazu, daß zu gewissen Zeitpunkten die Investitionen die auf den Abschreibungen zur Verfügung stehenden Mittel bei weitem überschreiten. Auf der anderen Seite muß man mutig ganze Lösungen suchen, weil nur so dem technischen Fortschritt Rechnung getragen und damit der Bestand des Unternehmens erhalten und gesichert werden kann. Immer aber haben wir nach Zeiten besonderer Investitionsanstrengungen eine Konsolidierungspause eintreten lassen, wie es im Berichtsjahr geschah und wie es auch im laufenden Geschäftsjahr der Fall sein wird.

Ich habe bereits an anderer Stelle ausgeführt, daß die Investitionstätigkeit im Bereich unserer Schachtanlagen darauf gerichtet ist, die Rationalisierung voranzutreiben und den Leistungsstand – also insbesondere die Schichtleistungen – zu verbessern.

Wir sind glücklich, daß die Anlagen unseres Hüttenwerkes als Kernstück des Unternehmens in ihrer Struktur und in ihrem betrieblichen Zuschnitt gegenwärtig gut aufeinander abgestimmt sind. Wir können uns daher Zeit lassen, alle neuen technischen Verfahren auf das sorg-



Dietrich Keuning Aufsichtsratsmitglied der Hoesch AG

Als Nachfolger Wilhelm Hansmanns, der am 27. Oktober 1963 verschied, hat unsere Hauptversammlung als Wahlorgan nach Aktien- und Mitbestimmungsgesetz am 16. April 1964 den Dortmunder Oberbürgermeister Dietrich Keuning als Vertreter der Arbeitnehmer in den Aufsichtsrat der Hoesch AG gewählt. Durch Beschluß hatte das Amtsgericht Dortmund auf unseren Antrag nach dem mit den Hoesch-Betriebsräten abgestimmten Vorschlage des Deutschen Gewerkschaftsbundes Dietrich Keuning allerdings schon am 14. Februar 1964 bis zur Zuwahl durch die Hauptversammlung als Aufsichtsratsmitglied bestellt.

Am 27. September 1908 als siebtes von neun Kindern eines Dortmunder Handwerkers geboren, erlernte Dietrich Keuning das Schlosserhandwerk und bildete sich zum Vorzeichner für Stahlkonstruktionen aus. Später war er als Meister und Obermeister in seinem Beruf tätig. In den Jahren 1929/1930 hörte er in einem Sozialinternat in Leipzig Volkswirtschaftslehre. Nach 1945 besuchte er die Dortmunder Sozialakademie.

Von 1934 an war Dietrich Keuning im Dortmunder Werk der Dortmund-Hörder Hüttenunion beschäftigt, danach zeitweise im Zweigwerk der Vereinigten Stahlwerke in Linz an der Donau. Die Dortmunder Belegschaft der Hüttenunion wählte ihn 1947 zum Betriebsratsvorsitzenden. Seit dem 1. Juli 1961 ist er Vorstandsmitglied der Vereinigten Elektrizitätswerke AG.

Dietrich Keuning gehörte als sozialdemokratischer Abgeordneter von 1949 bis 1961 dem Bundestag an. Nach dem Tode des Dortmunder Oberbürgermeisters Fritz Henßler wählte ihn die Ratsversammlung am 19. Januar 1954 zu dessen Nachfolger. Dieses Amt hat er seitdem – immer wieder fast einstimmig gewählt – ununterbrochen inne. Seiner kommunalpolitischen Aufgaben wegen verzichtete er im Jahre 1961 auf eine weitere Kandidatur zum Bundestag.

Auf Grund seiner Zuwahl durch die Hauptversammlung gehört Dietrich Keuning nunmehr unserem Aufsichtsrat an, in den er seine langjährige Erfahrung aus der Arbeit in der Eisen- und Stahlindustrie und in der Verwaltung mitbringt.

fälligste zu prüfen und den für uns richtigen Weg zu wählen.

Nach dem gegenwärtigen Stand der Anlagen und nach der fälligen Neuzustellung der Hochöfen reicht die Roheisenkapazität für eine Rohstahlerzeugung von etwa 250 000 Monatstonnen.

Vorfrischanlage für das Siemens-Martin-Stahlwerk 3

Auf der Stahlwerksseite sind in naher Zukunft wegen der Auflage der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen zur Beseitigung des braunen Rauches des Thomaswerkes Investitionen nötig. Der Bau von Entstaubungsanlagen beim Thomasverfahren würde die Leistung des Thomaswerkes für etwa 2 ½ Jahre beträchtlich einschränken und zu einem nicht tragbaren Produktionsverlust führen.

Auch der etwaige Neubau eines Blasstahlwerkes neben dem jetzigen Thomaswerk, dessen Standort wir wegen der Nachbarschaft zu den Blockstraßen 1 und 3 und der Halbzeugstraße nicht aufgeben möchten, bedingt wegen der örtlichen Enge einen ähnlichen Produktionsverlust.

Um einen solchen Ausfall zu vermeiden, ist beabsichtigt, mit verhältnismäßig niedrigen Kosten durch eine Vorfrischanlage die Leistung des Stahlwerkes 3 von jetzt etwa 66 000 Tonnen um 50 v.H. auf eine Monatserzeugung von 100 000 Tonnen zu erhöhen. Anschließend können wir dann wahlweise das Thomaswerk entstauben oder an seiner Stelle ein neues Blasstahlwerk bauen. Welcher Weg für uns richtig ist, kann und braucht heute nicht entschieden zu werden; die Technik entwickelt und wandelt sich zur Zeit auf diesem Gebiet sehr schnell.

Die Vorfrischanlage, bestehend aus zwei Konvertern von je 60 Tonnen Chargengewicht, wird durch Frischen mit Sauerstoff Vormetall zum Einsatz in den vorhandenen vier Siemens-Martin-Öfen herstellen. Dieses Vormetall, das mit einer Temperatur von etwa 1500 Grad Celsius flüssig in die SM-Öfen eingesetzt wird, tritt an die Stelle von kaltem Schrott und flüssigem Stahleisen. Dadurch wird die Schmelzleistung der Öfen um die Hälfte erhöht.

Bei diesem Verfahren wird die anteilige Menge Schrott je Tonne Rohstahl verringert und somit der teure Auslandsschrott durch Roheisen ersetzt. Wir werden auf diese Weise weniger abhängig von den Schwankungen des Schrottpreises auf dem Weltmarkt und können die jeweils günstigsten Rohstoffe einsetzen.

Der höhere Anteil von Roheisen im Gesamtverfahren – Vorfrischen und SM-Öfen – und der geringere Schrottanteil bringen zudem eine bessere Rohstahlqualität.

Nach Fertigstellung der Vorfrischanlage im Stahlwerk 3 beträgt unsere Rohstahlkapazität 3,0 Millionen Jahrestonnen. Allerdings können wir mit dieser Mehrproduktion erst rechnen, nachdem das Thomaswerk entstaubt oder ersetzt ist. Für die Bauzeit bleibt es etwa bei der gegenwärtigen Kapazität von 2,6 Millionen Tonnen. Die Aufwendungen für die Vorfrischanlage sind – bezogen auf die erwartete Mehrleistung – recht günstig.

Neue Höchstleistungen im Breitband- und Kaltwalzwerk

Breitband- und Kaltwalzwerk haben im laufenden Geschäftsjahr neue Höchstleistungen erzielt. Dabei sind aber die Möglichkeiten der Straßen selbst nicht voll ausgeschöpft, da zur Zeit die vor- und nachgeschalteten Einrichtungen Engpässe bilden, die der Marktentwicklung und der Absatzmöglichkeit entsprechend je-

weils zu gegebener Zeit ausgebaut werden können.

Durch eine Reihe von Investitionen wird jetzt die Kapazität des Breitbandwalzwerkes auf 120 000 Tonnen erhöht; für das Kaltwalzwerk ist vorerst eine Erzeugung von 40 000 Tonnen vorgesehen. Mit jeder höheren Auslastung dieser kapitalintensiven Betriebe sinken die Verarbeitungskosten und wächst mit der Mehrerzeugung die Wirtschaftlichkeit.

Auf sechs automatisierten Straßen werden Fertigbauteile entstehen

Über unsere Vorstellungen wegen der Notwendigkeit, den Verarbeitungsbereich auszuweiten und zu verstärken, habe ich bereits berichtet. Im Verfolg dieser Überlegungen errichten wir in Hamm ein Werk für Bandstahlverarbeitung, das in wenigen Monaten in Betrieb genommen wird. Zum Erzeugungsprogramm des neuen Werkes, dessen überdachte Fläche für Produktion und Lagerung 16 000 qm beträgt, werden Normhallenrahmen, Stahldächer, Bandstahldecken, Wandelemente und Bungalows gehören. Wir glauben, uns damit nicht nur einen entwicklungsfähigen Markt im Bausektor, der sehr zukunftssträchtig ist, zu erschließen, sondern auch dem Stahl neue Verwendungszwecke und dem Fertigbau neue Möglichkeiten zu schaffen. Das Bandstahlwerk in Hamm ist nicht nur nach seinem Programm, sondern ebenso nach seinem Fertigungsverfahren neuartig. Auf sechs automatisierten Fertigungsstraßen werden wir Fertigbauteile nach einem typisierten Programm herstellen.

Das Rohrwerk Hiltrup wandert nach Hamm

Nachdem wir unsere Rohrerzeugung erfreulich ausweiten konnten – die Rohrwerke verarbeiten bereits heute 8 v.H. unserer Warmbänderzeugung und sind schon jetzt ein bedeutender Abnehmer unserer Walzwerke Hohenlimburg –, wollen wir uns nunmehr um eine durchgreifende Rationalisierung der drei Werke in Hiltrup, Hagen und Barop bemühen. Wir werden zu diesem Zweck zunächst das Werk Hiltrup nach Hamm verlegen. In Hamm ist für das Präzisrohrwerk eine überdachte Fläche von 18 000 qm für Produktion und Lagerung vorgesehen. Hamm soll im Laufe der Zeit zum Zentrum unserer Bandstahlverarbeitung werden. Der Verbund mit dem Bandstahlwerk in betrieblicher und verwaltungstechnischer Hinsicht wird sich für das Bandstahlwerk wie für das Rohrwerk günstig auswirken.

In Hagen-Kabel entsteht ein neues Kaltprofilwerk

Um alle Möglichkeiten zur weiteren Verwendung von profiliertem Bandstahl auszuschöpfen, bauen wir auf einem neu erworbenen Gelände in Hagen-Kabel ein neues Kaltprofilwerk als Ersatz eines älteren, nicht weiter ausbaufähigen Betriebes in Hohenlimburg mit einer überdachten Fläche von 11 000 qm für Fertigung und Lagerung. Wir erreichen damit zugleich die von uns erstrebte Auflockerung der Hohenlimburger Betriebe und erzielen auf diese Weise einen besseren Arbeitsfluß in den verbleibenden Abteilungen Zieherei und Federnwerk.

Im laufenden Geschäftsjahr haben wir eine Mehrheitsbeteiligung an der Dittmann & Neuhäus AG in Herbede erworben. Dadurch besteht die Möglichkeit, unsere Federnfertigung noch weiter zu rationalisieren. Der Erwerb dieser Beteiligung wurde von der Hohen Behörde genehmigt.



▲ Interessiert folgen die Aktionäre während der Hauptversammlung den Ausführungen des Vorstandsvorsitzenden Dr. Willy Ochel

Damit habe ich im wesentlichen aufgezeigt, welche technischen und betrieblichen Aufgaben wir uns für die nächsten Jahre gestellt haben und wie wir sie lösen wollen. Das zur Zeit genehmigte Investitionsvolumen beträgt mit diesen Vorhaben etwa 250 Millionen DM.

Kapitalerhöhung zu gegebener Zeit

Meine Ausführungen lassen erkennen, daß im Bereich der Weiterverarbeitung und auch im Bereich der Westfalenhütte – sobald für uns über die zweckmäßigsten technischen Verfahren Klarheit besteht – große Investitionsaufgaben zu lösen sind. Damit kommt auch die Frage der Finanzierung auf uns zu. Von allen Montangesellschaften sind wir die einzige, die nach der Neuordnung das Kapital noch nicht erhöht hat. Trotz des hohen Anteils, mit dem die Investitionen durch Abschreibungen gedeckt werden konnten, war es unvermeidlich, daß unsere lang-, mittel- und kurzfristigen Verpflichtungen mit den größeren Kapazitäten und der Ausweitung des Geschäfts anstiegen. Im letzten Jahr ist es uns, wie der Geschäftsbericht zeigt, gelungen, kurzfristige Schulden in mittel- und langfristige Verpflichtungen umzuwandeln und die Finanzschulden um weitere 45 Millionen DM zu vermindern. Dennoch werden auch wir zu gegebener Zeit wegen der vor uns liegenden Aufgaben an eine Kapitalerhöhung denken müssen. Wir würden uns freuen, wenn unsere Aktionäre unserer Ansicht beipflichteten, die Kapitalerhöhung in einem Zeitpunkt vorzunehmen, zu dem die Lage am Kapitalmarkt und die Ertragsaussichten für unsere Aktionäre wie für das Unternehmen günstig sind.

In diesem Zusammenhang erlaube ich mir ein Wort zur Dividende. In Presseberichten, in einigen Zuschriften von Aktionären und auch in der Oppositionsankündigung eines Aktionärs ist die Frage einer Erhöhung der Dividende aufgeworfen worden. Wir haben keinen Hehl daraus gemacht, daß wir dank des zufriedenstellenden Ergebnisses im Berichtsjahr in bescheidenem Umfang stille Reserven bilden konnten. Wir hoffen – und der bisherige Verlauf des Geschäftsjahres läßt dies erwarten –, daß auch das laufende Geschäftsjahr befriedigend abschließen wird. Wir sind der Ansicht, daß es gerade auch im Interesse unserer Aktionäre



liegt, wenn wir versuchen, die Schulden weiter zu senken und damit die Bilanzstruktur zu verbessern. Um so leichter wird es sein, aus anfallenden eigenen Mitteln und den Mitteln aus einer Kapitalerhöhung den nächsten großen Schritt in den Investitionen zu tun und auch auf das dann erhöhte Kapital eine angemessene Dividende zu zahlen ..."

Dr. Ochel ging dann auf die Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen ein. Dieser Auszug ist ebenfalls auf der inneren Umschlagseite wiedergegeben.

Anschließend sprach er über die dringliche Änderung der Umsatzsteuergesetzgebung: „Die Bundesregierung sollte überlegen, ob sie nicht für Fragen der überbetrieblichen Zusammenarbeit vorab eine Ausnahmeregelung schaffen kann. Auf diese Weise würden Fehlinvestitionen und Unwirtschaftlichkeit bereits bestehender Kapazitäten vermieden. Aus solchen übergeordneten Gesichtspunkten heraus hat sich die deutsche Stahlindustrie vorbehaltlos zur Mehrwertsteuer bekannt, obwohl ihr die Mehrwertsteuer unter Berücksichtigung der heutigen Steuerbefreiung für Umsätze zwischen juristisch selbständigen Gesellschaften innerhalb eines umsatzsteuerlichen Organkreises bestimmt keine Vorteile gegenüber dem bisherigen Zustand bringt.

Aus dem Zwang, immer größere Anlagen bauen zu müssen, ergibt sich naturgemäß das Problem des Massenabsatzes der mit diesen Anlagen hergestellten Erzeugnisse. Da so große Walzwerksanlagen nur wirtschaftlich arbeiten, wenn möglichst große Walzlose abgewalzt werden, muß es zu einer Spezialisierung auf bestimmte Erzeugnisse kommen. Für kleinere Walzwerkeinheiten bleiben dann immer noch die Spezialitäten, für die der Kunde auch einen höheren Preis anlegen kann ..."

Dr. Ochel äußerte sich danach zu einer anderen Art überbetrieblicher Zusammenarbeit, die wir auch schon auf der inneren Umschlagseite aufgeführt haben: zu den Verkaufsgemeinschaften, die rationelle Walzprogramme ermöglichen sollen. Ergänzend stellte er hierzu fest: „Es kann nicht länger jeder alles herstellen wollen. Nur durch Spezialisierung und bereinigte Walzprogramme lassen sich Überinvestitionen und Unwirtschaftlichkeit moderner Anlagen vermeiden. Die Hohe Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl hat sich bereits dieser Aufgabe der Programmausrich-

tung angenommen und steht ihr positiv gegenüber.

Sie haben in der Presse gelesen, daß wir gerade in den letzten Monaten die Zusammenarbeit mit der Dortmund-Hörder Hüttenunion auf einem weiteren Gebiet aufgenommen haben. Wir haben einen vierten Hochofen angeblasen, um der Dortmund-Hörder Hüttenunion Roheisen liefern zu können und erhalten für einen Teil dieses Roheisens Brammen zurück.

Guter Beginn des neuen Geschäftsjahres

In den ersten sechs Monaten des neuen Geschäftsjahres hat sich unser Unternehmen entsprechend der Belebung der Stahlmärkte gut entwickelt. So stieg die Roheisenerzeugung der Westfalenhütte gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 13 v.H. auf 853 000 Tonnen und die Rohstahlerzeugung nahm um fast 9 v.H. auf 1 240 000 Tonnen zu. Die Walzstahlfertigerzeugung – einschließlich Hohenlimburg und einschließlich Lohnwalzungen – erhöhte sich um fast 11 v.H. auf 1 242 000 Tonnen.

Der Gesamtumsatz unseres Unternehmens erhöhte sich in den ersten sechs Monaten 1963/64 gegenüber den ersten sechs Monaten des letzten Geschäftsjahres um 9,7 v.H. auf DM 1,25 Milliarden.

Der Erlösrückgang für Walzwerkserzeugnisse, der die Entwicklung im ganzen Berichtsjahr bestimmt hatte und vor allem im zweiten Halbjahr zu spüren war, hat sich auch im ersten Quartal des laufenden Geschäftsjahres fortgesetzt. Die Wettbewerbsverzerrungen im Gemeinsamen Markt, insbesondere infolge der Umsatzsteuer, die entscheidend für diese Entwicklung sind, bestehen nach wie vor. Die zur Zeit besseren Erlöse, die sich erst im zweiten Halbjahr des laufenden Geschäftsjahres nach Auslieferung der alten Verträge in den Ergebnissen niederschlagen werden, sind allein auf die Marktentwicklung zurückzuführen und auf die Tatsache, daß einige Länder der Montanunion auf Grund der Kostenentwicklung zu Preisanhebungen gezwungen waren.

Darüber hinaus sollten sich alle Stahlexportländer gemeinsam bemühen, die gegenseitigen Störungen im Welthandel durch internationale Regelungen im Außenhandel zu beseitigen. Die Bereitschaft zu entsprechenden Überlegungen ist heute offensichtlich bei allen stahlerzeugenden Ländern größer als jemals zuvor.

◀ Aufsichtsrat und Vorstand während der Hauptversammlung: Von links nach rechts erkennen wir am rückwärtigen Tisch die Aufsichtsratsmitglieder Dietrich Keuning – während der diesjährigen Hauptversammlung dem Aufsichtsrat neu gewählt –, Kurt Schoeller, Dr. Anton Wimmer, Hermann-Josef Werhahn, Dr. Herbert Martini, Bernhard Weiß, Professor Dr. Carl Wurster, Helmuth Henze und am vorderen Tisch Karlheinz Troche, Walter Springorum und Professor Dr. Leo Brandt; daneben die Vorstandsmitglieder Bergassessor a. D. Paul Schulte-Borberg, Gerhard Elkmann und Dr. Willy Ochel und am Rednerpult Dr. Hans Janberg

Mit Zuversicht in die Zukunft

Nach meinem ausführlichen Bericht möchte ich nun zusammenfassend feststellen, daß wir bis Ende des laufenden Geschäftsjahres in allen Werken gut beschäftigt sein werden. Wir rechnen im zweiten Halbjahr mit etwas besseren Erlösen für die Erzeugnisse der Westfalenhütte; auch bei einzelnen Gesellschaften der Weiterverarbeitung werden gewisse Preiskorrekturen möglich sein. Wir hoffen daher, Ihnen im nächsten Jahr einen Jahresabschluß vorlegen zu können, der nicht schlechter sein dürfte als der für 1962/63.

Wie die Entwicklung im Geschäftsjahr 1964/65 sein wird, läßt sich noch nicht übersehen. Die Ausgewogenheit unseres Hüttenwerkes mit seinen Anlagen im gegenwärtigen Zeitpunkt, die Tatsache, daß wir mit den vorhandenen Kapazitäten im Markt sind und uns nicht für neugeschaffene Kapazitäten einen Markt erst suchen müssen, läßt uns auch für das kommende Jahr zuversichtlich sein. Im übrigen glauben wir, daß alle unsere Anstrengungen, die eigene Verarbeitung zu verbreitern und zu stärken, zu einer guten Absatzsicherung auch in Zeiten ungünstigerer Marktverhältnisse beitragen werden. Es würde meine Kollegen im Vorstand und mich nicht weniger glücklich machen als die Herren des Aufsichtsrates, wenn mein Bericht Ihnen die Gewißheit gebracht hätte, daß wir gemeinsam und mit allen unseren Mitarbeitern mit Fleiß und Tatkraft daran arbeiten, Hoesch – Ihr Unternehmen – jetzt und in Zukunft gesund und leistungsstark zu erhalten."

Dr. Janberg zum Jahresabschluß

Nach dem Bericht Dr. Ochels erläuterte Dr. Janberg den Jahresabschluß zum 30. September 1963. So hob unser Aufsichtsratsvorsitzer hervor, daß in diesem Jahr die Abschreibungen und Abgänge größer seien als die nochmals verminderten Neubaufwendungen. Die Bilanz sei daher vor allem durch einen Rückgang der Schulden und eine Zunahme der Guthaben gekennzeichnet. Hoesch habe in der Zeit vom 1. Oktober 1951 bis zum 30. September 1963 DM 2056 Millionen investiert und davon DM 1616 Millionen, also 78,6 v.H., durch Abschreibungen und Abgänge aufgebracht. Das Anlagevermögen sei durch Eigenkapital, durch langfristige Rückstellungen und langfristige Verbindlichkeiten voll finanziert. Im Berichtsjahr seien die Abschreibungen und Abgänge mit DM 157 Millionen um 27 v.H. höher als die Investitionen mit DM 124 Millionen. In den Abschreibungen seien Sonderabschreibungen auf Investitionen des Bergbaus und auf Anlagen zur Reinhaltung der Luft und des Wassers in Höhe von DM 19 Millionen enthalten. Für diese Sonderabschreibungen hätten Sondererträge, hauptsächlich aus Mehrerlösen aus dem Verkauf von Beteiligungen, zur Verfügung gestanden. Die Beteiligungen seien vor allem wegen des Verkaufs der Anteile an der Großrohrwerk Mannesmann-Hoesch GmbH und von Aktien der Aral AG um DM 6 Millionen zurückgegangen. Die Vorräte hätten im Berichtsjahr nochmals,

und zwar um DM 14 Millionen abgebaut werden können, insbesondere weil die Erzbestände der Westfalenhütte um DM 13 Millionen und die Haldenbestände des Bergbaus um DM 6 Millionen hätten verringert werden können. Entsprechend dem größeren Geschäftsumfang seien die Warenforderungen um DM 12 Millionen gestiegen. Die Sonstigen Forderungen hätten um DM 14 Millionen auf DM 67 Millionen zugenommen; davon seien DM 36 Millionen kurzfristig.

Die Zunahme der lang- und mittelfristigen Verbindlichkeiten um DM 55 Millionen und der gleichzeitige Rückgang der kurzfristigen Verbindlichkeiten um DM 97 Millionen hätten die Bilanzrelationen weiter verbessert. Dadurch sei der Anteil der langfristigen Fremdmittel an der Bilanzsumme von 38 v.H. im Vorjahr auf 42 v.H. gestiegen, während der Anteil der kurzfristigen Fremdmittel von 27,9 v.H. auf 23,2 v.H. zurückgegangen sei.

Dr. Janberg erklärte weiterhin, Hoesch habe bisher im Interesse der Anleihegläubiger, aber auch mit Rücksicht auf die Emissionswürdigkeit der Gesellschaft, davon abgesehen, seine älteren höherverzinslichen Anleihen zu den erst-möglichen Terminen zu kündigen. Nachdem nunmehr aber die erste Anleihe von 1958 einbezogen werden könne, sei beabsichtigt, noch in diesem Jahr die vier mit 8 v.H. und 7½ v.H. verzinslichen Anleihen zu kündigen. Es werde dann eine neue Anleihe zu marktgerechten Bedingungen aufgelegt und den bisherigen Anleihegläubigern zu den üblichen Vorzugsbedingungen zum Tausch gegen die gekündigten Anleihen angeboten. Nach seiner Ansicht habe die Verwaltung damit einen wohlabgewogenen Ausgleich zwischen dem berechtigten Interesse der Aktionäre und der Gesellschaft einerseits und dem der Anleihegläubiger andererseits gefunden.

Zur konsolidierten Gewinn- und Verlustrechnung sei darauf hinzuweisen, daß die Umsatzerlöse um 5,5 v.H. höher seien als 1961/62; die den Umsätzen entsprechenden, nicht gesondert ausgewiesenen Aufwendungen – insbesondere der Aufwand für Einsatzstoffe – seien dagegen nur um 4,9 v.H., also nicht im gleichen Umfang wie die Erlöse gestiegen. Die Personalaufwendungen seien bei einer um 1,2 v.H. zurückgegangenen Belegschaft um DM 15 Millionen höher als im Vorjahr. Im Geschäftsjahr 1962/63 hätten den um DM 101 Millionen höheren Umsatzerlösen neben geringeren Erträgen aus Beteiligungen und Sonstigen Erträgen Mehrbelastungen vor allem für Materialeinsatz, Personalaufwendungen, Abschreibungen, Zinsen und Steuern gegenübergestanden.

Abschließend stellte Dr. Janberg fest, die Gesellschaft sei nicht nur in der Lage gewesen, einen Betrag zu erwirtschaften, der erlaube, eine unveränderte Dividende von 10 v.H. auszuschütten, sondern habe darüber hinaus auch alle steuerlich möglichen Abschreibungen vornehmen und das Unternehmen stärken und gegen etwaige Risiken sichern können.

Aussprache mit den Aktionären

An der anschließenden Aussprache über den Jahresabschluß und den Geschäftsbericht beteiligten sich fünf Aktionäre. Die Fragen der

Diskussionsredner betrafen vor allem die Energiewirtschaft, die Investitionen, die Auslastung der Kapazitäten, die Frage einer Kapitalerhöhung und die Dividende. Weitere Fragen galten den Aufsichtsräten und Beiräten der Tochtergesellschaften und Zweigniederlassungen. Außerdem wurden Auskünfte über den Gewinn, über die Veräußerung von Beteiligungen, über geplante Fusionen und über Regreßansprüche aus dem Rohreimbargo gewünscht.

Aus den Antworten des Aufsichtsratsvorsitzenden und des Vorstandes dürften folgende Angaben von allgemeinem Interesse sein:

Über den Gewinn gäbe der Geschäftsbericht mit den Ausführungen über Sonderabschreibungen in Höhe von DM 19 Millionen und über eine Erhöhung der Wertberichtigung auf Forderungen um DM 7 Millionen Aufschluß.

Die Kapitalerhöhung sei ein schwieriges und unter verschiedenen Gesichtspunkten zu überlegendes und zu lösendes Problem. Die Verwaltung habe Bedenken, dem aus der Hauptversammlung gegebenen Rat zu folgen, durch eine Dividendenerhöhung um vielleicht 1 v.H. eine günstige Stimmung an der Börse auszunutzen und dadurch eine Kapitalerhöhung unterzubringen. Aufsichtsrat und Vorstand überlegten sorgfältig die Frage einer Kapitalerhöhung; es lasse sich jedoch nicht sagen, wann die Kapitalerhöhung kommen werde. Da ein ausreichender Bankkredit von DM 120 Millionen, der zur Zeit nur mit einem geringen Teilbetrag in Anspruch genommen ist, um weitere zwei Jahre verlängert worden sei, bestehe kein Zeitdruck, und die Frage einer Kapitalerhöhung könne unabhängig von Zufälligkeiten der Börse und des Kapitalmarktes geprüft werden. Im ganzen gesehen halte die Verwaltung eine Kapitalerhöhung auch für durchaus wünschenswert und sei hinsichtlich der Entwicklung des Kapitalmarktes zuversichtlich. Bei der Wahl des Bezugskurses müsse die Verwaltung neben den Vorstellungen der Aktionäre auch den Notwendigkeiten des Unternehmens Rechnung tragen. Das Unternehmen habe dadurch, daß im Berichtsjahr die Investitionen niedriger als die Abschreibungen waren, den Anschluß an die technische Entwicklung keineswegs verloren. Im übrigen würden im kommenden Geschäftsjahr die Investitionen wieder die Abschreibungen überschreiten und voraussichtlich in den folgenden Jahren noch ansteigen.

Die Vorfrisanlage für das Siemens-Martin-Werk 3 werde etwa Mitte 1965 fertiggestellt sein und etwa DM 25 bis DM 30 Millionen erfordern.

Die deutsche Stahlindustrie habe in den vergangenen Jahren im Vergleich mit den anderen Ländern der Montanunion nicht zu stark investiert. Die Investitionsaufwendungen der deutschen Stahlindustrie hätten in den Jahren 1954 bis 1962 DM 42 je Tonne Rohstahlerzeugung betragen, in Italien dagegen DM 43, in Belgien DM 51, in Frankreich DM 60 und in Holland DM 85.

Auf eine Frage zur Verstromung der Kohle wurde erklärt, daß die Gesellschaft bereits über mehrere Kraftwerke verfüge, die etwa 75 v.H. ihrer Erzeugung an den Markt abgeben.

Die Beteiligung an der Dittmann & Neuhaus AG, die Federn für Fahrzeuge aller Art herstellt, betrage 72 v.H. des Grundkapitals.

Das Rohreimbargo sei nach den Vertragsbedingungen als Fall „höherer Gewalt“ anzusehen und berechtige nach Ansicht der Verwaltung den Kunden nicht, Schadenersatzansprüche zu erheben.

Die Beschlüsse der Hauptversammlung

Nach der Aussprache über den Jahresabschluß und über den Geschäftsbericht beschloß die Hauptversammlung mit 99,6 v.H. der vertretenen Stimmen, entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung eine Dividende von 10 v.H. gleich DM 37500000 auszuschütten und den verbleibenden Rest von DM 164559,86 auf neue Rechnung vorzutragen.

Die Hauptversammlung erteilte den Verwaltungsorganen mit 99,5 v.H. der vertretenen Stimmen Entlastung.

An Stelle des verstorbenen Oberstadtdirektors i. R. Wilhelm Hansmann wurde Oberbürgermeister Dietrich Keuning, Dortmund, mit 99,6 v.H. der vertretenen Stimmen dem Aufsichtsrat gemäß § 4 Abs. 1 b in Verbindung mit § 9 Abs. 2 des Mitbestimmungsgesetzes für die restliche Amtszeit als weiteres Mitglied zugewählt.

Zum Abschlußprüfer für das Geschäftsjahr 1963/64 wurde die Deutsche Treuhandgesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf, mit 99,98 v.H. der vertretenen Stimmen nahezu einstimmig wiedergewählt.

In der anschließenden konstituierenden Sitzung des Aufsichtsrats wurde Dr. Janberg wieder zum Aufsichtsratsvorsitzenden, Karlheinz Troche an Stelle von Wilhelm Hansmann zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden und Staatssekretär Professor Dr. Leo Brandt wieder zum zweiten stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.



► Am Tisch hinten sehen wir von links nach rechts die Aufsichtsratsmitglieder Albert Pfeiffer, Fritz Salm, Helmut Latta, Paul Hoffmann, Johann Szczepanski, Heinrich Hölscher, Walter Schmidt, Josef Weber und am Tisch vorn die Vorstandsmitglieder Dr. Erich-Wilhelm Schulte, Dr. Harald Koch, den Notar Dr. Spieker, Dr. Albrecht Harr und Dr. Otto Jungbluth



Michael Rack hat Spaß an Prüfungen. So sehr andere ihnen ausweichen, so gern ist er dabei. Das letztmal beantwortete er sogar an einem Sonntagvormittag ein halbes Hundert Fragen aus den Fachgebieten Buchhaltung, Kaufmännisches Rechnen, Betriebswirtschaft und Allgemeinwissen. Die Wertung dieses Berufswettkampfes, an dem insgesamt mehr als 20000 kaufmännische Lehrlinge und Jungkaufleute teilnahmen, ergab: Michael Rack ist der Beste seiner Heimatstadt Frankfurt und einer der 46 Besten in der Bundesrepublik! Das zweite Ergebnis für den jungen Mann, der Ostern 1962 bei unserer Frankfurter Niederlassung die kaufmännische Lehre angetreten hat, war eine Fahrt nach Dortmund und ein Gespräch mit Wilhelm Sauter, Geschäftsführer des Hoesch-Eisenhandels, der Michael ein Buch überreichte.

◀ Am 6. April empfing der Bundespräsident unter den Siegern des diesjährigen Berufswettkampfes für kaufmännische Lehrlinge auch einen aus unserer Mitte: den neunzehnjährigen Michael Rack, der Ostern 1962 in der Frankfurter Niederlassung des Hoesch-Eisenhandels die Lehre angetreten hat

Hoesch-Lehrlinge haben gut abgeschnitten

Zur Lehrabschlußfeier unserer kaufmännischen Lehrlinge

Die Freude über die glücklich bestandene Prüfung war ihnen anzusehen. Erleichtert und hochgestimmt kamen sie zur Lehrabschlußfeier, die am 18. März zum viertenmal in unserer 1960 eingerichteten Kaufmännischen Werkschule stattfand. Zugleich war es das erstmal, daß junge Menschen verabschiedet wurden, die während ihrer gesamten Lehr- oder Anlernzeit die Werkschule besucht hatten.

Wolfgang Tripp, der Leiter unserer Schule, sprach einfühlend die Hoffnung aus, daß diese Feier kein endgültiger Abschied von den Schul- und Lehrentlassenen sein möge. Der rasche Fortschritt in unserer Arbeitswelt verlange auch von den kaufmännischen Angestellten ständig neue Kenntnisse. Sie zu vermitteln, seien die Fortbildungslehrgänge unserer Kaufmännischen Werkschule eingerichtet, bei denen er die nun Entlassenen am liebsten ausnahmslos wiederzusehen hoffe.

Lust zur Weiterbildung und Bereitschaft zur Mitverantwortung

Dr. Harald Koch nahm, nachdem er die jungen Menschen zu den sehr erfreulichen Ergebnissen der kurz zuvor abgelegten Prüfungen beglückwünscht hatte, Wolfgang Tripps Worte von der Bedeutsamkeit steter Weiterbildung

auf. Er betonte, daß wir den immer neuen Aufgaben, die das Leben heute an jeden einzelnen stelle, nur gerecht werden könnten, wenn wir ständig weiter an uns arbeiteten und bemüht seien, unser Wissen zu erweitern. Auf die Dauer werde nur der im Leben vorankommen, der neben guten Charaktereigenschaften über ein umfangreiches Wissen verfüge.

Nicht minder wichtig als den Willen zur Weiterbildung nannte Dr. Koch die Bereitschaft zum Mitdenken und zur Mitverantwortung, zu der jedes Belegschaftsmitglied aufgerufen sei. Nur wer sich dem Ganzen verpflichtet fühle und in echter Kameradschaft zu seinen Kollegen stehe, werde die innere Befriedigung finden, die für ein erfolgreiches Arbeiten und damit für ein glückliches Leben erforderlich sei.

Als Dr. Koch danach den frischgebackenen kaufmännischen Angestellten die Zeugnisse überreichte, konnte er anerkennend feststellen, daß mehr als die Hälfte unserer kaufmännischen Lehrlinge mit „Sehr gut“ oder „Gut“ abgeschnitten hatten – ein Ergebnis, das gewiß sehr erfreulich ist. Von den 60 kaufmännischen Lehrlingen hatten acht die Kaufmannsgehilfenprüfung mit „Sehr gut“, 24 mit „Gut“, 20 mit „Befriedigend“ und sieben mit „Ausreichend“ bestanden. Auch die sechs kaufmännischen Anlernlinge bestanden durchweg mit „Gut“ und „Befriedigend“.

„Besser konnten wir es nicht haben . . .“

Abschließend sprach Franz-Peter Schmitz als Vertreter der Schüler ein Wort des Dankes, das

wir im Wortlaut wiedergeben und das er mit einem kurzen Rückblick auf die Schulzeit einleitete:

„Es war eine lange Zeit, angefüllt mit Lernen und Leisten. Das Streben, den Abschluß mit guten Zensuren zu erlangen, war die Aufgabe, die uns gestellt wurde. Aber diese Bedingung des Lernens wurde uns erleichtert, und es wurde uns durch die guten Schulungsmöglichkeiten, die uns geboten wurden, einprägsam geholfen. Den Dank für diese gründliche Ausbildung, die sich in den Noten der abgelegten Prüfungen niederschlug, kann man schlecht in Worte kleiden.

Drei Jahre lang hatten wir die Möglichkeit, die gute Werkschule zu besuchen, und nicht selten hat man uns darum beneidet. Besser konnten wir es gar nicht haben, die Lehrmittel wurden uns frei zur Verfügung gestellt, und in der Ausbildung fehlte es an nichts. Von der dreimonatigen Grundausbildung, die uns intensiv in die Begriffe des kaufmännischen Lebens einführte, über die wöchentlichen Schultage bis zur Prüfungsvorbereitung befanden wir uns bei unseren Lehrern in besten Händen. Ihnen gilt unser erster Dank.

Es wurde aber auch in den einzelnen Betriebsabteilungen viel für uns getan, und ich möchte im Namen all derjenigen, die heute mit dieser Feier die Lehre bei den Hoesch-Unternehmen beenden, unseren Dank aussprechen. Besonders Dank der Unternehmensleitung, die sich für die Gründung, Erhaltung und Verbesserung der Werkschule eingesetzt hat und die Mittel zur Verfügung stellte, die erforderlich waren, den reibungslosen Ausbildungsablauf zu garantieren . . .

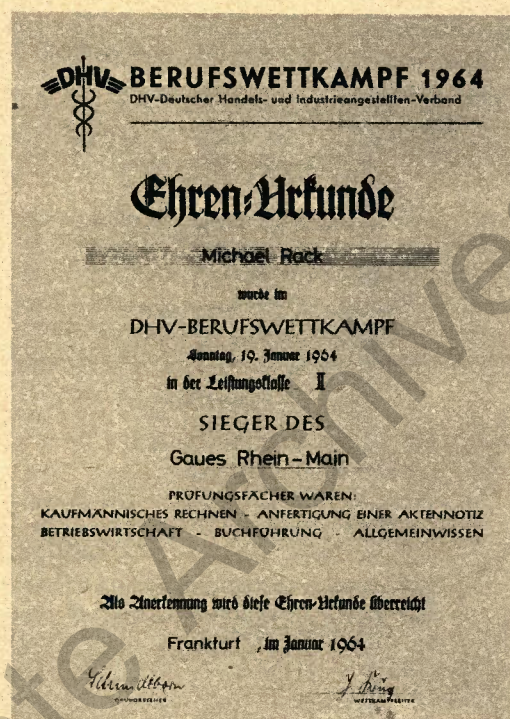
Wir halten jetzt die Urkunden in den Händen, die uns einen Teilabschnitt des beruflichen Lebens bescheinigen. Aber wie gesagt, es war

► Während der Lehrabschlußfeier bedankte sich Franz-Peter Schmitz im Namen aller Schüler für die gute Ausbildung

Die Zukunftspläne des heute 19jährigen liegen noch nicht fest. Aber er will weitermachen, will

Diesen Worten, die bei Michael Rack gewiß auf fruchtbaren Boden fielen, fügten wir den Wunsch hinzu, daß Michael in Zukunft ebensoviel Freude wie bisher an der Arbeit haben möge und daß sich bei seinen Prüfungen auch immer das bißchen Glück einstellen möge, ohne daß selbst der Fleißigste nicht auskommt – wie er selber gern und offen zugesteht.

► Das ist die Ehrenurkunde, die Michael Rack den Sieg im Rhein-Main-Gau bestätigt



nur ein Teilschnitt, ein Anfang des Berufes;
 denn wer ein Kaufmann werden will, lernt bei-
 reiten, und was der Jungkaufmann nicht lernt,
 lernt er später bestimmt nicht mehr. Und daß
 er etwas lernt, dafür ist hier bestens gesorgt.
 Wir verlassen die Werkschule noch nicht. Sie
 wird uns immer ein Ziel sein, uns weiterzubil-
 den und die Kenntnisse, die wir in der Lehre
 gewonnen haben, zu festigen und zu erweitern.
 Wir waren in der Lehre, wir haben etwas ge-
 lernt, und nicht nur das Wissen wurde uns ver-
 mittelt, sondern auch unser Selbstbewußtsein
 wurde gestärkt. Wie hieß es denn noch vor drei
 Jahren? „Hoesch-Lehrling sein verpflichtet!“,
 und es hat verpflichtet. Die Mühe des Unter-
 nehmens, uns auszubilden, die Sorge der Per-
 sonalabteilungen, uns dem Betriebsgeschehen
 näherzubringen, die soziale Fürsorge und man-

che uns eingeräumte Vorteile, das alles verpflichtet. Die Zeit in den Abteilungen, die Zeit, in der man beschäftigt war, in der man erkannte, daß man gebraucht wird, sie ist auch ein wesentlicher Punkt der Lehre, denn die Selbständigkeit ist eine Grundbedingung für den werdenden Kaufmann. Und nicht zuletzt die Persönlichkeitsbildung, die ja auch der Lehrfirma obliegt. Aus dem Schüler einen berufsreifen Menschen zu machen, ist eine Aufgabe, die bei diesen Ausbildungsmöglichkeiten nicht schwerfällt und wirklich den Lehrling zum nützlichen Mitglied der Gemeinschaft wachsen läßt.

Zu guter Letzt das Resümee. Unsere Lehrfirma Hoesch handelt bei der Lehrlingsausbildung nicht nach dem ökonomischen Prinzip, daß mit dem kleinsten Aufwand der größte Nutzen erreicht werden soll, sondern, ich muß es aus-

drücklich betonen, in der Lehrlingsausbildung versucht man mit dem größten Aufwand so viel wie möglich für die Ausbildung der jungen Menschen zu erreichen. Und dies ist anerkennenswert: das uneigennützige Bestreben, ihnen in der Lehre das mitzugeben, was dann später, ob zugunsten der Lehrfirma oder nicht, dem jungen Menschen allein zugute kommt."

▼ Acht unserer sechzig kaufmännischen Lehrlinge haben die Kaufmannsgehilfenprüfung mit der Note „Sehr gut“ bestanden. Sie stellten sich dieser Aufnahme in der kaufmännischen Werkschule (von links nach rechts): Frank Ostermann, Franz-Peter Schmitz, Werner Feldmann, Sylvia Grürmann, Manfred Hetzel, Hanns Wilhelmsmeyer und Rainer Albring. Helmut Schwarz – der fehlende achte – hat uns verlassen, um zu studieren





Einer,
der
für
viele
steht

Menschen
wie
du
und
ich

Der Seilermeister

In einer Aufsatzreihe stellen wir unseren Lesern aus der Vielzahl der in unseren Werken und Verwaltungen ausgeübten Berufe und Tätigkeiten Menschen vor, die stellvertretend für ihre Arbeitskollegen stehen. Die bisherigen Berichte galten dem Hochöfner (1/64), dem Hauer (2/64), der Laborantin (3/64) und dem Ausbilder (4/64).

„Sieh zu, daß die Backen nicht kneifen!“ Eduard Erkau, Meister in der Grobseilerei der Dortmunder Drahtseilwerke, gibt dem Seiler Wilhelm Ewald am Verseilkopf der Zuschlagmaschine letzte Anweisungen, bevor sich die Verseilmachine in Bewegung setzt. Mit den „Backen“ meint er die Preßbacken, die das entstehende Förderseil gleichmäßig erfassen müssen, wenn sich die Litzen aus Stahldraht um das Hanfseil legen. Der Hanf wird zur „Seele“ des armdicken Förderseils, das bald darauf über die Seilscheibe eines Förderturmes gleiten wird, um dann die Bergleute sicher in die Tiefe des Schachtes hinabzulassen und die gewonnene Kohle an das Tageslicht zu heben.

Hier am Verseilkopf durchläuft das Förderseil den letzten Fertigungsgang. In der großen Halle der Grobseilerei drehen sich die Verseilmachines und schlagen die Seile zu, die in verschiedensten Ausmaßen und Profilen für mannigfache Aufgaben das Hoesch-Werk verlassen. Immer aber, wenn sich zum letzten Arbeitsgang die Räderwerke drehen, wenn es darauf ankommt, daß sich die sorgsam vor-

gefertigten Drähte und Litzen so zusammenfügen, daß das fertige Seil die Kraft und Sicherheit erhält, die man zuvor auf dem Papier verlangte und versprach, dann ruft der Seiler seinen Meister zu sich. Er muß dabei sein, wenn das Seil „zugeschlagen“ wird.

„Das hätten wir mal wieder“, sagt Eduard Erkau, „heute mittag ist das Förderseil fertig! Tausend Meter lang und fünfzig Millimeter stark. Dann kann es abrollen nach Gelsenkirchen, zur Zeche Graf Bismarck.“

Als Bismarck vor 150 Jahren geboren wurde, kannte der Bergbau noch keine Drahtseile für die Förderung; zwanzig Jahre sollte es noch dauern, bis der Clausthaler Oberberggrat Albert an Stelle der bis dahin verwendeten Hanfseile und Ketten ein Drahtseil entwickelte, das aus zusammengedrehten Litzen bestand, die dann zum Seil zusammengeschlagen wurden. Diese Technik wurde – wenn auch fortentwickelt – bis heute beibehalten.

34 Dienstjahre bei den DDW

Zu den Firmen, die die Erfindung nutzten und weiterentwickelten, gehörte unser Drahtseilwerk. 1961 beging es sein fünfzigjähriges Jubiläum. Eduard Erkau, der nun schon seit 34 Jahren bei den DDW arbeitet, hat den schlimmsten Rückschlag in der Entwicklung des Hoesch-Werkes miterlebt. 1945 hatten Sprengbomben die Hallen zerrissen und Maschinen zerstört. „Kannst du mauern?“ – „Kannst du zimmern?“

fragte ein Seiler damals den anderen, und zusammen mit den eben heimgekehrten Soldaten, unter ihnen auch Eduard Erkau, zogen sie die gestürzten Mauern wieder hoch und reparierten die Verseilmachine. Im Oktober 1945 legten sich die ersten Drähte aus der Westfalenhütte wieder um die Hanfseele.

Jetzt durchlief Eduard Erkau die Berufsstationen des Drahtseilers. Er arbeitete in der Feinseilerei, in der Grobseilerei, und verrichtete die Schwerarbeit auf der Flachseilnähbahn. 1952 wurde er Vorarbeiter in der Feinseilerei, wo Drähte von 0,2 Millimeter bis 1,2 Millimeter Durchmesser verarbeitet werden, und 1954 wurde er Vorarbeiter in der Grobseilerei. Unter seiner Hand entstand das bisher längste und schwerste Förderseil des Ruhrgebietes mit einer Länge von 1400 Metern, einem Durchmesser von

siebzig Millimetern und einem Gewicht von rund 26000 Kilogramm. 1957 schließlich wurde Eduard Erkau Meister in der Grobseilerei.

Zwischen Spulbock und Preßbacken

Heute verläßt kein Förderseil, kein Seil für Krane, Bagger, Schrapper oder für die Hochseefischer die Werkshalle, dessen Herstellung der Meister nicht vom Auftrag bis zur Zerreißprobe im Prüfraum gelenkt oder überwacht hätte. Er leitet die Arbeiten am Spulbock, wenn der Draht von der Hütte auf die Spulen gewickelt wird, die sich dann mit achthundert Umdrehungen in der Minute in der modernen Schnellverseilmachine zur Litze drehen. Er kontrolliert den Seiler an der großen Verseilmachine, die die Litzen auf acht Spulen von je 5000 Kilogramm in fünfzehn Umdrehungen in der Minute um die Hanfseele legt und damit das Seil „zuschlägt“.

Eduard Erkau kennt seine Mitarbeiter an den Maschinen genau. Er weiß, wo ein kleiner Ratsschlag genügt oder wo er etwas genauer hinschauen muß, damit kein Fehler unterläuft, der nicht wiedergutzumachen wäre. Er bestimmt den Arbeitsablauf je „Lage“ in der Drahtlitze und den Einsatz der Maschinen, die die sechs Litzen für ein Seil gleichzeitig fertigen. Lage um Lage, erst vier Drähte, dann zehn und schließlich sechzehn drehen sich zur Litze, und in sechs Litzen schlägt der Verseilkopf schließlich die 180 Drähte zum armdicken Seil.

Sein Steckenpferd: der Hund

Der 49jährige ist ein Hundenarr ohne Hund. Er hat seinen geliebten Schäferhund abgegeben, als er vor zwei Jahren in einem Hochhaus unserer Wilhelm-Hansmann-Siedlung in Dortmund-Wambel eine neue Wohnung bezog. Hier blieb für den Hund nicht mehr genug Auslauf wie vorher rund um das Behelfsheim, das Eduard Erkau zusammen mit seiner Frau nach dem Kriege in der Gartenanlage der Dortmunder Drahtseilwerke selbst gebaut hatte.

Am Wochenende aber ist der Hundefreund immer noch auf dem Übungsplatz an der Burgholzstraße zwischen den gelehrigen Vierbeinern zu finden. Er hilft seinen Vereinskollegen, Schäferhunde für die Schutzhundprüfungen abzurichten. Das Amt des Vereinsvorsitzenden aber hat er abgeben müssen, denn dazu läßt ihm sein verantwortungsvoller Beruf nicht mehr genügend Zeit.

◀ Der Schäferhund ist Eduard Erkaus Steckenpferd. Auf unserem Bilde sehen wir ihn links, wie er – zusammen mit dem Hoesch-Pensionär Willi Maukisch – einen gelehrigen Vierbeiner durch das „Beißen auf Zivil“ auf die Schutzhundeprüfung vorbereitet

► Am Verseilkopf der Zuschlagmaschine in der Grobseilerei der Dortmunder Drahtseilwerke gibt Meister Eduard Erkau, auf der Farbseite rechts, dem Seiler Wilhelm Ewald letzte Anweisung für das Zuschlagen eines Förderseiles





56 Hoesch-Mitarbeiter in Parlamenten

übernehmen, kann die Politik seiner Gemeinde mitbestimmen. Die kommunale Selbstverwaltung ist die Grundlage unseres demokratischen Staatsaufbaues. Die Vergangenheit sollte uns alle deutlich mahnen, daß jeder von uns für die Entwicklung der Demokratie sich verantwortlich fühlen und entsprechend handeln muß."

Gemeinsinn

War dieser drastische Hinweis der „Aktion Gemeinsinn“ auf den Herrn „Ohnemichel“, der immer abwinkt, wenn es darum geht, Gemeinsinn zu zeigen, notwendig, oder sind wir in der Mehrzahl doch schon gute Demokraten? Von den alten Griechen stammt das Wort „Demokratie“, und es bedeutet Herrschaft des Volkes. Wenn ein Volk sich aber selbst regieren will, müssen sich Männer und Frauen zum Sprecher für die Belange der Gemeinschaft machen; Männer und Frauen, die in hohem Maße das mitbringen, was sie zum Volksvertreter geeignet macht: Gemeinsinn.

Mitentscheidung: Recht und Pflicht

Gleichgültige Demokraten sind schlechte Demokraten. „Die Demokratie ist keine Staatsform, die man durch Verfassung einsetzen und dann sich selbst überlassen kann. Sie ist ein Lebens- und Gestaltungsprinzip, das von der ständigen Zustimmung und Mitarbeit aller ihrer Bürger, vor allem der Jugend, getragen werden muß, um lebensfähig zu bleiben.“ Das sind Worte unseres Bundespräsidenten Dr. Heinrich Lübke, und Carlo Schmid, der Vizepräsi-

„Der Mensch ist als soziales Wesen geschaffen, er gehört einer Gemeinschaft an, die ihn in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht fördert und ihn schützt und stützt, wenn er in Not gerät. Es ist für ihn aber auch eine selbstverständliche Pflicht, sich mitverantwortlich zu fühlen.“
Frau Wilhelmine Lübke bei der Eröffnung der 5. Kampagne der Aktion Gemeinsinn.

Erfreuliches Ergebnis einer Umfrage von „WERK UND WIR“

Unser Hinweis auf die fünfte Kampagne der „Aktion Gemeinsinn“, die das Verantwortungsbewußtsein als Mitbürger wecken und gerade bei der nunmehr angelaufenen „Aktion“ den kommunalen Verwaltungen Wege zeigen will, wie sie um verstärkte Mitarbeit der Bürger werben kann, entspricht sicherlich einem gemeinsamen Aufruf des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, des Deutschen Industrie- und Handelstages und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, in der ebenfalls zur Mitarbeit in der Kommunalpolitik aufgerufen wird: „Nur wer bereit ist, in der kommunalen Selbstverwaltung aktiv mitzuwirken und ein Mandat zu

5. Kampagne der „Aktion Gemeinsinn“

KEINER LEBT FÜR SICH ALLEIN



Am 15. April 1964 eröffnete Frau Wilhelmine Lübke als Ehrenvorsitzende der „Aktion Gemeinsinn“ deren 5. Kampagne „Keiner lebt für sich allein“. Unser Bild zeigt Frau Lübke im Gespräch mit Hubert Straus über das von dessen Werbeagentur entworfene Plakat. Rechts von der Gattin des Bundespräsidenten Frau Lilli Pawel, Schatzmeisterin der „Aktion Gemeinsinn“, rechts hinter ihr Gerhard Tacke von der Essener Werbeagentur, im Hintergrund links Erwin Schoettle, Vizepräsident des Deutschen Bundestages und 1. Vorsitzender des Kuratoriums der „Aktion Gemeinsinn“, rechts Dr. Eberhard Müller, Direktor der Evangelischen Akademie Bad Boll und 1. Vorsitzender des Vorstandes der „Aktion Gemeinsinn“.

Die „Aktion Gemeinsinn“ hat zu einer neuen „Kampagne“ aufgerufen. Mit ihr setzt die Arbeitsgemeinschaft namhafter Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft ihre Tätigkeit fort, mit modernen Mitteln der Werbung und Publizistik der Öffentlichkeit Aufgaben vor Augen zu führen, die der Staat allein nicht lösen kann. Unter dem Motto „Keiner lebt für sich allein“ will die Aktion um die Mitarbeit des Bürgers in der Gemeinde werben und die Bürgerschaft mit den Aufgaben und Problemen in der Gemeinde, in der Stadt und im größeren Gemeinwesen vertraut machen. Es gilt, das Verständnis und die Bereitschaft der Bürger zur Mitarbeit in unserer demokratischen Lebensgemeinschaft zu gewinnen.

Frau Wilhelmine Lübke: Jeder gehört einer Gemeinschaft an!

Frau Wilhelmine Lübke, die Gattin des Bundespräsidenten, die seit 1961 den Ehrenvorsitz der „Aktion Gemeinsinn“ innehat, eröffnete am 15. April die 5. Kampagne und sagte: „Der Mensch ist als soziales Wesen geschaffen, er gehört einer Gemeinschaft an, die ihn in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht fördert und ihn schützt und stützt, wenn er in Not gerät. Es ist für ihn aber auch eine selbstverständliche Pflicht, sich mitverantwortlich zu fühlen. Unsere im Zeichen der Technik stehende Zeit fordert mehr denn je den Einsatz eines jeden einzelnen für das Wohl des Ganzen. Die Maschine droht auch den Menschen zu mechanisieren, droht ihn gleichgültig zu machen gegen die Gemeinschaft, in der er lebt.“

Nicht nur durch die gewissenhafte Verrichtung seines täglichen Dienstes, sondern durch Übernahme freiwillig und freudig geleisteter Arbeit innerhalb der Gemeinschaft zeigt der Mensch seinen wahren Wert. Solch eine tätige Anteil-

nahme an den Problemen und Nöten der Gemeinschaft und ihrer Glieder wird dem Bürger mehr Zufriedenheit und Glück bringen als die Jagd nach Geld und Gut.“

Bundeskanzler Erhard: Anteil nehmen am demokratischen Leben der Nation!

Bundeskanzler Prof. Ludwig Erhard bekannte sich zur Idee, von der diese Aktion getragen wird und unterstützte sie: „Es ist gut, wenn der deutsche Bürger durch diese Aktion gemahnt wird, wieder einmal sich zu bekennen. Es geht hier nicht allein um das demokratische Leben, nicht nur darum, daß der einzelne aufgerufen ist, an dem gemeinsamen Schicksal, an dem demokratischen Leben der Nation Anteil zu nehmen, sei es auf der Ebene der Gemeinden, des Landes und des Bundes. Nein, es geht um sehr viel mehr: Es geht um eine Herausforderung an den einzelnen Menschen, Bekennermut zu üben und Zivilcourage zu bezeugen auch gegenüber Gruppeninteressen und gegen den verderblichen Kollektivismus, der sich auch im sozialen Leben, in unserer Sozialpolitik breitmachen möchte.“

Wenn gesagt worden ist, diese Aktion OHNE MICHEL habe natürlich auch einen negativen Effekt, so glaube ich, gerade wenn sich die Menschen angestoßen oder, wie gesagt worden ist, auf die Füße getreten fühlen – sie brauchen es notwendig, denn sie müssen zur Besinnung kommen. Wir sind in der Lebenseinstellung, in dem Egoismus der Gruppen und auch in dem Egoismus des einzelnen so weit gekommen, daß wir fast überhaupt nichts mehr spüren von dem, was unsere Mitmenschen angeht. Wir ziehen uns zu billig aus der Affäre, wenn wir glauben, dafür ist ja der Staat da. Das ist er auch. Aber er ist es nicht allein, und darum geht es hier.“

dent des Deutschen Bundestages, bekannte zu dem neuen Aufruf der Aktion Gemeinsinn: „Gemeinsinn brauchen wir wie das tägliche Brot, wenn wir in einem menschlichen Staat – in einer Demokratie also – leben wollen, denn Gemeinsinn ist die Voraussetzung des Bürgersinnes, wenn wir darunter mehr verstehen wollen, als nur ein geschicktes und technisch einwandfreies Hantieren mit den Faktoren der Meinungs- und Willensbildung im Staate. Dies wäre Demokratismus, aber noch keine Demokratie. Demokratie setzt den Willen zu mitmenschlichem Verhalten voraus, und dies auf allen Ebenen unseres Lebens. Das Maß der Mitmenschlichkeit, das wir einander gegenüber aufzubringen vermögen, bestimmt den demokratischen Rang unseres Gemeinwesens.“

In unserem demokratischen Staatswesen kann und soll jeder von seinem Recht auf politische Meinungsfreiheit und Mitentscheidung Gebrauch machen. Dieses Recht ist Verpflichtung zugleich: Verpflichtung, an der Gestaltung unseres gemeinsamen staatlichen und gesellschaftlichen Lebens mitzuwirken – wie es Artikel 20 unseres Grundgesetzes will: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“

Nicht jeder kann indes in der politischen Verantwortung stehen, für die meisten von uns verlangt die Politik nicht mehr als waches und kritisches Interesse an dem, was unsere Vertreter in Parteien und Parlamenten sagen und beschließen. Um so dankbarer aber sollten wir den Einsatz derer anerkennen, die ihre privaten Interessen zurückstellen und neben der beruflichen Arbeit Verpflichtungen im Dienst für die Allgemeinheit auf sich nehmen.



Und auch hier: 56 von Hoesch!

Von solchen Mitbürgern, die sich trotz doppelter Belastung und gewiß auch trotz mancher Enttäuschungen und Ärgernisse für das Allgemeinwohl einsetzen, von solchen aktiven Staatsbürgern finden wir in unseren Betrieben mehr Arbeitskollegen, als der einzelne vielleicht vermutet. Wir wollten es genau wissen und fragten nach, wie viele und welche Belegschaftsmitglieder in den Parlamenten der Gemeinden, der Städte, der Kreise tätig sind oder wer gar von

▲ Neben den 14 Belegschaftsmitgliedern der Schachtanlage Radbod, die als Ratsherren dem Stadtparlament angehören, sind unsere Mitarbeiter durch den Abgeordneten im Kreistag des Kreises Lüdinghausen vertreten, durch den Markscheider der Zeche Dr. Wilhelm Lippmann. Unser Bild zeigt ihn (links) im Gespräch mit den beiden Ratsherren (von links) Vermessungssteiger Helmut Wehmeier und Baumeister Karl Hilgenstock

Hoesch-Mitarbeitern im Landtag oder im Bundestag als Abgeordneter mitwirkt.

Dies war das Ergebnis: 56 Mitarbeiter unserer Werke sind als gewählte Volksvertreter in politischen Parlamenten tätig. Von ihnen sitzt einer im Bundestag, einer im Landtag von Nordrhein-Westfalen, sechs sind Mitglieder von Kreistagen, 34 von Stadtparlamenten und 26 von Gemeinde- und Amtsvertretungen. Vier von ihnen üben seit Jahren das verantwortungsvolle und arbeitsreiche (und oft auch undankbare) Amt des Bürgermeisters aus! Mehrere Ratsmitglieder sind gleichzeitig Abgeordnete des Kreistages, andere versehen ein Amt gleichzeitig im Kreistag und im Gemeinderat.

Aus allen Berufen und Parteien

Unsere Mitarbeiter, die sich zur Wahl in ein politisches Parlament stellten, sind in der überwiegenden Anzahl Arbeiter. Neben ihnen auf den Plätzen der Abgeordneten sitzen aber auch Angestellte, neben den Hauern Steiger und Markscheider, neben den Facharbeitern Prokuristen, Diplom-Handelslehrer und Diplom-Volkswirte. Das Durchschnittsalter liegt bei 43 Jahren. Sie gehören allen in der Bundesrepublik zugelassenen politischen Parteien an, ohne die nun einmal eine Demokratie nicht denkbar ist.

Unsere Mitarbeiter haben sich also zu einer der politischen Parteien bekannt. Sie gehören zu den – noch zu wenigen – Staatsbürgern, die nicht nur in der geschlossenen Wahlkabine ihre politische Auffassung zum Ausdruck bringen, sondern sie frei vertreten. Sie stellen sich mit offenem Visier dem Andersdenkenden, sehen in ihm nicht den Feind, sondern den Gegner in der Sache, mit dem sie gemeinsam zu einer Entscheidung finden müssen und wollen. Sie haben erfahren, wie wertvoll es für die gemeinsame Sache ist, Toleranz zu üben und zu pflegen. Wie der amerikanische Schriftsteller und Nobelpreisträger John Steinbeck wenden sie sich gegen die Unduldsamkeit: „Toleranz ist der Entschluß, anderen das Anderssein zu gestatten.“

Das ist Herr Ohnemichel -



er winkt immer ab, wenn es darum geht, zu helfen, Rücksicht zu nehmen, sich mitverantwortlich zu fühlen. Ihm fehlt eben, was den guten Bürger, den sympathischen Mitmenschen ausmacht –

ihm fehlt Gemeinsinn

Unter dem Motto „Miteinander-Füreinander“ wirbt in der AKTION GEMEINSINN eine Gruppe unabhängiger Bürger auch um Ihre freiwillige Mitarbeit.

KUPON (Ausschneiden und in Briefumschlag legen)

An die AKTION GEMEINSINN
5320 Bad Godesberg · Postfach 112

Senden Sie mir bitte kostenlos die Broschüre
„KEINER LEBT FÜR SICH ALLEIN“

Name _____

Postleitzahl _____ Anschrift _____

20 Pf Porto in Briefmarken lege ich bei.

Die bisherigen Kampagnen der „Aktion Gemeinsinn“:

1) Juni 1959:

„Helft der Hausfrau!“

Aufrufe und Hinweise, die Arbeit der Hausfrau und Mutter zu erleichtern.

2) November 1959:

„Zum Beginn des Advent“

10000 Familien befolgten den Aufruf, Studierende aus den Entwicklungsländern zu Weihnachten einzuladen.

3) Dezember 1960:

„Helft den Helfenden!“

Mit großem Erfolg wurde zum freiwilligen Hilfsdienst in Krankenhäusern und anderen Pflegestätten zur Entlastung des nicht ausreichenden Pflegepersonals aufgerufen. Bisher meldeten sich 50000 Helfer.

4) Dezember 1961:

„Das Alter darf nicht abseits stehen!“

Wirksames Echo auf den Appell, alten und pflegebedürftigen Menschen zu helfen und sie in die Gemeinschaft einzubeziehen. Großer finanzieller Erfolg für den Ausbau von Altenwohnungen, Pflegeeinrichtungen und Begegnungsstätten.

April 1963:

Fernsehliteratur „Miteinander – Füreinander“

24 Millionen DM konnten der Deutschen Altershilfe zur Verfügung gestellt werden.

5) April 1964:

„Keiner lebt für sich allein“

Aufruf an den Staatsbürger zur Mitarbeit in der Gemeinde.

Zwischen Pütt und Parlament

In der Liste unserer Belegschaftsmitglieder, die politischen Parlamenten angehören, fällt eines auf den ersten Blick auf: Zwei Betriebe stellen den Löwenanteil, nämlich die Zechen Radbod in Bockum-Hövel und Fürst Leopold-Baldur in Hervest-Dorsten. Radbod stellt fünfzehn und Fürst Leopold-Baldur sogar sechzehn Parlamentarier!

Wo aber liegt der Grund für diese löbliche Einsatzfreudigkeit unserer Bergleute? Der Grund wird darin zu suchen sein, daß die Belegschaften dieser Zechen seit Generationen in den Orten Hervest-Dorsten, Holsterhausen und Bockum-Hövel wohnen, und diese Gemeinden leben praktisch von den Zechen, die die einzigen Großbetriebe dieser Orte sind. Wenn die Zusammensetzung der Parlamente also der Einwohnerschaft entsprechen sollte, mußten sich viele Bergleute zur Mitarbeit bereit finden.

Unter den Bergleuten in Parlamenten finden wir auch drei der vier genannten Bürgermeister: Helmut Pytlik, Fördermaschinist auf Schacht 1 von Radbod, ist seit 1962 Bürgermeister von Bockum-Hövel, der SPD-Fraktion im Rat der Stadt gehört er seit 1952 an; Heinz Orzelski, Schlosser und Betriebsratsvorsitzender von Fürst Leopold-Baldur, gehört der SPD-Fraktion

des Rates der Stadt Dorsten schon seit 1948 an und ist seit 1951 zweiter Bürgermeister; Wilhelm Rehmann, Hauer auf Fürst Leopold-Baldur, ist seit 1948 Mitglied der CDU-Fraktion des Rates der Stadt Dorsten und der Amtsvertretung Hervest-Dorsten, seit 1960 ist er zweiter Bürgermeister des Amtes Hervest-Dorsten.

Der Rat der Stadt Bockum-Hövel mit ihren mehr als 25000 Einwohnern hat dreißig Mitglieder, von denen fast die Hälfte, nämlich vierzehn, unsere Belegschaftsmitglieder sind. Acht von ihnen gehören der Fraktion der SPD an, vier der CDU und zwei der FDP. Der gesamte Rat setzt sich aus folgenden Fraktionen zusammen: SPD: sechzehn Sitze, CDU: zwölf Sitze, FDP: zwei Sitze.

Da mehrere Belegschaftsmitglieder unserer Schachtanlage in Hervest-Dorsten nicht nur in einem Parlament vertreten sind, ist in unserer Übersicht (unten) hinter den Namen und Berufen nur der Ort genannt, in dessen Kreistag, Stadtparlament oder Amts- und Gemeindevertretung und in welchen Fraktionen sie mitarbeiten.

Bei unseren Belegschaftsmitgliedern von Fürst Leopold-Baldur fällt auf, daß sich politisch nicht nur die betätigten, die die Wähler der Bergmannssiedlungen rund um die Schachtanlage berufen, sondern auch diejenigen, die in den

Ämtern und Gemeinden bis zur holländischen Grenze ihr Mandat erhielten – und es offensichtlich gut verwalten, wie es die mehrfache Wiederwahl beweist.

Nicht meckern, sondern mitdenken!

Was aber tun denn nun unsere Ratsherren und Abgeordneten? Wann und wie legen sie Rechenschaft ab? Wie verfolgen wir die „Leistungskurve“ der Parteien oder der einzelnen? Da lesen wir in der Zeitung, daß der Rat einstimmig beschlossen hat, die neue Volksschule mit einem Lehrschwimmbecken auszustatten – und wir sind es zufrieden; da lächeln wir, wenn nach einer Kampfabstimmung ein Projekt in den Fachausschuß zurückverwiesen wird, daschimpfen wir, wenn für den Bau eines Hallenbades noch immer nicht genügend Geld im Etat zur Verfügung steht. Wer aber denkt daran, daß wir alle eingeladen sind, selbst an den öffentlichen Ratssitzungen teilzunehmen! Und wer denkt daran, daß die Abgeordneten die Hauptarbeit nicht in der öffentlichen Sitzung des Rates, sondern in den Ausschüssen leisten. Jedes Mitglied eines Parlamentes gehört mehreren solcher Fachausschüsse an, und während wir höchstens in Monatsabständen von Ratssitzungen hören oder lesen, muß der einzelne Rats-

Schachtanlage Radbod			
Abgeordneter des Kreistages Kreis Lüdinghausen:			
Dr. Lippmann, Wilhelm	Markscheider		FDP
Im Rat der Stadt Bockum-Hövel sind folgende Belegschaftsmitglieder:			
Förster, Erwin	Hauer		SPD
Grzybowski, Wilhelm	Hauer		SPD
Hilgenstock, Karl	Baumeister		FDP
Koch, Rudolf	Hauer		SPD
Licht, Heinrich	Hauer		SPD
Neppert, Erwin	Hauer		SPD
Oeser, Rudolf	Maschinist		SPD
Porzelt, Willi	Schreiner		CDU
Pytlik, Helmut	Fördermaschinist		SPD
Salamon, Alfred	Maschinenhauer		CDU
Skibba, Alfred	Schmied		SPD
Soester, Bernhard	Schlosser		CDU
Wehmeier, Helmut	Vermessungssteiger		FDP
Wrobel, Hellmuth	Grubensteiger		CDU
Schachtanlage Fürst Leopold-Baldur			
Biallas, Günter	Schlosser	Stadt und Amt Hervest-Dorsten	SPD
Brinkert, Bernhard	Maschinist	Gemeinde Wulfen	CDU
Bußkamp, Heinrich	Vermessungssteiger	Stadt und Amt Hervest-Dorsten	SPD
Cebulla, Richard	Angestellter	Kreis Borken, Gemeinde Ramsdorf, Amt Veelen-Ramsdorf	SPD
Dahl, Gustav	Hauer	Stadt und Amt Hervest-Dorsten	SPD
Dittmann, Fritz	Schlosser	Stadt und Amt Hervest-Dorsten	SPD
Fortmann, Wilhelm	Elektrohauer	Stadt Borken	CDU
Grawe, Rudolf	Kraftwerksarbeiter	Gemeinde Wulfen	SPD
Hofmann, Heinrich	Angestellter	Stadt und Amt Hervest-Dorsten	SPD
Jäkel, Erich	Kraftwerksarbeiter	Gemeinde Lembeck	SPD
Kirstein, Werner	Angestellter	Stadt und Amt Hervest-Dorsten und Kreis Recklinghausen	CDU
Lampen, Hans	Vermessungssteiger	Stadt Dorsten	CDU
Müller, Hermann	Hauer	Stadt und Amt Hervest-Dorsten	SPD
Orzelski, Heinz	Schlosser	Stadt und Amt Hervest-Dorsten und Kreis Recklinghausen	SPD
Rehmann, Wilhelm	Hauer	Stadt und Amt Hervest-Dorsten und Kreis Recklinghausen	CDU
Stolzenberg, Helmut	Hauer	Stadt Borken	CDU



1



4

herr in jeder Woche einen oder mehrere Abende für die oft langwierigen und zermürbenden Ausschusssitzungen opfern. Diese Arbeit steht nie im Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit. Hierher fällt kein Glanz der „Publicity“, äußere Ehren fallen nur ganz selten auf die, die sich mühen, unsere Steuergelder sinnvoll und zum Nutzen aller zu verwenden.

Neues Leben rund um Radbod

Was aber mit unseren Steuergroschen geschieht, das könnten wir ständig miterleben – wenn wir nur sehen wollen! Manche Ausschusssitzungen sind „geheim“, die Ergebnisse aber finden wir schwarz auf weiß. Blättern wir einmal in den Haushaltsplänen von Bockum-Hövel der letzten Jahre, dann finden wir eine Fülle von Aufgaben, die der Rat der Stadt zu bewältigen hatte – und bewältigte! Erst die planvolle Anordnung neuer Wohnbezirke zwischen den alten Orten Bockum und Hövel schufen die Voraussetzungen dafür, daß die Gemeinden im Jahre 1956 zu einer Stadt zusammenwachsen konnten. Hierbei gingen die Bauvorhaben der Gemeinde und die Errichtung werkseigener Wohnungen der Zeche Radbod Hand in Hand. Neue Wohnbezirke zogen einen umfangreichen Straßenbau mit sich, für zahl-

reiche Eigenheime war die Grundstücksfrage zu lösen. Für neue Industrien mußte Platz geschaffen werden. Unter ihnen war eine Firma, die tausend Frauen beschäftigt. Die Westfälische Zentral-Genossenschaft legte ihre Bau-

pläne vor, der größte Schlachthof Westfalens entsteht in Bockum-Hövel, und schließlich baut die Stadt Hamm dazu eine Großkläranlage. Stolz verweisen die Ratsherren auf die Albert-Schweitzer-Schule, die vor zwei Jahren einge-

1 Helmut Pytlik hat die Hand am Hebel – und das nicht nur als Fördermaschinist am Schacht 1 von Radbod, sondern auch als Bürgermeister von Bockum-Hövel. Seit 1962 übt er dieses verantwortungsvolle Amt aus, dem Rat der Stadt gehört er schon seit 1952 an

2 Sieben der kommunalpolitisch aktiven Bergleute von Radbod gehören auch dem Betriebsrat der Schachtanlage an. Fünf von ihnen zeigt dieses Bild: Hauer Erwin Förster, der Vorsitzende des Betriebsrates (stehend); sitzend von links: die Hauer Heinrich Licht, Erwin Neppert, Wilhelm Grzybowski, Rudolf Koch. Betriebsratsmitglied Anton Kalb, vorn, gehört dem Rat nicht an

3 Nach der Schicht treffen sich Grubensteiger Hellmuth Wrobel (links) und Maschinenhauer Alfred Salamon in der Lampenstube. Aber für die beiden ist noch nicht Feierabend: Wenn der Kohlenstaub abgewaschen ist, warten auf sie noch lange Debatten in Fachausschüssen, deren Ergebnisse dem Rat in der nächsten Sitzung vorgelegt werden müssen

4 Ob sich diese vier schon einig werden wollen über die nächste Kampfzettelabstimmung? Im Rat gehören sie nämlich zwei verschiedenen Parteien an. Von der Lok herab spricht Schlosser Bernhard Soester mit Schreiner Willi Porzelt, Schmied Alfred Skibba und Maschinist Rudolf Oeser (von links nach rechts)

5 Auf dem Wege in den Sitzungssaal hielt unsere Kamera den stellvertretenden Bürgermeister und Betriebsratsvorsitzenden der Schachtanlage Fürst Leopold-Baldur, Schlosser Heinz Orzelski (links), im Bilde fest. Vor den Wappen der Gemeinden des Amtes Hervest-Dorsten mit ihm im Gespräch Verwaltungsdirektor Willi Salamon

6 Bei Richard Cebulla (links), dem ältesten Kommunalpolitiker unserer Belegschaftsmitglieder, geht es in dieser Besprechung um Jugendfahrten. Neben ihm von links: Ausbildungssteiger Günter Gärtner, Hauer Hermann Müller, Hauer Gustav Dahl und Schlosser Fritz Dittmann



2



3



5



6



▲ Der Bauausschuß der Stadt Dorsten tagt! Auf der Tagesordnung steht der Bau von Wohnungen und Straßen. – Am Tisch von links: Heinz Orzelski (stellvertretender Bürgermeister), Fritz Dittmann, Rudolf Weidauer, Heinz Bußkamp, Werner Kirstein, Franz Wolters, Willi Rehmann (stellvertretender Bürgermeister des Amtes Hervest-Dorsten), August Kraushaar; rechte Reihe: Stadtoberinspektor Dingemann, Vermessungsrat Zahn, Baurat Kirchner, Vermessungssteiger und Vorsitzender des Ausschusses Hans Lampen, Stadtplaner Burmeister

► Wer sieht hier wem kritisch auf die Finger? Der kaufmännische Angestellte Heinrich Hofmann (sitzend) hat Besuch von unter Tage: stehend links Hauer Helmut Stolzenberg und neben ihm Elektrohauser Wilhelm Fortmann

▼ Maschinist Bernhard Brinkert (links) und Schlosser Günter Biallas stellten sich unserer Kamera am Arbeitsplatz. Nach Feierabend treffen sie sich wieder in der Ratssitzung, um die Belange ihrer Mitbürger zu vertreten



weiht wurde, fünf neue Turnhallen stehen den Volksschulen zur Verfügung, und eine große Sonderschule wurde gebaut.

Dorsten verjüngte sich

Welche Anstrengungen verbergen sich hinter der nüchternen Meldung, daß in Hervest-Dorsten der Wiederaufbau nach den Kriegszerstörungen abgeschlossen ist! Allein die Altstadt von Dorsten war zu 70 v.H. ein Opfer der Bomben geworden! In enger Zusammenarbeit der Stadtväter und der Vertretung des Amtes Hervest-Dorsten wurde Zerstörtes erneuert, und die beiden größten Grundbesitzer, die Stadt und die Zeche Fürst Leopold-Baldur, saßen oft an einem Tisch, um die Voraussetzungen für Neubauten zu schaffen, die das aufblühende Leben an dem alten Verkehrsknotenpunkt an der Lippe mit der nördlichsten Grube des Reviers verlangte.

Auch hier ein paar Beispiele aus den Ergebnissen der zielstrebigsten Arbeit des Stadtparlaments in den letzten Jahren: Der umfangreiche Wohnungsbau stützte sich auf die Baugesellschaft, an der neben der Stadt auch Hoesch und andere Firmen beteiligt sind. Zwei neue Volksschulen entstanden, drei sind im Bau oder geplant; das Gymnasium wurde wieder aufgebaut und erweitert, der erste Bauabschnitt einer Realschule ist vollendet, der zweite soll Ostern 1965 fertig sein; sechs neue Turnhallen stehen den Schulen und Vereinen zur Verfügung; ein neues Stadion ist der Stolz aller Sportler, der Bau des Ellerbruch-Sportplatzes steht in diesem Sommer vor dem letzten Bauabschnitt. Die „Stadtväter“ haben sogar den Mut gefaßt, ein Hallenbad zu bauen!

Gute Arbeiter – gute Bürger

Endlos würden diese Beispiele, die nur wenige Bereiche der Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung streiften, wollten wir noch auf die Arbeit in den Kreistagen von Lüdinghausen und Recklinghausen eingehen, oder auf das Wirken in den Gemeinden bis zur holländischen Grenze. Wir mußten uns schon darauf beschränken, in diesem Beitrag nur von den 31 Belegschaftsmitgliedern der beiden Zechen zu berichten. Im nächsten Heft werden wir über die kommunalpolitische Tätigkeit der anderen 25 Mitarbeiter unserer Werke berichten, unter denen sich ein Bundestagsabgeordneter und ein Landtagsabgeordneter befinden.

Herr „Ohnemichel“ ist geschlagen, wenn er diesen Zeilen entnimmt, daß es in unseren Werkshallen nicht nur gute Facharbeiter, sondern auch gute Bürger gibt. „Bürger“ im Sprachsinne unserer Zeit, für die nicht mehr die alte Einteilung in Bürger, Bauer, Edelmann gilt. Heute ist der ein guter Bürger, der sich für das Gemeinwesen verantwortlich fühlt und bereit ist, in selbstloser Arbeit Verantwortung zu übernehmen. Bundespräsident Dr. Lübke sagte dazu:

„Keine menschliche Gemeinschaft, weder die Familie noch die Gemeinde, geschweige denn der Staat, sind lebensfähig, wenn ihre Glieder sich als isolierte einzelne verstehen, die sich ausschließlich für sich selbst und ihr persönliches Wohl interessieren.“

HOESCH

passiert
notiert
fotografiert

Zum erstenmal trat Hoesch in einem eigenen Stand vor die Besucher der Münchener BAUMA, einer internationalen Baumaschinen-Messe, die in diesem Jahr von etwa 120000 Menschen aufgesucht wurde. Auf 220000 Quadratmetern Ausstellungsfläche boten 600 in- und ausländische Unternehmen ihre Erzeugnisse der Bauwirtschaft an. Hoesch stellte Spundwandprofile und Kanaldielen der Westfalenhütte aus, mit denen eine Modell-Baugrube ausgekleidet war, zeigte Planierdraht und Rohrgerüste der Schmiedag und war außerdem mit Rohrabschnitten der Rohrwerke, mit Drahtseilen und Steinsägelitzen der Dortmunder Drahtseilwerke und mit Platal-Wandverkleidungen der Trierer Walzwerk AG vertreten.

„Der letzte Binder ist gezogen,
die Säulen stehen lot,
die Kranbahn, die ist ausgewogen,
und jetzt geht die Krone hoch!“

Nach diesem Spruch des Poliers Hugo Willmes schwebte der Richtkranz empor, das neue Kaltprofilwerk der Walzwerke Hohenlimburg war gerichtet. Zuvor hatte Dr. Höhle vom Direktorium der Walzwerke (links neben dem Polier) die zahlreichen Gäste begrüßt, die am 21. März in Hagen-Kabel zur Richtfeier zusammengekommen waren. Gerhard Elkmann vom Vorstand unserer Gesellschaft (rechts vom Polier) wies in einer kurzen Ansprache darauf hin, daß dieses neue Werk, das der räumlichen Enge wegen nicht in Hohenlimburg gebaut werden konnte, kaltgewalzten Profilen neue Anwendungsgebiete erschließen helfen sollte.



HANS WOLFF †

Am 18. März 1964 starb Hans Wolff, das kaufmännische Vorstandsmitglied der Schmiedag. Wenige Monate später, am 1. August dieses Jahres, wäre Hans Wolff 60 Jahre alt geworden, und in einem Jahr, am 7. August 1965, hätte er zwanzig Jahre in den Diensten der Schmiedag gestanden, an deren Wiederaufbau und Entwicklung nach dem Kriege er so entscheidenden Anteil gehabt hat.

Hans Wolff, am 1. August 1904 in Hagen geboren, besuchte in seiner Heimatstadt das Realgymnasium, legte dort die Reifeprüfung ab und ging dann zu einer Handelsfirma nach Bremen, bei der er den Kaufmannsberuf von Grund auf lernte. Am 1. April 1925 wechselte er zu einer Hamburger Exportfirma, die er Ende desselben Jahres verließ, als ihm eine amerikanische Bank die Gelegenheit bot, die Neue Welt kennenzulernen und in New York zu arbeiten. Ein halbes Jahr später trieb es den unternehmungslustigen jungen Hagener Kaufmann nach Süden, wo er

in die Dienste einer mexikanischen Eisenwarenhandelsfirma trat.

Im November 1930 kehrte Hans Wolff nach Deutschland zurück. Vier Jahre arbeitete er für die Kölner Edelstahl- und Werkzeug-Exportfirma Amerikaner & Co. Dann ging er zur Norddeutschen Überseegesellschaft nach Hamburg, die er vor allem in Südafrika vertrat. Im August 1938 übernahm er in Hagen die väterliche Firma, eine Fabrik, die Kleiseisenwaren erzeugte.

Nach dem Ende des Krieges – das Werk Grüntal war in Schutt und Asche gesunken, Demontagen und die Lösung von Hoesch bedrohten die Schmiedag an ihren Wurzeln – gingen Werksleitung und Belegschaft an den Wiederaufbau, den Hans Wolff durch sein gediegenes Wissen, seine reichen Erfahrungen und seinen wachen Sinn über die langen Jahre des Auf- und Ausbaus hin wesentlich mitbestimmte. Der Tod von Hans Wolff ist für Hoesch und die Schmiedag ein schmerzlicher Verlust. Alle, die Hans Wolff kannten, werden sein freundliches, immer auf Ausgleich bedachtes Wesen vermissen und ihn unvergessen in dankbarer Erinnerung behalten.



Fünfzig Jahre bei uns

Das kostbarste Gut eines Volkes sind seine Menschen, in deren Gedanken die Pläne entstehen, deren Hände die Werte schaffen und deren Herzen mutig genug sind, Gefahren auf sich zu nehmen, damit wir und unsere Kinder einer gesicherten Zukunft entgegengehen. Wir schulden ihnen Dank und jede erdenkliche Hilfe. HEINRICH LÜBKE



Friedrich Becker, der am 16. April 1964 das fünfzigjährige Arbeitsjubiläum beging, hat als Laufjunge im Walzwerk Barop angefangen. Schon mit sechzehn Jahren bediente er, bedingt durch die Kriegsverhältnisse, einen Portalkran, und mit achtzehn sogar einen Laufkran. Als Kranfahrer war er auch in den folgenden Jahrzehnten überwiegend tätig, wenn er auch eine Zeitlang einen Elektrowagen fuhr und mehrere Jahre als Motorenmeister im Maschinenhaus arbeitete. Als das Baroper Walzwerk 1957 stillgelegt wurde, wechselte er ins Maschinenhaus des Blockwalzwerkes der Westfalenhütte. Seit 1959 arbeitet Friedrich Becker, dessen Hobby der Schützenverein und ein Garten ist, in der Sozialwerkstatt unseres Betriebes.



Friedrich Bohmann beging am 1. April 1964 sein fünfzigjähriges Arbeitsjubiläum. Von 1914 bis 1917 erlernte er bei Bolh und Tilmann, einer der Firmen, aus denen später die Becke-Prinz GmbH entstand, das Schlosserhandwerk. Nach der Lehre wechselte er zur Westfalenhütte in die Abteilung Mechanische Werkstätten. Hier war Friedrich Bohmann in der Waagenwerkstatt mit der Reparatur und Wartung verschiedener Wiegeeinrichtungen der Hütte und der angrenzenden Zeche Kaiserstuhl beschäftigt. Nachdem er die Industriemeisterprüfung abgelegt hatte, wurde er am 1. September 1950 Waagemeister. Unser Jubilar – in der Nähe des Dortmunder Borsigplatzes geboren – ist begeisterter Anhänger des BV Borussia. Jahrelang leitete er daneben einen Kleingartenverein, und auch heute noch holt er sich Kraft und Frische bei der Arbeit im Garten.



Wilhelm Meierdreeß, der am 14. April 1964 sein fünfzigjähriges Arbeitsjubiläum bei der Hoesch AG Bergbau in Altenessen beging, stammt aus einer Bergmannsfamilie. Schon sein Vater und zwei Brüder waren Bergleute. Er selbst fing als Vierzehnjähriger am Leseband an. Mit sechzehn kam er nach unter Tage. Als Pferdejunge und als Schlepper arbeitete er bis 1923. Seitdem bedient Wilhelm Meierdreeß den Förderhaspel an einem Blindschacht. Neben der bergmännischen Tradition wird in der Familie Meierdreeß seit eh und je das Turnen gepflegt. Unser Jubilar gehörte bis zum Jahre 1955 in seinem Sportverein zu den besten Geräteturnern. Sein Sohn steht ihm heute nicht nach und holte bei Turnwettkämpfen schon manchen Preis. Wilhelm Meierdreeß liebt seinen kleinen Garten und sein Haus, in dem er bereits geboren wurde.



Heinrich Ossenschmidt stand am 2. April 1964 fünfzig Jahre im Dienst der Maschinenfabrik Deutschland. Er begann als Formerlehrling in der Gießerei und besuchte nach der Berufsschule zwei Jahre die Formerfachschule. Nach der vierjährigen Lehrzeit fertigte er Gußstücke kleineren Formates an. Später ist ihm vom Klein- bis zum Großguß – Kokillen, die die MFD für die Westfalenhütte herstellt oder den Radsatzbänken für die Bundesbahn – kein Gußstück fremd geblieben. Im Juni 1943 wurde Heinrich Ossenschmidt schließlich Formermeister der Gießerei. In dieser verantwortungreichen Tätigkeit hat er die für das Werk schweren Jahre des zweiten Weltkrieges erlebt. Seine Erholung sucht unser Jubilar heute wie früher im Garten und auf Reisen.



Georg Görges, der am 19. April fünfzig Jahre bei uns ist und ebenfalls wie Friedrich Becker im Baroper Walzwerk die Arbeit aufnahm, feierte jetzt als zweiter seiner Familie – sein Bruder Johann erlebte diesen Tag im September vorigen Jahres – das fünfzigste Arbeitsjubiläum. Georg Görges fing in der Verzinnerei des Walzwerkes Barop als Putzer an und wurde nach einiger Zeit Abschlepper an der Blockstraße. Später bediente er ein Vorgerüst der Straße. Als Erster Walzer war er zuletzt an der mechanischen Warmwalze des Baroper Werkes tätig. Nachdem der Betrieb in Barop stillgelegt war, ging Georg Görges zur Westfalenhütte. Er arbeitet seitdem als Verdriker in der Torstahlfertigung. Ein Garten und weite Spaziergänge erfreuen ihn in seiner freien Zeit.



Hermann Wetzel beging am 6. April 1964 das fünfzigjährige Arbeitsjubiläum bei der Hoesch AG Bergbau in Altenessen. Als Brückenjunge und am Leseband fing er auf Schacht Anna an. Als er fünfzehn Jahre alt geworden war, kam er als Pferdejunge nach unter Tage. Mit neunzehn Jahren wurde Hermann Wetzel Lehrhauer, mit 22 Jahren Hauer. Als er nach weiteren zwölf Jahren, während der er auf Schacht Anna als Hauer arbeitete, nach Schacht Emil kam, wechselte er in die Kohlenwäsche, wo er bis 1960 tätig war. Heute arbeitet unser Jubilar auf Emil als Pumpenwärter. Hermann Wetzel hat zusammen mit seiner Frau im Pestalozzidorf neun Jahre lang vielen unserer Berglehrlinge ein zweites Zuhause gegeben. Die Arbeit im Garten und in seinem Hühnerstall füllt heute manche freie Stunde.

DIESE JUGEND HEUTE...!

EIN VORURTEIL?

5

Menschen
im
Betrieb

Unsere Aufsatzreihe „Menschen im Betrieb“ begann mit dem Thema „Führen ist eine Kunst“ (1/1964), dem die Aufsätze „Auch Mitarbeiten ist eine Kunst“ (2/1964), „Ein Neuer kommt“ (3/1964) und „Mitarbeit ist Zusammenarbeit“ (4/1964) folgten. In diesem Heft setzen wir die Reihe mit einem Bericht über junge Menschen im Betrieb fort.

Körperliche Frühreife und geistig-seelische Spätreife

„Es ist doch nicht zu glauben! Ein Kerl wie ein Wandschrank und stellt sich so albern an.“

„Natürlich kannst du helfen! Du bist doch wirklich groß genug!“

Schon diese beiden, im Alltag oft zu hörenden Bemerkungen, verraten, daß wir geneigt sind, den körperlichen Maßen oft auch eine bestimmte geistig-seelische Reife zuzusprechen. Die Maßstäbe aber, die wir anlegen, stimmen nicht mehr. Dazu hat die medizinische Forschung einige interessante Entwicklungen nachgewiesen:

Die körperliche Reife hat sich in den letzten Jahrzehnten ständig beschleunigt. Unsere Jugendlichen sind heute im Durchschnitt um acht Zentimeter größer als ihre Altersgenossen um die Jahrhundertwende. Dem Äußeren nach sind also unsere Jugendlichen erheblich früher „erwachsen“.

Die geistig-seelische Reife aber hat sich immer mehr verzögert, so daß sie heute um etwa ebensoviel nachhinkt, wie die körperliche vorausseilt. Mit anderen Worten: Der Vierzehnjährige von heute sieht zwar äußerlich aus wie der Sechzehnjährige früherer Zeiten, aber in seiner geistig-seelischen Reife entspricht er kaum dem Zwölfjährigen von früher. Dazu kommt, daß sich die Verhaltensweisen und Begabungsformen gewandelt oder, wenn man so will, unserer Zeit angepaßt haben.

Wir sind jedoch aus der Erfahrung vieler Generationen daran gewöhnt, daß äußere und innere Reife sich entsprechen, und daher immer noch geneigt, den Jugendlichen auch geistig-seelisch nach seiner äußeren Erscheinung zu beurteilen. „Du bist doch groß genug, um das zu begreifen!“ sagen wir ärgerlich, obwohl die Körpergröße kein Maß für den Grad des „Erwachsenseins“ darstellt: Viele erwachsen scheinende Jugendliche sind in Wirklichkeit oft richtige Kinder! Es ist nicht schwer, bei einem Dreikäsehoch eine Albernheit oder Unart zu entschuldigen. „Es ist eben noch ein Kind!“ heißt es dann verständnisvoll. Der Vorgesetzte aber, der zu seinem einen Meter neunzig großen Lehrling aufschaut, oder der Werkzeugmacher, der einen achtzehnjährigen Gesellen bekommt, erwartet von ihm das Verhalten eines Erwachsenen und ist dann oft empört über sein „kindisches“ Benehmen.

Begabungswandel

„Ja, früher, da mußten wir noch was lernen! Aber diese Halbstarken heute...“

„Gehen ewig zur Schule und können nicht mal richtig deutsch schreiben. Da, lesen Sie nur...“

Ist es richtig, von einem Begabungsschwund bei der Jugend heute zu sprechen? Psychologische Untersuchungen haben ergeben: Unsere heutigen Jugendlichen sind nicht mehr und nicht weniger begabt als die früherer Zeiten, aber sie sind anders begabt.

Die Begabungsschwerpunkte haben sich in den vergangenen Jahrzehnten deutlich verschoben: Im sprachlichen Ausdruck und im begrifflich-logischen Denken sind die Leistungen zurückgegangen; im organisatorisch-praktischen Denken und im Umgang mit Zahlen stiegen die Leistungen. Der Rückgang der reinen Wortkenntnis zeigt sich in schlechten Ergebnissen bei Diktatprüfungen. Bei der Handlungsgehilfenprüfung scheiterte in einem uns bekannten Fall fast ein Drittel der Prüflinge wegen mangelhafter Kenntnisse der deutschen Sprache! Untersuchungen zeigen, daß die durchschnittlichen Leistungen in der sprachlichen Ausdrucksfähigkeit in den letzten zehn Jahren um 23 v.H. zurückgegangen sind. Dagegen schneiden die Prüflinge bei Aufgaben, die sich an das praktische Organisationsgeschick wenden, erheblich besser ab. Auch ist ihnen die Zahl, mit der wir im Bereich der Technik immer wieder zu tun haben, vertrauter: In einem Test, in dem einstellige Zahlen addiert werden müssen, erreichen Jugendliche zwischen vierzehn und sechzehn Jahren heute durchschnittlich 30 v.H. Additionen mehr als Gleichaltrige im Jahre 1925!

Einstellung zu Arbeit und Beruf

„Ich will Ihnen mal was sagen: Faul sind die Jungen heute und bequem, und sonst nichts!“

„Nichts als Rosinen haben sie im Kopf, aber leisten wollen sie nichts.“

Wie steht es damit? Eine ganze Reihe vorwiegend soziologischer Studien hat sich mit den Fragen der Leistungsbereitschaft und der Einstellung der Jugend zu Arbeit und Beruf befaßt. Dabei ergab sich, auf knappste Formel gebracht, folgendes:

Jugend ist immer geprägt von der Gesellschaft, in der sie lebt. Auch unsere Jugend trägt den Stempel unserer industriellen Gesellschaft. Der Jugendliche hat eine sehr nüchterne und zweckbetonte Einstellung zu seiner Arbeit. Die „Freude an der Arbeit“ oder die „Arbeit als Sinn des Lebens“ treten für ihn als Motive selten in Erscheinung. Die Jugendlichen sehen in der Arbeit die Möglichkeit, ihre privaten Bedürfnisse zu sichern, die Möglichkeit zu mehr Verdienst, Aufstieg und Prestige. Um dieses Ziel zu erreichen, streben sie nach mehr Können, Bildung und Selbständigkeit. Vorgesetzte be-

stätigten in verschiedenen Untersuchungen, daß weitaus die Mehrheit der Jugendlichen fleißig, zuverlässig, konzentriert und verantwortungsbewußt arbeite. Die Aussagen der Vorgesetzten ergeben auch, daß die Jugendlichen nicht weniger fähig sind als die Kollegen von früher, sondern daß sie sogar Fähigkeiten mitbringen, die sie für die Arbeit im modernen Industriebetrieb besonders geeignet machen. Gleichzeitig bemängeln die Vorgesetzten, daß die Jugendlichen respektloser, kritischer und damit unbequemer und schwieriger zu leiten seien. Aber braucht die heutige Industrie nicht auch selbstbewußtere und kritischere, zum Mitdenken bereite Mitarbeiter?

Interesse an der Zusammenarbeit

„Die Jungen wollen mit den Alten nichts zu tun haben ...“

„Alt und jung paßt nicht zusammen, da gibt's immer Ärger im Betrieb.“

Viele Erwachsene glauben, daß die Jugendlichen nur in ihrer eigenen Welt leben wollen, auch im Betrieb. Für viele Situationen trifft das sicher zu. Oft mag es daran liegen, daß wir Erwachsenen nicht in der nötigen und ausreichenden Art auf die Jungen eingehen. Es stimmt auch, daß sie ihre Freizeit nach Möglichkeit mit Gleichaltrigen gestalten und verbringen wollen. Zweifellos stimmt es aber auch, daß sie an einer Zusammenarbeit im Betrieb interessiert sind.

Zwei Beispiele aus einer Studie über junge Arbeiter sollen das verdeutlichen. Auf die Frage, ob sie lieber mit älteren oder jüngeren Kollegen zusammenarbeiten, entschieden sich 59 v.H. der jugendlichen Arbeiter und Angestellten für die älteren Kollegen. Spannungen wurden kaum festgestellt. Die jungen Arbeiter betonten, daß sie von der Erfahrung und von dem Können ihrer älteren Mitarbeiter lernen möchten.

In einem anderen Zusammenhang gaben junge Arbeiter, nach einem Menschen befragt, der für sie Vorbild sei und nach dem sie sich richteten, zu 25 v.H. ältere Mitarbeiter oder Vorgesetzte des eigenen Betriebes an. Auch hier zeigt sich, was für eine bedeutsame Rolle der Betrieb und die Bindung zu ihm für den Jugendlichen spielen.

Was verschafft Autorität bei der Jugend?

„Die Jugendlichen hören ja nicht mehr auf einen. Gehorchen haben sie nie gelernt!“
„Früher hatte man Respekt vor Erwachsenen, aber heute ...“

Niemand bezweifelt die Notwendigkeit, daß sich Jugendliche in vielen Fällen, vor allem im Betrieb, der Autorität Erwachsener unterordnen müssen. Die älteren Kollegen wie auch die Vorgesetzten haben im Betrieb ja schon von ihrer Arbeitsaufgabe und ihrer Position her die Aufgabe, junge Menschen anzuleiten, einzuführen, zu unterweisen oder zu fördern. Die Schwierigkeit dabei ist, daß die Jugendlichen heute im allgemeinen nicht mehr bereit sind, Autorität anzuerkennen, nur weil sie von einem Älteren oder Vorgesetzten kommt. Das ist bestimmt ein Kernpunkt bei der Beurteilung Jugendlicher. Deshalb haben wir im folgenden die Erkenntnisse von Pädagogen über die Frage, was Autorität bei der Jugend verschafft, gleich mit einigen Hinweisen gekoppelt.

Fachwissen imponiert – allein genügt es aber nicht.

Die Jugendlichen, die selbst nach Vorwärtkommen und beruflicher Geltung streben, sind bereit, fachliche Überlegenheit anzuerkennen. Wer auf diesem Gebiet Mängel zeigt, wird bei den kritischen jungen Menschen wenig Aussicht haben, als Kollege und Vorgesetzter geachtet zu werden. Mit fachlicher Tüchtigkeit

allein ist es aber nicht getan. Es müssen noch bestimmte menschliche Qualitäten hinzukommen, damit der Erwachsene auch als Autorität anerkannt wird.

Als Partner ernst nehmen

Angriffslustiges oder ablehnendes Verhalten der Jugendlichen beruht oft auf Unsicherheit. Viele Erwachsene bestärken diese Haltung noch durch herablassende Behandlung und durch Schlagworte wie „Jugend von heute“ oder „Halbstarke“. Positives kann man nur erreichen, wenn man den Jugendlichen als Partner und als Menschen ernst nimmt und ihm bei seinen Schwierigkeiten Hilfestellung leistet.

Verständnis zeigen

Es hat keinen Zweck, der Jugend ständig vorzuhalten, wie sie – nach Ansicht der Erwachsenen! – sein sollte; man muß sie in ihren eigenen Problemen zu verstehen suchen, um für sie glaubhaft zu werden und Kontakt mit ihr zu bekommen.

Das Vorbild überzeugt

Die Jugend läßt sich nichts vormachen. Jede Führung wird für sie fragwürdig, die nicht selbst das vorlebt, was sie verlangt. Die Erwachsenen dürfen nicht Dinge fordern, die sie selbst nicht zu tun bereit sind, oder Dinge verbieten, die sie selbst tun. Sie werden erst dann glaubwürdig, wenn sie beweisen, daß sie die Lehren, die sie den Jugendlichen geben, auch für sich als verbindlich anerkennen.

▼ *Kritischer und schwieriger zu leiten sind sie gewiß, unsere jungen Leute, aber brauchen wir nicht gerade heute selbstbewußtere, kritischere, zum Mitdenken bereite Belegschaftsmitglieder? – Unsere Aufnahme entstand in der Lehrwerkstatt der Westfalenhütte und zeigt Klaus Göbel, Horst Buchner, Joachim Gronewold und Hans-Jürgen Hafner*



Wir
lasen
für
Sie

Zum
Nach-
denken
und
zur
Kritik

DIE WELT

Vorsichtiger Optimismus bei Hoesch

Die Verwaltung der Hoesch AG, Dortmund, rechnet für das Geschäftsjahr 1963/64 (30. September), wie Vorstandsvorsitzender Dr.-Ing. Willy Ochel auf der HV der Gesellschaft erklärte, mit einem Jahresabschluß, „der nicht schlechter“ ist als im vergangenen Geschäftsjahr. Bei der günstigen Entwicklung in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres erscheint diese Formulierung sehr vorsichtig. Immerhin stieg der Umsatz der Hoesch AG in der ersten Jahreshälfte des laufenden Geschäftsjahres um 9,7 v.H. auf 1,25 Milliarden DM. Der noch vor einigen Wochen von der Verwaltung geschätzte Umsatz für 1963/64 von reichlich 2 Milliarden DM dürfte damit übertroffen werden. Die Roh-eisenerzeugung der Westfalenhütte erhöhte sich um 13 v.H. auf 0,85 Millionen Tonnen und die Rohstahlerzeugung um fast 9 v.H. auf 1,24 Millionen Tonnen. Die Walzstahlfertigerzeugung nahm um fast 11 v.H. auf 1,24 Millionen Tonnen zu.

Der Aufschwung in der Stahlindustrie wird sich, wie Ochel erklärte, erst in der zweiten Hälfte des laufenden Jahres nach dem Auslaufen der alten Verträge im Ertrag niederschlagen. Ochel wies jedoch darauf hin, daß Hoesch nicht einen so großen Zuwachs erwarten könne wie andere Hüttenwerke, da die Gesellschaft im vergangenen Jahr bereits überdurchschnittlich gut beschäftigt war. Dennoch werde die noch stärkere Auslastung, die nunmehr die Kapazitätsgrenze erreicht habe, die Ertragslage verbessern. Die Welt vom 17. April 1964

Handelsblatt

Hoesch ist um seinen Absatz nicht besorgt

„Bis Ende des laufenden Jahres werden alle Werke gut beschäftigt sein. Etwas bessere Erlöse erwarten wir im zweiten Halbjahr für die Erzeugnisse der Westfalenhütte. Auch bei einzelnen Gesellschaften der Weiterverarbeitung werden gewisse Preiskorrekturen möglich sein. Wir hoffen daher, den Aktionären im nächsten Jahr einen Abschluß vorlegen zu können, der nicht schlechter sein dürfte als der für 1962/63.“ Zu dieser zuversichtlichen Feststellung kam Vorstandsvorsitzender Dr. Ochel in der wieder sehr gut besuchten HV der Hoesch AG in Dortmund. Die Roh-eisenerzeugung der Westfalenhütte sei in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres

gegenüber der entsprechenden Vergleichszeit um 13 v.H. auf 853000 Tonnen gestiegen. Bei Rohstahl habe die Produktion um fast 9 v.H. und bei Walzstahl um fast 11 v.H. zugenommen. Der Gesamtumsatz erreichte eine Erhöhung um 9,7 v.H. auf 1,25 Milliarden DM. Nach der fälligen Neuzustellung der Hochöfen reiche die Roheisenkapazität für eine Rohstahlerzeugung von 250000 Tonnen pro Monat aus. Wenn die Vorfrischanlage im Stahlwerk 3 fertiggestellt sein wird, erwartet man eine Rohstahlkapazität von 3 Millionen Tonnen im Jahr. Die Kapazität des Breitbandwalzwerkes werde auf 120000 Tonnen erhöht. Für das Kaltwalzwerk sei vorerst eine Erzeugung von 40000 Tonnen vorgesehen. Nunmehr werde sich Hoesch auch um eine durchgreifende Rationalisierung der drei Werke in Hiltrup, Hagen und Barop bemühen. Hamm soll im Laufe der Zeit zum Zentrum der Bandstahlverarbeitung werden. In Hagen-Kabel baue man ein neues Kaltprofilwerk als Ersatz für ein älteres. Das zur Zeit genehmigte Investitionsprogramm betrage für diese Vorhaben etwa 250 Millionen DM.

Handelsblatt vom 17. April 1964

Frankfurter Allgemeine

Hoesch wird 1963/64 in allen Werken gut beschäftigt sein

Die Hauptversammlung, bei der gut 77 v.H. des Grundkapitals vertreten waren, verlief in diesem Jahr erheblich weniger turbulent als vor einem Jahr. Die Abstimmungen ergaben jeweils die Zustimmung von mehr als 99 v.H. des anwesenden Kapitals zu den Vorschlägen der Verwaltung. Die Nein-Stimmen und die Stimmenthaltungen erreichten zusammen nicht einmal ein halbes Prozent des anwesenden Kapitals. Nach den Angaben Ochels hat Hoesch vom 1. Oktober 1951 bis 30. September 1963 rund zwei Milliarden DM investiert. Mit diesen Investitionen sei die Kapazität der Anlagen verdoppelt worden. Das Hüttenwerk, aber auch die Betriebe der Weiterverarbeitung seien in wesentlichen Teilen neu erbaut worden. Bemerkenswert sei dabei, daß alle diese Aufgaben ohne Zuführung von neuem Kapital gelöst wurden. In diesem Zusammenhang kritisierte Ochel die steuerliche Abschreibungs-politik. Ochel erinnerte daran, daß Hoesch die einzige Montangesellschaft ist, die nach der Neuordnung des Grundkapital noch nicht erhöht hat. Trotz des Anteils, mit dem die Investitionen durch Abschreibungen hätten gedeckt werden können, sei es unvermeidlich gewesen, daß die lang-, mittel- und kurzfristigen Verpflichtungen mit den größeren Kapazitäten und mit

der Ausweitung des Geschäfts gestiegen seien. Im letzten Jahr sei es jedoch gelungen, kurzfristige Schulden in mittel- und langfristige Verpflichtungen umzuwandeln und die Finanzschulden um weitere 45 Millionen DM zu vermindern. „Dennoch werden auch wir“, so sagte Ochel, „zu gegebener Zeit wegen der vor uns liegenden Aufgaben an eine Kapitalerhöhung denken müssen. Wir würden uns freuen, wenn unsere Aktionäre unserer Ansicht beipflichteten, die Kapitalerhöhung in einem Zeitpunkt vorzunehmen, zu dem die Lage am Kapitalmarkt und die Ertragsaussichten für unsere Aktionäre wie für das Unternehmen günstig sind.“ Zur Dividende sagte Ochel, die Verwaltung habe kein Hehl daraus gemacht, daß das Unternehmen, dank des zufriedenstellenden Ergebnisses 1962/63, in bescheidenem Umfange habe stille Reserven bilden können. Die Verwaltung hoffe und der bisherige Verlauf des neuen Geschäftsjahres lasse erwarten, daß auch 1963/64 befriedigend abschließen werde.

Frankfurter Allgemeine
vom 17. April 1964

Industriekurier

Hoesch-Kapitalerhöhung in offener Schlacht

„Im Zusammenhang mit der beabsichtigten Kapitalerhöhung bei der Hoesch AG werden wir kein genehmigtes Kapital schaffen, sondern uns in offener Feldschlacht auf einer HV mit den Aktionären über diese Frage auseinandersetzen“, erklärte AR-Vorsitzender Dr. Hans Janberg (Deutsche Bank) auf der HV in Dortmund. Die Verwaltung bleibe jedoch dabei, für diesen Schritt einen Zeitpunkt zu wählen, der nach Börsenklima und Ertragslage der Gesellschaft besonders günstig erscheine. Es habe keinen Sinn, die Börse – etwa durch eine vorübergehende Dividendenerhöhung – freundlich zu stimmen. Auf diese Weise könne man junge Aktien zwar verkaufen, nicht aber endgültig platzieren. Spätere Verstimmungen an der Börse würden dann durch vermehrtes Angebot auf den Kurs der Hoesch-Aktien drücken. Da es gelungen sei, die bisher nur teilweise in Anspruch genommenen Bankkredite über 100 Millionen DM für zwei Jahre verlängert zu bekommen, könne man ohne Zeitdruck überlegen. Was den Bezugskurs anbetreffe, so werde man die Mitte zwischen dem Portemonnaie der Aktionäre und den Wunschvorstellungen der Verwaltung halten müssen. Hauptvoraussetzung der Kapitalerhöhung bleibe in jedem Falle eine nachhaltig gute Ertragslage, die auch auf das erhöhte Kapital befriedigende Dividenden erlaube. Industriekurier vom 18. April 1964

Vor zehn Jahren
berichtete



„Um die Einheit Hoesch“ war das Geleitwort überschrieben, in dem Friedrich Wilhelm Engel, Vorstandsmitglied unserer Gesellschaft bis zu seinem frühen Tode im März 1955, über die Hauptversammlung der „Hoesch AG in Liquidation“ berichtete und das wir hier leicht gekürzt im Wortlaut wiedergeben:

Um die Einheit Hoesch

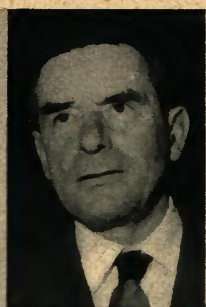
Alle, denen die Erhaltung und die bestmögliche Neugestaltung der Firma Hoesch ein Anliegen persönlichen Wunsches wie wirtschaftlicher Vernunft war, mußten einen mühsamen und dornenreichen Weg gehen bis zu jenem 29. April 1954, an dem mit der letzten Hauptversammlung der Hoesch AG in Liquidation die alte Gesellschaft zu bestehen aufhörte und die drei Nachfolgegesellschaften ihr Erbe und ihre Aufgabe übernahmen. Ebenso sehr Symbol wie glückliche Fügung ist es, daß von den drei Nachfolgegesellschaften Hoesch Werke AG, Altenesse-ner Bergwerks-AG und Industrierwerke AG die größte, in Fortführung bewährter Tradition, wieder den Namen Hoesch trägt. Unter diesem Namen, der seit Jahrhunderten in der Eisenindustrie ein Begriff ist, wuchs unsere Firma in organischer Entwicklung zum Großunternehmen der Montanindustrie, bei aller Vielgestaltigkeit in sich geschlossen, aber keineswegs ein industrielles Mammut- oder Machtgebilde. „Dieses Unternehmen war“, so führte der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Willy Hopp, bei der Hauptversammlung aus, „getragen von einer in verpflichtender Tradition großgewordenen Leitung und von einer Stammebelegschaft qualifizierter Facharbeiter, die vielfach schon in zweiter und dritter Generation dem Werk angehören; Hoesch stellt also eine wirkliche Gemeinschaft dar, die sowohl zum Besten der deutschen Wirtschaft als auch zum Besten der in ihr arbeitenden Menschen eine Einheit bildete und als Einheit hätte zusammenbleiben sollen. Es gehört zum tragischen Schicksal unseres Volkes, daß diese Einheit nicht bestehen bleiben durfte...“

Wir wünschen uns jene erfreuliche Zusammenarbeit von Regierungsstellen, Kapitalgebern und Arbeitnehmern, wie wir sie fanden, als es darum ging, die schlimmsten Auswirkungen der ursprünglich geplanten Entflechtung zu verhüten. Nur in diesem Zusammenstehen und in gemeinsamem Bemühen sichern wir dem einzelnen Arbeitnehmer wie der Firma Hoesch die Möglichkeit einer gesunden Existenz innerhalb der deutschen Wirtschaft. Nur so wird sich auch auf die Dauer der Wunsch verwirklichen lassen, den Herr Hopp formulierte: „Wir hoffen, daß die letzte Hauptversammlung der Hoesch AG in Liquidation nicht so sehr das Ende einer alten Gesellschaft, sondern den Wiederbeginn ungehemmter produktiver Arbeit bedeutet.“

Friedrich Wilhelm Engel

ES GESCHAH VOR DREISSIG JAHREN

Golo Mann



Golo Mann, ein Sohn Thomas Manns, Professor für Politik und Geschichte, ist Herausgeber der Propyläen-Weltgeschichte. Wer sich näher über ihn und seine Veröffentlichungen unterrichten will, lese nach in WERK UND WIR, Februar 1963



„Es geschah vor 30 Jahren“: Unter diesem Titel berichtete im Februar 1963 in WERK UND WIR Professor Golo Mann über die historischen Hintergründe des 30. Januar 1933, des Tages der „Machtergreifung“, des Tages, an dem Adolf Hitler deutscher Reichskanzler wurde und das deutsche Volk seinen unglückseligen, schuld-beladenen Weg in den „totalen“ Zusammenbruch des Jahres 1945 antrat. Wir erinnerten damals an die Worte Golo Manns:

„Es heißt wohl manchmal, unsere jungen Leute interessieren sich nicht mehr für jene blutigen Geschichten, mit denen sie selber gar nichts zu tun hatten; statt ihnen soviel von der „unbewältigten Vergangenheit“ zu erzählen, sollte man sie lieber einführen in ihre eigene Zeit und deren Aufgaben. Ich kann, was mich betrifft, einer solchen nüchternen, praktischen Gesinnung meine Sympathie nicht versagen. Und doch haben wir Älteren ihr Widerstand zu leisten, obgleich ja gerade von unseren eigenen Irrungen, wenn nicht aktiven, dann passiven, die Rede sein muß, wenn von jener Vergangenheit die Rede ist. Die deutsche Jugend soll sie trotzdem kennen, weil ohne sie die gegenwärtige Lage samt allen ihren Gefährdungen nicht verstanden, nicht gerecht bewertet werden kann.“

Diese Worte gelten heute wie damals, und weil sie so richtig sind, haben wir Golo Mann gebeten, seine Betrachtungen fortzusetzen. So schildert er denn in seinem zweiten Beitrag für WERK UND WIR die Jahre 1933 und 1934, in denen sich nach der „Machtergreifung“ – im Laufe von nur anderthalb Jahren also – Deutschland in einen Staat des Unrechts und der Diktatur verwandelte. Golo Mann schließt diese historische Betrachtung mit dem scheußlichen und makabren Schauspiel des sogenannten Röhmputsches vom 30. Juni 1934, einem Tage also, der sich im nächsten Monat ebenfalls zum 30. Male jährt.

Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933.

Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte folgendes verordnet:

§ 1

Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reiches werden bis auf weiteres ausser Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkung der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung, einschliesslich der Pressefreiheit, des Vereins und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechegeheimnis, Anordnungen von Hausdurchsuchungen und von Beschlagnahmen, sowie Beschränkungen des Eigentums auch ausserhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.

§ 2

Werden in einem Lande die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Massnahmen nicht getroffen, so kann die Reichsregierung insoweit die Befugnisse der obersten Landesbehörde vorübergehend wahrnehmen.

Der Reichspräsident

von Hindenburg

Der Reichskanzler

by Mann

Diesmal soll berichtet werden, wie das Ereignis vom 30. Januar 1933, das zunächst noch eine „legale“ Regierungsbildung im Sinn der demokratischen Verfassung schien, der Beginn einer Revolution wurde, einer Revolution, die anders war als die große französische von 1792, anders auch als die russische. Sie wurde nicht durch einen Bürgerkrieg verwirklicht. Keine Guillotine stand im Zentrum der Hauptstadt; der Staat war nicht jahrelang in heller Auflösung, um dann, allmählich, ganz von neuem erbaut zu werden. Verwaltung und Industrie arbeiteten mit gewohntem Fleiß. Keinen Augenblick brach die den Deutschen so teure Ordnung zusammen, außer da, wo der Staat selber Unordnung, Mord und Totschlag befahl und inszenierte, wie am 30. Juni 1934 oder in der „Kristallnacht“ vom November 1938.

Die Regierung selber, diese legale, nach den Spielregeln der Demokratie gebildete Regierung, machte die Revolution. Aktiver Gegner hat sie sich dabei überhaupt nicht zu erwehren gehabt. Hinrichtungen, Folterungen, Morde gab es die Menge; ein offenes Gefecht niemals, vom Anfang bis zum Ende des „Dritten Reiches“. Was immer Adolf Hitler tat, stets fanden sich Gelehrte, Juristen, die ihm nachwiesen, daß es „legal“ sei, Beamte, aus der Kaiserzeit, aus der Weimarer Zeit, die seine Dekrete mit liebevoller Sorgfalt ausführten. So konnte er sich rühmen, er habe die Demokratie „mit ihrem eigenen Wahnsinn geschlagen“. Indem er zuerst sich von ihr tolerieren, alle und jede Freiheit der Agitation geben ließ, indem er ihre Regeln nahm, mißbrauchte und umkehrte, war er Reichskanzler geworden. Nun setzte er die Machtmittel des Staates ein, um die Demokratie „für tausend Jahre“ zu zerstören; und diese Machtmittel, die ja keine toten Maschinen, sondern lebendige Menschen waren, Beamte, Richter, Professoren, Polizisten, standen ihm gehorsam zur Verfügung, eben, weil er der legale Regierungschef war. Schien ihm aber einmal, und das konnte in den ersten Jahren wohl noch vorkommen, auf die Organe des alten Staates doch nicht der gehörige Verlaß zu sein, so bediente er sich des anderen Macht-Apparates, den er sich schon vor 1933 aufgebaut hatte und nun vervollkommnete: Nazi-Partei, SA, demnächst SS. Partei und Staat sollten nun eins sein und beide im „Führer“ ihre Spitze haben, aber im Grunde waren sie es bis zum Schluß nicht. Die Partei beherrschte den Staat, aber war nicht dasselbe wie er, und bald gab es auch innerhalb der Partei verschiedene, miteinander konkurrierende oder sich bekämpfende Machtzentren.

„Er hat alles ausgeführt, was er sich vornahm“

Während des zweiten Weltkrieges habe ich einen französischen Soldaten zu seinen Kameraden sagen hören: „Ich bewundere diesen Menschen Hitler, er hat alles ausgeführt, was er sich vorgenommen hatte.“ Das letztere ist vollkommen richtig. Seit er im Jahre 1918 „beschloß, Politiker zu werden“, waren Hitlers Ziele ungefähr in seinem Kopf. Das Wie änderte sich im Lauf der Zeit, aber nicht das Was. Einmal, 1923, hatte er durch einen Putsch an die

◀ Am 27. Februar 1933 überzog roter Feuerschein den Berliner Nachthimmel: der Reichstag brannte! Hitler hätte keinen besseren Anlaß finden können, um den Reichspräsidenten Hindenburg zu bewegen, eine Verordnung „zum Schutz von Volk und Staat“ zu unterschreiben, die schon am nächsten Vormittag die sieben Artikel der Verfassung außer Kraft setzte; die die persönlichen und bürgerlichen Freiheiten gewährleisteten. Bis 1945 blieb diese „vorübergehende“ Notverordnung Grundlage allen Hitlerschen Terrors!



Spitze gelangen wollen, das war ihm schlecht bekommen. Seitdem war er entschlossen, die Sache auf „legale“ Weise zu machen, sich gut zu stellen mit den Mächten, die zählten, solange er sie brauchte, das Gesetz erst dann zu brechen, wenn er es ungestraft brechen konnte, und eben dadurch zu brechen, daß er es selber machte, und, was immer er tat, zum Gesetz erheben konnte. Hatte er die ganze Macht, dann wollte er die Nation in Form bringen, für den Krieg, damit es nicht noch einmal einen „9. November 1918“ gäbe; das bedeutete die Ausschaltung jeder Opposition, jeder Kritik, jeder sozialen und geistigen Freiheit und bedeutete gleichzeitig die Ausrüstung des stärksten Heeres, das Europa je gesehen. Dann wollte er Krieg machen und der Nation, auf dem europäischen Kontinent, den „Lebensraum“ erobern, den sie, wie er glaubte, schon im ersten Weltkrieg hätte gewinnen sollen, infolge schlechter Führung aber nicht gewonnen hatte. Das heißt nicht, daß er den zweiten Weltkrieg, so wie er dann wirklich kam, gewollt und geplant hätte. Er hielt ihn für möglich, er schloß ihn in seine Gedanken ein, er schwor sich, wenn Deutschland wirklich noch einmal gegen die ganze Welt kämpfen müßte, dann die ganze Welt mit in den

▲ Um das Gefühl im Volk zu stärken, nach Jahren des Elends und der Zersplitterung Zeuge einer vaterländischen Einigung und eines neuen Aufstiegs zu werden, beschloß Hitler, den neuen Reichstag in der traditionsreichen Potsdamer Garnisonkirche feierlich zu eröffnen. Am 21. März 1933 hörten Reichspräsident von Hindenburg (links, Bild oben) – er begrüßt den Generalfeldmarschall von Mackensen –, der Kronprinz Friedrich Wilhelm von Preußen (rechts hinter Mackensen), alle Abgeordneten des neuen Reichstages, zahlreiche Generale und Prinzen erstaunlich versöhnliche und friedfertige Worte aus dem Munde Hitlers. Sie unterschieden sich wie Tag und Nacht von der Sprache, die Hitler zwei Tage später vor dem Reichstag gebrauchte!

Abgrund zu reißen und schrie sein heiseres „Wir werden nie kapitulieren!“ lange, bevor er Reichskanzler war. Gleichzeitig aber meinte er, die Fehler Kaisers Wilhelms II., die „Einkreisung“ Deutschlands, einen Mehrfrontenkrieg vermeiden zu können. Den Krieg aufzuteilen, ihn Stück für Stück zu führen, in isolierten Feldzügen, wie dann der polnische wurde, wäre ihm lieber gewesen; und vielleicht noch lieber, überhaupt nicht Krieg zu führen, sondern Europa sich zu unterwerfen, wie er 1933/34 sich Deutschland unterwarf, nur einseitig zuschlagend, ohne Gegner zu finden, durch eine Verbindung von

inneren Wühlereien, Erpressungen, Staatsstreichen. Bei welcher Gelegenheit das geschehen würde, wann, in welcher Reihenfolge, überließ er getrost der Zukunft, der „Vorsehung“, wie er sich ausdrückte, die ihm bisher so freundlich zu Willen gewesen war. – Nun also war er „der Herr Reichskanzler“. Nun galt es, den zweiten großen Schritt zu tun und die republikanische Regierung in eine eiserne Diktatur zu verwandeln.

„Nun ist es leicht – den Kampf zu führen“

Während der ersten vier Wochen nach dem 30. Januar 1933 hielten auch unter der neuen Regierung die Fundamente des demokratischen Rechtsstaates noch einigermaßen. Wohl machte im großen Bundeslande Preußen der neue Innenminister Hermann Göring von seiner Machtstellung den ruchlosesten Gebrauch, entließ Hunderte von Beamten, die ihm nicht gefielen, bildete eine „Hilfspolizei“ aus SA-Leuten und befahl ihr, gegen Feinde seiner Regierung wacker von der Schußwaffe Gebrauch zu machen, deren Anhänger aber gewähren zu lassen: es sei besser, zuviel zu schießen, als zuwenig. Aber die Gerichte hoben seine Zeitungsverbote pflichtgemäß wieder auf, wenn sie ihnen nicht genügend begründet erschienen. Noch gab es im übrigen Reich, zumal in Süddeutschland, nicht-nationalsozialistische Regierungen, von denen man wußte, daß sie zu den neuen Machthabern in Berlin im scharfen Gegensatz standen, und die ihren Bürgern die Bewahrung ihrer Grundrechte garantierten. Eine kurze, zwielichtige Epoche, während der noch alles unentschieden schien. Sie war durch einen neuen Wahlkampf gekenn-

zeichnet, denn das erste, was der neue Reichskanzler tat, war, daß er den Präsidenten von Hindenburg für eine abermalige Auflösung des Reichstags gewann: Dem Volke müsse Gelegenheit gegeben werden, zu seiner neuen Regierung Stellung zu nehmen. Den konservativen Mitgliedern des Kabinetts; Hugenberg und den anderen, war dieser Beschluß unwillkommen; blind wie sie waren, waren sie doch nicht so blind, um Zweck und wahrscheinliches Resultat des Unternehmens nicht zu fürchten. Aber sie, die sich geschmeichelt hatten, Hitler zu „engagieren“ oder „einzurahmen“, bekamen schon nach wenigen Tagen die ungeheuer überlegene Energie ihres falschen Bundesgenossen zu spüren. „Nun ist es leicht, den Kampf zu führen, denn wir können alle Mittel des Staates für uns in Anspruch nehmen“, schrieb der Propagandaleiter der Nazi-Partei, Joseph Goebbels, in seinem Tagebuch. „Rundfunk und Presse stehen uns zur Verfügung, wir werden Meisterstücke der Agitation liefern, auch an Geld fehlt es natürlich diesmal nicht.“ Und so warb man um die Wähler mit einem Wirbel von Versammlungen und Darbietungen, von Versprechungen und von Terror, von Zurschaustellungen der Partei-Macht, die nun zugleich Staats-Macht war. So wollte sie erscheinen, daß den Leuten die Lust, gegen sie zu stimmen, vergehen würde.

Der Reichstag brennt

Auf dem Höhepunkt des Wahlkampfes, am 27. Februar 1933, wurde das Berliner Reichstagsgebäude in Brand gesteckt. Der Täter, der einzige, den man fand, ein Holländer namens van der Lubbe, sollte Kommunist sein

und auch „seine Beziehungen zur Sozialdemokratischen Partei zugegeben haben“. Das letztere war Lüge. Das erstere bedeutete an sich nichts, wenn nicht bewiesen werden konnte, daß der geistesschwache junge Mensch im Auftrag der KPD, mit Hilfe kommunistischer Komplizen gehandelt hatte. Das wurde alsbald behauptet, und noch in derselben Nacht Tausende von kommunistischen Funktionären nach längst vorbereiteten Listen verhaftet, in der ersten jener „schlagartigen“ Überfallaktionen, die sich dann zwölf Jahre lang wiederholen sollten. Mit gleich verblüffender Promptheit wurde am nächsten Vormittag vom Kabinett eine „Notverordnung“ verabschiedet und vom Reichspräsidenten verkündet, welche die bürgerlichen Grundrechte, Sicherheit gegen unrechtlichen Freiheitsentzug, Briefgeheimnis, Versammlungs- und Pressefreiheit außer Kraft setzte. Die kommunistischen Zeitungen wurden für vier Wochen, die sozialdemokratischen für vierzehn Tage, in Wirklichkeit, wie sich zeigen sollte, beide für zwölf Jahre, verboten. In den nächsten Tagen wurden auch sozialdemokratische Politiker zum Zwecke der „Schutzhaft“, wie der Ausdruck lautete, in neu errichteten „Konzentrationslagern“ gefangen gesetzt. Die „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat“ vom 28. Februar 1933 stützte sich auf jenen Artikel 48 der Weimarer Verfassung, auf den leider schon der Reichskanzler Brüning

▼ Zwei Tage nach dem „Tag von Potsdam“ setzte Hitler vor dem Reichstag, unterstützt von drohenden Sprechchören der SA, das „Ermächtigungsgesetz“ durch, das die Gewaltenteilung, den Kern eines jeden Rechtsstaates, aufhob und der Regierung allein die unkontrollierte Macht zusprach

G e s e t z

zur

Behebung der Not von Volk und Reich.

Vom 24. März 1933.

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird, nachdem festgestellt ist, daß die Erfordernisse verfassungsändernder Gesetzgebung erfüllt sind:

Artikel 1

Reichsgesetze können außer in dem in der Reichsverfassung vorgesehenen Verfahren auch durch die Reichsregierung beschlossen werden. Dies gilt auch für die in den Artikeln 85 Abs. 2 und 87 der Reichsverfassung bezeichneten Gesetze.

Artikel 2

Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze können von der Reichsverfassung abweichen, soweit sie nicht die Einrichtung des Reichstags und des Reichsrats als solche zum Gegenstand haben. Die Rechte des Reichspräsidenten bleiben unberührt.

Artikel 3

Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze werden vom Reichskanzler ausgefertigt und im Reichsgesetzblatt verkündet. Sie treten, soweit sie nichts anderes bestimmen, mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft. Die Artikel 68 bis 77 der Reichsverfassung finden auf die von der Reichsregierung beschlossenen Gesetze keine Anwendung.

Artikel 4

Artikel 4

Verträge des Reichs mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen nicht der Zustimmung der an der Gesetzgebung beteiligten Körperschaften. Die Reichsregierung erläßt die zur Durchführung dieser Verträge erforderlichen Vorschriften.

Artikel 5

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft. Es tritt mit dem 1. April 1937 außer Kraft; es tritt ferner außer Kraft, wenn die gegenwärtige Reichsregierung durch eine andere abgelöst wird.

Berlin, den 24. März 1933.

Der Reichspräsident

von Hindenburg
Der Reichskanzler

7. März

Der Reichsminister des Innern

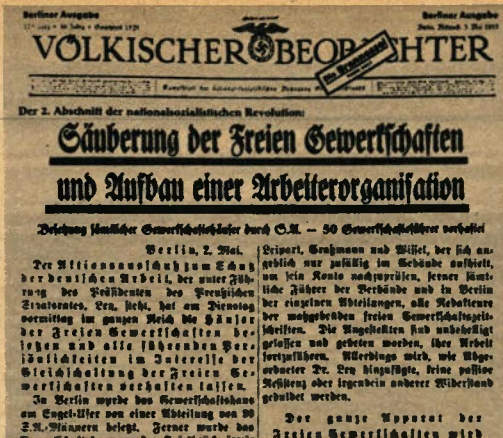
frick

Der Reichsminister des Auswärtigen

W. Müller

Der Reichsminister der Finanzen

M. Brüning



Da sich die Gewerkschaften nicht „gleichschalten“ ließen, mußten sie vernichtet werden. Am 1. Mai 1933 erklärte Hitler den traditionellen Maifeiertag zum „Tag der nationalen Arbeit“ und ließ ihn mit riesigen Aufmärschen feiern – tags darauf besetzten SA und SS schlagartig alle Gewerkschaftshäuser – unser Bild zeigt das Berliner Gewerkschaftshaus am Engelkufer –, zahlreiche Gewerkschaftsführer wurden verhaftet und mißhandelt



seine Wirtschaftspolitik basiert hatte und der dem Präsidenten im Falle einer „erheblichen Bedrohung der öffentlichen Sicherheit ein vorübergehendes Außerkraftsetzen der Grundrechte“ erlaubte. Von dieser Notverordnung kann man sagen, daß sie ziemlich lange „vorübergehend“ war; denn bis 1945 blieb sie die Grundlage eines Polizei-Terrors, der nun ungehindert von richterlicher Kontrolle walten konnte.

Da die Machthaber aus dem Reichstagsbrand so augenblicklich schnell so ungeheuren Gewinn zogen – „es ist wieder eine Lust zu leben“, notierte Goebbels am 28. Februar in seinem Tagebuch –, da von der bolschewistischen Revolution, für die der Brand angeblich das „Fatale“ hätte sein sollen, auch nicht die leisesten Spuren zu bemerken waren, vielmehr die kommunistischen Funktionäre sich wie die Lämmer zur Schlachtbank führen ließen, so mußte alsbald der Verdacht sich einstellen, die Nationalsozialisten hätten den Brand selber gestiftet. Der Methode, einem Gegner, der sich nicht wehren wollte, Verbrechen oder Pläne zu Verbrechen beizulegen, die nicht existierten und solche allenfalls zu inszenieren, sind sie auch seither treu geblieben. Sie haben sie nicht einmal, sondern unzählige Male angewandt. Daß sie es in diesem Fall taten, hat nicht bewiesen werden können. Ebenso wenig kann bewiesen werden, daß sie nicht die Täter waren; schon allein darum nicht, weil die wenigen, die darum gewußt haben könnten, lange tot sind. Kurz vor seinem Tode hat Hermann Göring noch einmal versichert, um das Verbrechen nicht gewußt zu haben, und man mag ihm in diesem Falle Glauben schenken. Er fügte jedoch hinzu, sehr wohl könnte „ein wildes SA-Kommando“ es begangen haben – und Göring kannte seine Leute.

Der Brand hat seine Schuldigkeit getan

Wenn aber wirklich die später, vom Überfall auf die Gewerkschaften am 1. Mai 1933 bis zum „polnischen“ Überfall auf den Gleiwitzer Sender, so oft angewandte Methode in diesem Fall nicht angewandt worden wäre, wenn wirklich ein einzelner pyromanischer Idiot den Machthabern den Gefallen tat, den sie in diesem Augenblick brauchten, würde dies kriminalistische Detail an der geschichtlichen Bedeutung des Reichstagsbrandes wenig ändern. Sie liegt in seinen Folgen: in der vorher geplanten Art, in der die Machthaber von ihm Gebrauch machten. Ein kommunistischer Aufstand wurde benötigt, um nicht bloß die mit Worten frechen, in der Tat aber schwachen und elenden Kommunisten,

sondern mit ihnen auch gleich die bürgerlichen und politischen Freiheiten aller Deutschen zu vernichten; und dieses letztere war der Hauptzweck. Da ein kommunistischer Aufstand nicht stattfand, so mußte er erdichtet werden. Beweise dafür, die man im Parteigebäude der KPD gefunden zu haben glaubte, sollten demnächst veröffentlicht werden. Bis zum heutigen Tage sind sie unveröffentlicht geblieben.

Ein Prozeß folgte nach. Aber die Leipziger Richter, die ihr Handwerk noch ernst nahmen, sprachen drei der Brandstiftung angeklagte bulgarische Kommunisten sowie den deutschen kommunistischen Abgeordneten Torgler frei. Einzig der Holländer wurde verurteilt. Und obwohl die Sachverständigen versicherten, er allein könnte den Brand unmöglich gelegt haben, wurde nie wieder der leiseste Versuch gemacht, die Mitschuldigen zu entdecken. Pressekommentare zur Hinrichtung von der Lubbe hat das Propagandaministerium ausdrücklich für unerwünscht erklärt. Der Reichstagsbrand hatte seine Schuldigkeit getan; nun war es das Beste, ihn zu vergessen.

Goebbels: „Wir sind die Herren...“

Eine erste Folge des Brandes und der Reichstags-Brand-Notverordnung war die Verfälschung des Wahlkampfes und der Wahlen, eine Terrorisierung der Sozialdemokraten, eine Lähmung auch der bürgerlichen Mittelparteien, welche an die offizielle Version, den kommunistischen Aufstand oder dessen drohende Gefahr glaubten oder wenigstens zu glauben vorgaben, wodurch sie unvermeidlich unter den Bann jener gerieten, die sich als die energischen Retter darboten. Es ist kein Wunder, daß in diesem einseitig gegen einen fiktiven Gegner geführten Bürgerkrieg, in diesem Siegestaumel ohne vorhergegangene Schlacht, die Nationalsozialisten noch einmal einen Stimmengewinn von 5 Millionen davontragen konnten. Erstaunlich war vielmehr, daß die alten Parteiblöcke, Zentrum und Sozialdemokraten, sich noch immer hielten, noch immer die Hälfte der Nation sich nicht bewegen ließ, für die Sieger zu stimmen. Im neuen Reichstag verfügten die Nazis zusammen mit Hugenberg's Deutschnationalen über 52 v. H. der Stimmen; praktisch über bedeutend mehr, da die 80 Kommunisten nicht mehr zählten, auch von den Sozialdemokraten beliebig viel verhaftet oder allenfalls umgebracht werden konnten. „... es bedeuten jetzt noch Zahlen? Wir sind die Herren im Reich und in Preußen...“ heißt es in Goebbels' Tagebuch.

Es wäre falsch zu glauben, daß damals überwiegend Düsternis in Deutschland herrschte. Die Besiegten freilich waren traurig und mußten sich wie vogelfrei fühlen. Die Sieger aber und alle jene, die sich ihnen nun schnellstens anschlossen, waren guter Dinge. Und wenn die „Regierung der nationalen Erhebung“ eine eiserne Hand hatte, so hatte sie auch eine, die wehende Fahnen und festliche Aufzüge wohl anzuordnen verstand. Das Gefühl, nach Jahren der politischen Zersplitterung und des wirtschaftlichen Elends Zeuge einer neuen Einigung der Nation, eines neuen Aufstiegs zu sein, hat damals viele gute Bürger erobert, die weder Krieg noch Judenmorde noch sonst etwas Böses wollten. Von den gewalttätigen Ausschreitungen des Spätwinters hieß es, daß sie nun aufhören würden und ohnehin „nicht im Sinn des Führers seien“. Der „Tag von Potsdam“ schien solcher optimistischer Beurteilung recht zu geben. Hier, während einer Feier in der alten Garnisonkirche, der, mit Ausnahme der entrechteten Linken, alle Abgeordneten des neuen Reichstages, dazu zahlreiche Generale, Admirale und Prinzen in den Uniformen der Vergangenheit beiwohnten, durfte der 86jährige Hindenburg noch einmal im Mittelpunkt stehen und wohlgemeinte Worte über die Tugenden des alten Preußen – Pflichtbewußtsein, Gottesfurcht und vaterländische Gesinnung – sprechen. Hier zeigte auch Hitler, in Gehrock und Zylinder, einen betonten Respekt vor dem alten, preußischen Deutschland, ja, eine gewisse Versöhnlichkeit gegenüber dem Teil des Volkes, der sich ihm noch nicht angeschlossen hatte. Auch seine Friedensliebe gab er bekannt. Vielleicht ehrlicher Weise, denn er besaß die Gabe, im Moment selber zu glauben, was zu sagen und zu scheinen für ihn günstig war, und eben darauf beruhte seine Überredungskunst. Im Moment brauchte er das Vertrauen des Greises, der noch immer Macht hatte, das Vertrauen oder doch wenigstens die Toleranz der Reichswehrführung, und ebenso dringend mußte ihm nun daran gelegen sein, das Mißtrauen Frankreichs, Englands, Polens zu beschwichtigen, so lange Deutschland seinen Nachbarn militärisch unterlegen war.

Hitler kann tun, was er will

Zwei Tage später, am 23. März 1933, im Reichstag, der in einer Berliner Oper tagte, führte er schon eine andere Sprache. Hier ging es um einen Beschluß, der das Kabinett ermächtigte, während vier Jahren ohne Zustimmung des



▲ So begann die furchtbare Tragödie der Juden: die SA forderte in Berlin wie im ganzen Reiche zum Boykott jüdischer Läden auf. Man glaubte an ein einmaliges Ereignis; niemand ahnte, daß am Ende dieser „Aktion“ sechs Millionen tote Juden zu einer nie verstummenden Anklage würden. Dieser 1. April 1933 hätte allen die Augen öffnen müssen!

Parlaments Gesetze zu machen, und zwar auch solche, die von der Verfassung abwichen. Das Gesetz hob die Gewaltenteilung, den Kernsatz jedes Verfassungs- und Rechtsstaates, auf und machte die Regierung zur einzigen, unkontrollierten Macht im Land. Sein verfassungszerstörender Charakter war klar, seine Notwendigkeit um so weniger einleuchtend, als ja nun, zum erstenmal seit drei Jahren, wieder eine regierungsfähige Mehrheit im Parlament bestand, die alle vom Reichskanzler gewünschten Maßnahmen, soweit sie nicht verfassungswidrig waren, bewilligen

Aus dem Schluß der Rede des Abgeordneten Otto Wels, mit der er für die Sozialdemokraten am 23. März 1933 im Deutschen Reichstage das Ermächtigungsgesetz ablehnte:

„Wir sehen die machtpolitische Tatsache Ihrer augenblicklichen Herrschaft. Aber auch das Rechtsbewußtsein des Volkes ist eine politische Macht, und wir werden nicht aufhören, an dieses Rechtsbewußtsein zu appellieren.

Die Verfassung von Weimar ist keine sozialistische Verfassung. Aber wir stehen zu den Grundsätzen des Rechtsstaates, der Gleichberechtigung, des sozialen Rechtes, die in ihr festgelegt sind. Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus. Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten . . .“

„Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten. Wir grüßen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung. Ihr Bekennermut, ihre ungebrochene Zuversicht verbürgen eine hellere Zukunft.“

konnte. Eben darum, antwortete Hitler, werde er das Ermächtigungsgesetz nur selten anwenden müssen und maßvoll anwenden können; die Rechte des Reichspräsidenten, des Reichstags, der Länder und der Ländervertretung, der Kirchen sollten alle, so verschwor er sich, unangestastet bleiben. Aber haben müsse er das Gesetz, für das er, da es verfassungsändernd war, eine Zweidrittelmehrheit brauchte. Die Abgeordneten sollten entscheiden, ob zwischen ihnen und der Regierung Krieg oder Friede sei. Der Sprecher der Sozialdemokraten, Wels, begründete die Ablehnung des Gesetzes durch seine Fraktion. Seine Rede gilt als mutige Tat; und unter diesen Bedingungen, inmitten drohender, im Sprechchor brüllender SA- und SS-Leute, war sie es auch. Der haßerfüllte, heiser krählende Siegerhohn, mit dem Hitler erwiderte, macht die Szene zur abstoßendsten, die bis dahin durch die neue Schalltechnik der Nachwelt überliefert worden war.

Essollte noch schlimmer kommen. Meißner, der Staatssekretär Hindenburgs, erzählt uns in seinen Erinnerungen, die „bürgerlichen“ Mitglieder der Regierung hätten damals alle Sympathie für den armen Wels empfunden. Empfunden vielleicht; aber aussprechen taten sie's nicht. Vielmehr eilten sie, den Reichskanzler zu beglückwünschen; und die Mittelparteien, Zentrum, Demokraten und die anderen, stimmten für das Ermächtigungsgesetz, schweren Herzens, da Hitler nun im Grunde doch tun konnte, was er wollte, um womöglich die Atmosphäre zu entgiften, die schlimmsten Formen der Tyrannei zu vermeiden, die Existenz ihrer Parteien zu retten und was der schönen Gründe mehr waren. So daß also die Regierung ihre Zweidrittelmehrheit und weit mehr als sie erhielt. – Wäre der Reichstag durch Militärgewalt auseinander gesprengt worden wie die russische Nationalversammlung durch die Soldaten Lenins, das Ende wäre weniger kümmerlich, weniger entartet gewesen als diese Selbst-Abdankung.

Auf den Schein der Rechtstitel kam es an

Auf der Notverordnung vom 28. Februar und dem Ermächtigungsgesetz vom 24. März hat die Diktatur Adolf Hitlers rechtstechnisch 12 Jahre lang beruht. Sie wiesen den Weg, auf dem, wie damals einer der vielen juristischen Anbeter und Nachbeter Hitlers schrieb, „die Überwindung des Staates von Weimar mit seinen eigenen Mitteln gelang“. Vielleicht könnte man meinen,

daß es solcher Verfassungsmanipulationen eigentlich nicht bedurft hätte, daß Hitler ja nun die Macht hatte, die Verfassung nach seinem Belieben staatsstreichartig zu brechen. Das ist aber nicht so. Nicht bloß dem frommen Präsidenten von Hindenburg, der seinen Verfassungseid der Form nach zu halten wünschte, nicht bloß den Generalen der Reichswehr, die über die stärkste physische Macht im Staat geboten, war alles daran gelegen, daß selbst noch der endgültige Bruch der Verfassung mit Artikeln der Verfassung gerechtfertigt werden konnte. Dasselbe gilt für die Bürokratie und Justiz, für die breiten Schichten von Technikern, deren der Tyrann zur Erhaltung der Lebensroutine in einem so hochzivilisierten, einem so dicht bevölkerten Land wie dem deutschen bedurfte. Sie waren bereit, mit ihm durch dick und dünn zu gehen. Aber einen Rechtstitel für alles, was er tat, mußte er vorweisen können, nur dann fühlte das deutsche Bürgertum festen Boden unter den Füßen, nur dann war es gehorsam. Darum sind die beiden Rechtsinstrumente vom Februar und März von folgenschwerer Bedeutung. Für das erste trug der Reichspräsident, richtiger, der Kreis von Intriganten, der ihn beriet, die Hauptverantwortung. Am zweiten müssen die alten, gemäßigten Parteien, zumal das Zentrum, mitschuldig gesprochen werden.

Sieht man genauer zu, so waren beide Rechtssäulen der neuen Diktatur nicht rechtlich, auch nicht im formalen Sinn, oder hörten sie bald auf, es zu sein. Wohl war der Notstandsartikel der Weimarer Verfassung schon von Heinrich Brüning überdehnt und zu Zwecken angewandt worden, für welche die Väter der Verfassung ihn nie gemeint hatten. Eindeutig aber mußte seine Anwendung „vorübergehend“, d. h. kurzfristig sein, und eindeutig verlangte sie eine einzige, bestimmte Gefährdung. Die Verordnung vom 28. Februar war mehr als 12 Jahre in Kraft und wurde gegen alle möglichen wirklichen oder erfundenen Gefährdungen angewandt; ganz abgesehen davon, daß im Februar 1933 die Gefahr eines kommunistischen Aufstandes nicht existierte, so lästig und widerwärtig sich die Kommunisten auch jahrelang – manchmal im Bunde mit den Nationalsozialisten – verhalten hatten. Auch das Ermächtigungsgesetz reichte ungeheuer weit, und doch brachte Hitler es fertig, selbst dies Gesetz sehr bald zu brechen. Es sollte so lange gelten, wie die gegenwärtige Regierungskoalition im Amt war; aber diese verlor schon im Juni durch den erzwungenen Austritt Hugenburgs und die Ernennung von vier neuen nationalsozialistischen Kabinettsmitgliedern völlig ihren Charakter. Es sollte die Rechte des Reichspräsidenten nicht beeinträchtigen, aber im August 1934 wurde das Präsidentenamt durch Dekret mit dem des Reichskanzlers verbunden, also praktisch abgeschafft. Es sollte die Rechte des Reichstages nicht antasten, aber schon nach fünf Monaten gab es keine Parteien mehr und durfte es kraft Gesetz keine mehr geben, außer der Naziartei, wodurch der Reichstag von den Funktionen eines Parlaments auch den letzten Rest einbüßte. Es sollte die Rechte der Länder und des sie vertretenden Reichsrates wahren; aber der Reichsrat wurde abgeschafft, im Januar 1934 den Ländern ihre „Hoheitsrechte“ genommen und der Charakter bloßer Verwaltungseinheiten verliehen. Wir könnten diese Liste weiter fortsetzen; es kam auch nicht mehr darauf an. Was im März 1933 bewahrt wurde, war nicht das Recht, sondern ein dünner Schein von Recht; eine aus Gewalttat, Trick und Schwindel gewobene Brücke vom Rechtsstaat zu dem Staat, als dessen „oberster Gerichtsherr“, der schießen und töten durfte, wie es ihm beliebte, sich Adolf Hitler im Juli 1934 proklamierte. Auch das wurde

von gelehrten Juristen gebilligt, damit die Richter ihr gutes Gewissen behalten durften. Der Führer, so dozierte einer, schütze das Recht und schaffe das Recht und sei selber die höchste Quelle des Rechtes.

Fragt sich, wie es im Herzen des zivilisierten Europa in so kurzer Zeit zu so barbarischen Zuständen kommen konnte, zur Preisgabe aller der Rechtsgrundsätze, die im Lauf von Jahrhunderten erworben worden waren. Und wie viele – im Grunde doch wohl die Mehrheit der Nation – sich recht wohl bei der Sache fühlten; die freilich nicht, die es traf.

Elend und Zwietracht waren die Wurzeln

Hier kam vieles zusammen. Die kranke und böse, aber ungeheuer starke Energie, Intelligenz und Verschlagenheit Adolf Hitlers war eines; ohne ihn hätte es das „Dritte Reich“ nie gegeben. Eine Tatsache, der er sich auch bewußt war, und die ihm gewaltig zu Kopfe stieg. Man muß auch gestehen, daß es ihm gelungen war, sich mit sehr fähigen, obgleich moralisch tiefstehenden Gehilfen zu umgeben. Hört man sich heute die Reden dieser Menschen an, so ist man wohl von ihrem heiseren, hämmernden Geschrei und Schauspielertum angewidert, gleichzeitig aber beeindruckt von der Schlaueit ihrer Argumente, der Energie ihres Ausdrucks; die Verteidiger der Demokratie, phantasielos und mattherzig, kamen gegen sie nicht auf. Das ist die persönliche Seite der Sache.

Wie sehr das langjährige Elend der Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit oder drohender Ruin die Seelen von Millionen zermürbt hatten, wissen wir schon. Dazu kam das furchtbare Schauspiel von Zwietracht, Führungslosigkeit, Verwirrung im letzten Jahr; um nur die Unordnung los zu sein, war den Leuten jede gestraffte Ordnung recht, käme sie auch von denen, die selber zusammen mit den Kommunisten die schlimmsten Bringer der Unordnung gewesen waren. So fühlten auch die bürgerlichen Parteien, auch die Sozialdemokraten, sich vom Schicksal geschlagen. Sie hatten die Unordnung nicht meistern, die Wirtschaft nicht anzukurbeln vermocht. Hier war einer, der sich anmaßte und stark genug schien, es zu leisten. Konnte man ihm länger widerstehen? Ihm die Vollmacht verweigern, die er forderte?

Es kam anderes hinzu; breiten Schichten des deutschen Bürgertums und „Kleinbürgertums“, wie man damals noch sagte, war Hitler im Grunde recht in vielem, was er verkündete und verkörperte. Er war ihnen recht, auch wenn sie bis dahin „Zentrum“ oder „Deutsche Volkspartei“ gewählt hatten. Nach einer starken Staatsführung hatten sie sich seit Bismarcks Sturz gesehnt. Zweimal, im Krieg und 1925, hatten sie sich eine solche, vergeblich, von dem General von Hindenburg erhofft. Die tollsten Eroberungspläne, die der Krieg hervorgebracht hatte, waren ihnen sympathisch gewesen; zumal, wenn sie sich gegen das verachtete Slawentum, Russen und „Polacken“ richteten. Daß Hitler solche Pläne wieder aufgreifen würde, konnte man wissen, denn es stand in seinem weitverbreiteten Buch „Mein Kampf“; aber so genau wollten sie es eben nicht wissen. Antisemiten waren sie meistens auch, obgleich von der gemäßigten Art; das Reden von deutscher Rasse und Berufung und Überlegenheit klang ihnen vielleicht etwas übertrieben, im Grunde aber doch gut. Das Bündnis zwischen Bürgertum und Sozialdemokratie, welches die Republik getragen hatte, den Einfluß der Freien Gewerkschaften hatten sie hingenommen, aber ohne Begeisterung. Wenn man die „Roten“ nun wieder aus ihren Ämtern jagte, so war das so übel nicht, und wenn einige von ihnen in den Lagern sa-

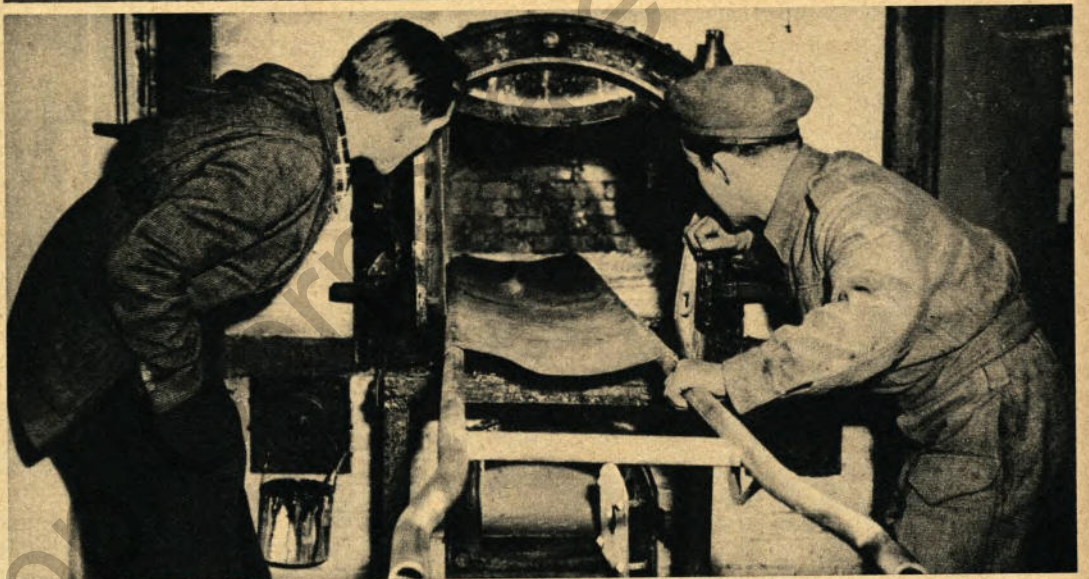
Zuerst verbrannten sie Bücher . . .

„Gleichschaltung der Kultur“ war das Schlagwort, unter dem am 10. Mai 1933 auf dem Berliner Opernplatz (unser Bild) 20000 Bücher weltberühmter Schriftsteller unter verdammenden „Feuersprüchen“ verbrannt wurden



. . . dann verbrannten sie Menschen

Krematoriumsöfen eines deutschen Konzentrationslagers



ßen oder umgebracht wurden – nun, so hatten sie sich das wohl selber zuzuschreiben. Hauptsache, daß nun wieder Zucht und Ordnung herrschen sollten; „wo gehobelt wird, da fliegen Späne“. . . . Solche Stimmungen gingen im Lande um. Sie könnten, für sich allein, die Errichtung der Diktatur nicht erklären, aber sie helfen uns doch, zu verstehen, warum es Hitler so sehr leicht wurde, seine Gegner von der Linken zu vernichten, seine Gegner von der Mitte zur Kapitulation zu zwingen, seine Bundesgenossen auf der Rechten zu betrügen. Er tat das, er schien das zu sein, wonach sehr viele sich sehnten. So kam es zu seiner Diktatur. Als die aber einmal ganz da war, da konnte er auch tun, was nur die allerwenigsten sich ersehnt hatten, da, schon seit dem Sommer 1934, hatte er das Land im eisernen Griff, und sicherer Tod drohte dem, der ihm noch Widerstand zu leisten wagte.

„Gleichschaltung“ der Länder und Gemeinden

Der Rest, die Vollendung der Diktatur, ist schnell erzählt. Die Nationalsozialisten seien systematische Leute, verkündete der neue Propagandaminister mit der ihm eigenen höhnischen Offenheit und Schadenfreude; sie näh-

men nicht mehr, als sie verdauen könnten, aber was sie verdauen könnten, nahmen sie sich Stück für Stück. Wirklich, Stück für Stück wurde der Plan einer völligen Unterwerfung des öffentlichen, ja, des privaten Lebens ins Werk gesetzt. Dazu war nun, vorläufig, nicht mehr viel Gewalt notwendig. Die gläubige Begeisterung der alten Anhänger, der Opportunismus der neuen, die Verzagtheit der Gegner oder ehemaligen Gegner bekräftigte die Eroberer in ihrer rauschhaften Siegesgewißheit.

Schon ein paar Tage nach Annahme des Ermächtigungsgesetzes erfolgte die „Gleichschaltung“ – ein bezeichnender, der Technik entlehnter Name – der Länder und Gemeinden. Vom Dorf bis zur Großstadt und bis zu den Ländern sollte überall derselbe Wille, derselbe Gehorsam herrschen. Gemeinderäte, Kreis- und Landtage wurden nach einem Schlüssel umgebildet, den die Reichstagswahl vom 5. März lieferte, später die Landtage ganz abgeschafft. An die Spitze der neuen Länderregierungen traten „Reichskommissare“, demnächst sogenannte „Reichsstatthalter“, verdiente Parteigenossen, für die es hochbezahlte Stellen zu finden galt. Daß auch in Bayern, das noch am zähesten Widerstand geleistet hatte, die NSDAP nun mit 43 v.H. der Wähler bei weitem die stärkste Partei war, gab der Gleichschaltung ein Ge-

präge von Volkstümlichkeit; aber hier wie überall war es dieselbe Verbindung von Überfällen und wohlinszenierten Ausbrüchen des „Volkszornes“ gegen die alten Regierungen, scheußlichen Racheakten an mißliebigen Politikern und nachträglicher Sanktionierung durch die Berliner Machthaber, von denen heimlich alles ausgegangen war. Es ist bezeichnend, daß, als der letzte demokratische Ministerpräsident Bayerns ein Protesttelegramm an Hindenburg sandte, dieser antworten mußte, die Ernennung eines Reichskommissars für Bayern sei von der Reichsregierung in eigener Zuständigkeit vorgenommen worden, er habe damit nichts zu tun und könne nichts dagegen tun; womit der Präsident oder sein Berater die Ohnmacht zugab, in die auch er, der von Hitler unlängst so geschickt Umschmeichelte, die mythische Hoffnung aller Konservativen, nun schon geraten war. Ein Gesetz, angeblich zur „Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“, bestimmte die Entlassung aller „nicht-arischen“ Staatsbeamten, wie auch solcher Beamten, von denen „ein rückhaltloses Eintreten für den nationalen Staat“ nicht zu erwarten war.

Arbeitsfront – aber keine Gewerkschaften

Wie die Mittelparteien, so hatten auch die Führer der Freien Gewerkschaften versucht, mit den Machthabern ihren Frieden zu machen, indem sie ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Unternehmern betonten, die „großen Ziele“ der neuen Regierung anerkannten und versprachen, sich nie wieder in

die Politik zu mischen, „gleichviel, welcher Art das Staatsregime ist“. Ein Versuch, Hitler zu beschwichtigen, wie er später von anderen Mächten noch so oft gemacht werden sollte, und immer vergeblich. Es sollte keinerlei selbständiges Willenszentrum in Deutschland mehr geben. „Gleichzuschalten“ wie ein Gemeinderat waren die Gewerkschaften nicht. Folglich, schloß Hitler, mußte man sie vernichten. Mit einem überaus geschickten Griff wurde der 1. Mai, den die Weimarer Republik gesetzlich nie anerkannt hatte, zum „Tag der nationalen Arbeit“ proklamiert und mit riesigen Aufmärschen der Belegschaften, mit Reden, die vom Preis der Arbeit und der Arbeiter überquollen, mit Feuerwerk und Bockwürsten überall festlich begangen. Die Kehrseite der Medaille brachte der nächste Morgen: Die nun schon übliche „schlagartige“ Besetzung aller Gewerkschaftshäuser durch SA und SS, den Raub aller Gewerkschaftsvermögen, die Verhaftung und Mißhandlung zahlreicher Gewerkschaftsführer, auch und gerade solcher, die alles versucht hatten, um Hitler zu „beschwich-tigen“. Wieder, wie üblich, wollte man Fällen übelster Korruption auf die Spur gekommen sein und die Ergebnisse demnächst veröffentlichen, was wieder bis zum heutigen Tag nicht geschehen ist. Die so heimlich und genau geplante Raub-Unternehmung war eine der Partei, nicht des Staates, der wiederum nachträglich sanktionierte, „was ohne sein Wissen“ geschehen war. Der Abschluß von Arbeitsverträgen sollte von nun an nicht mehr durch Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und -nehmern, sondern durch vom Staat ernannte „Treuhand der Arbeit“ geregelt werden. An die Stelle sämtlicher Gewerkschaften, der Freien wie der Christlichen, trat eine einzige riesige Zwangsorganisation, die „Deutsche Arbeitsfront“, die später mehr als 20 Millionen Mitglieder umfaßte. Ein Gesetz „zur Ordnung der nationalen Arbeit“, ein „scharfes Schwert

in der Hand des nationalsozialistischen Staatsapparates“, wie es hieß, erhob die Unternehmer zu „Führern“ über ihre „Gefolgschaft“ der Arbeiter und Angestellten, unterwarf aber beide Seiten als „Soldaten der Arbeit“ den Treuhändern als Vertretern des Staates und der Partei.

„Was dem deutschen Volke nützt“

Sie war nun die einzige im Lande. Denn im Frühsommer 1933 nahm es auch mit dem traurigen Schattendasein, das die politischen Parteien bis dahin noch hatten fristen können, ein Ende. Am 22. Juni wurde die Sozialdemokratische Partei verboten, ein Akt, der mit den zur Gewohnheit gewordenen lügenhaften Anschuldigungen gerechtfertigt und von Verhaftungen und Morden begleitet wurde. Die Mittelparteien folgten nach, halb höhnisch gestoßen, halb freiwillig; es gebe, so gestand traurig der Führer der Bayerischen Volkspartei, außerhalb der NSDAP jetzt keine politische Wirkungsmöglichkeit mehr. Nicht besser fuhren Hitlers Wegbereiter und Bundesgenossen. Am 27. Juni sah sich der Deutschnationalen Führer Hugenberg genötigt, aus seinen vier Ministerposten zu scheiden, der reiche, mächtige, schlaue, blinde Hugenberg. Am selben Tag löste die „Deutsch-Nationale Front“ sich auf. In seiner Abschiedsrede an den Parteivorstand bemerkte Hugenberg, wenn demnächst die Nachricht von seinem Selbstmord verbreitet würde, so bäte er die Herren, nicht daran zu glauben. So daß denn auch er nun – wie spät! – das Wesen des Partners vom Januar erkannt hatte.

Es wäre eintönig, die einzelnen Phasen der Unterwerfung Deutschlands unter die Diktatur, die Gleichschaltung der Schulen und Hochschulen, der Verbände, der Presse, der Kunst und Literatur im einzelnen weiter aufzuzählen. Das ging nun wirklich, wie Goebbels versprochen hatte, Stück für Stück. Nichts mehr sollte gelehrt, nichts mehr gespielt, geschrieben, gemalt werden, als „was dem deutschen Volke nützt“, richtiger, was den Machthabern paßt. Alle Schriftsteller wurden in einer „Reichsschrifttumskammer“ zusammengefaßt. Wer hier nicht mittun wollte oder durfte, der mußte sich einen anderen Broterwerb suchen, wenn er einen fand. Jüdischen Künstlern wurde nicht bloß der Verkauf ihrer Bilder, sondern auch das Malen in ihrem Atelier verboten. Ein von der Partei organisierter Boykott jüdischer Läden, brutal, wie seine Ausführung war, wurde zunächst wohl für ein einmaliges, wenig bedeutendes Ereignis gehalten. Die Tragödie der Juden hatte damit begonnen, aber sie begann allmählich, und Deutschlands Juden erkannten ihre Lage noch nicht. Durfte man von ihnen erwarten, daß sie weiter sähen als die übrigen Deutschen?

Hitler gelobt Frieden

Es folgte ein kurzes Jahr, währenddessen die Dinge sonderbar schwankend schienen. Deutschland begann, sich an seinen neuen Zustand zu gewöhnen, der, wir sagen es noch einmal, vielen ganz recht war. Und bald machten die ersten Zeichen der Wiederbelebung der Wirtschaft, eine, wenn auch zunächst noch bescheidene, Abnahme der Arbeitslosigkeit, sich bemerkbar. Tatsächlich hatte die Wirtschaftskrise überall in der Welt 1932 ihren Höhepunkt erreicht und überschritten. Auch in Amerika gab es Produktionssteigerungen, noch bevor, gleichzeitig mit Hitler, Präsident Roosevelt sein Amt antrat. Es waren aber nicht so sehr die langsam einsetzenden Wirkungen einer Erholung des Welthandels, was die deutsche

▼ Am 30. Juni 1934 ließ Hitler den SA-Führer Röhm umbringen – die SA beanspruchte ihm zuviel Macht. Diese Tat bot willkommene Gelegenheit für Rachegefühle aller Art – Generale, Politiker, Verwaltungsbeamte, Schriftsteller, Anwälte und viele andere fanden den Tod. Hitler, Göring und ihre Schergen zeigten ihr wahres Gesicht

Extra-Blatt

Oberbayer. Gebirgsbote, Holzkirchen • Miesbacher Anz., Miesbach • Tegernseer Ztg., Tegernsee, Aiblinger Ztg., Bad Aibling • Rosenheimer Tagbl., Rosenheim • Kolbermoorer Volksblatt, Kolbermoor • Chiemgau-Ztg., Prien • Tölzer Ztg., Bad Tölz • Wolfratshausen Tagbl., Wolfratshausen, Wasserburger Anzeiger, Wasserburg a. J. • Graftinger Zeitung, Grafting.

Samstag, 30. Juni 34

Röhm verhaftet und abgefeskt

Röhm aus Partei und S.A. ausgeschlossen

München, 30. Juni
Die Reichsregierung teilt folgende Verfügung des Führers mit:

Ich habe mit dem heutigen Tage den Stabschef Röhm seiner Stellung entzogen und aus Partei und S.A. ausgeschlossen. Ich ernenne zum Chef des Stabes Obergruppenführer Lange.

S.A.-Führer und S.A.-Männer, die seinen Befehlen nicht nachkommen oder zuwiderhandeln, werden aus S.A. und Partei entfernt bzw. verhaftet und abgefeskt.

Adolf Hitler
Oberster Partei- und S.A.-Führer

Aufent des neuen Stabschefs

Der Führer hat sich an seine Stelle als Chef des Stabes begeben. Das wird durch folgende Verordnungen und durch die rechtliche Einigkeit für den Nationalsozialismus und dadurch für unser Volk.

Wie ich vor etwa 12 Jahren zum erstenmal Führer einer kleinen S.A. war, habe ich drei Tugenden an die Spitze meines Handbuchs gesetzt und sie von der S.A. gelehrt. Diese drei Tugenden haben die S.A. groß gemacht und heute, wo ich in schwerster Stunde meinem Führer an der Spitze der S.A. stehe, sollen sie erst recht Richtschnur für die ganze S.A. sein:

Unbedingte Treue!
Eiserne Disziplin!
Stillschweigen! Diplomatie!
So wollen wir, die wir Nationalsozialisten sind, gemeinsam marschieren.
Ich bin überzeugt, dann kann es nur ein Reich zur Freiheit werden.
So lebe der Führer! So lebe unser Volk!
Der Chef des Stabes:
v. S. S.

Wirtschaft antrieb, sondern ein Arbeitsbeschaffungsprogramm der neuen Regierung. Sie konnte hier auf Pläne zurückgreifen, die unter den Kanzlern Brüning und Schleicher ausgearbeitet worden waren, aber damals nicht hatten ausgeführt werden können, weil sie alsbald von den einflußreichsten Unternehmergruppen als „Bolschewismus“ verschrien wurden. Jetzt, da man die Gewerkschaften losgeworden war und sich wieder „Herr im Hause“ fühlte, erlaubte man Hitler und seinem neuen Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht viel mehr, als der arme Dr. Brüning je zu fordern gewagt hatte. Schacht, ein ehrgeiziger Politiker, aber ein Köhner in seinem Fach, ersann Mittel, um neues Geld in Umlauf zu bringen, das einging in Haus- und Maschinenreparaturen, in neue Wohnungen, in großartige Straßenbauten, auch in militärische Rüstungen, aber zunächst noch nicht hauptsächlich in diese. Die Wohltat, wieder in Arbeit zu sein, wieder Hoffnung schöpfen zu dürfen, nahmen die Menschen dankbar hin. Für viele ist Hitler vor allem der Mann geblieben, „der die Autobahnen gebaut hat“; als ob nicht auch die schon vor ihm geplant gewesen wären, als ob nicht auch im demokratischen Amerika welche gebaut worden wären, als ob für den Bau von Autobahnen ein Unrechtsstaat, wie das „Dritte Reich“, notwendig gewesen wäre!

Auch dem Ausland gegenüber führte Hitler eine neue, stolze Sprache, die den Leuten gefiel. Sie gefiel ihnen um so mehr, als von einer Kriegsdrohung beileibe nicht die Rede war. Im Gegenteil: Wieder und wieder verschwor er sich, daß er nichts wollte als einen gerechten Frieden, daß er als Kriegsteilnehmer den Krieg hasse, als deutscher Ehrenmann die Ehre und das Lebensrecht der anderen Nationen, zum Beispiel der polnischen, zu schätzen wisse. In Deutschland wie draußen hörte man das gern. Es galt, so lange die Diktatur militärisch nicht stark genug war, um eine ganz andere Sprache zu führen und zu ganz anderen Taten schreiten zu können.

Aber trotz solcher Erfolge und Leistungen war weiterhin Unruhe im Land. Sie kam nun nicht mehr von der Linken, von den Anhängern der vernichteten republikanischen Parteien, die schwiegen und, soweit sie durften, ihrer Arbeit nachgingen. Sie kam aus den Reihen der Nazi-partei selbst. Hier waren zahlenstarke Gruppen, besonders die wilden Hilfstruppen der SA, nicht zufrieden damit, daß die Revolution nun, wie es hieß, zu Ende sei, daß der Staat wieder Herr und die starke, intakte Organisation der Reichswehr der einzige Träger der bewaffneten Macht sein sollte. Hier wurde von einer „zweiten Revolution“ geredet, ohne daß den Leuten klar war, was, außer ein wenig Anarchie und Beute, diese zweite Revolution eigentlich bringen sollte. Der Führer der SA, Hauptmann Röhm, ein naher Freund Hitlers, scheint den Plan gehabt zu haben, SA und Reichswehr zu einem einzigen Volksheer zu vereinen, dessen Kommandant er selber zu werden gedachte – eine Idee, welche die Generale der Reichswehr entschieden ablehnten. Den Mitgliedern der SA redete er ein, sie seien für ihre Verdienste um die Eroberung der Macht nicht genügend belohnt worden.

In der Reichswehr, im konservativen Bürgertum, unter allen denen, die sich von Hitler eine neue, straffe Ordnung, nicht aber permanente Unordnung erhofft hatten, fürchtete man die „zweite Revolution“ und das wüste Treiben der SA-Führer. Auch waren viele Konservative, selbst Regierungsmitglieder wie Franz von Papen, im stillen unglücklich über die ganze Entwicklung, die es mit Deutschland genommen hatte und an der sie selber so sehr mit-

I. Erlaß des Reichskanzlers zum Vollzug des Gesetzes über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reichs vom 1. August 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 747). Vom 2. August 1934.

Herr Reichsinnenminister!

Die infolge des nationalen Unglücks, das unser Volk getroffen hat, notwendig gewordene gesetzliche Regelung der Frage des Staatsoberhauptes veranlaßt mich zu folgender Anordnung:

1. Die Größe des Dahingekiebenen hat dem Titel Reichspräsident eine einmalige Bedeutung gegeben. Er ist nach unser Aller Empfinden in dem, was er uns sagte, unzertrennlich verbunden mit dem Namen des großen Toten. Ich bitte daher, Vorsorge treffen zu wollen, daß ich im amtlichen und außeramtlichen Verkehr wie bisher nur als Führer und Reichskanzler angesprochen werde. Diese Regelung soll für alle Zukunft gelten.

2. Ich will, daß die vom Kabinett beschlossene und verfassungsrechtlich gültige Betrauung meiner Person und damit des Reichskanzleramtes an sich mit den Funktionen des früheren Reichspräsidenten die ausdrückliche Sanktion des deutschen Volkes erhält. Fest durchdrungen von der Ueberzeugung, daß jede Staatsgewalt vom Volke ausgehen und von ihm in freier und geheimer Wahl bestätigt sein muß, bitte ich Sie, den Beschluß des Kabinetts mit den etwa noch notwendigen Ergänzungen unverzüglich dem deutschen Volke zur freien Volksabstimmung vorlegen zu lassen.

Berlin, den 2. August 1934.

Der Reichskanzler
Adolf Hitler

schuldig waren. Der demokratischen Republik hatten wohl auch sie ein Ende machen wollen, aber nicht so. Die Unterdrückung jeder Freiheit hatten sie nicht gewollt, die Folterungen in den Konzentrationslagern, die orgiastische Selbstvergötzung des Führers und seiner Gehilfen, die Korruption der Parteiführer, ihr prahlerischer Prachtaufwand – wie verschieden war das alles von dem guten alten „Preußentum“, dessen Wiederherstellung der „Tag von Potsdam“ einst versprochen hatte! Dazu kam, daß der Mann, der noch immer das wichtigste symbolische Bindeglied zwischen der Reichswehr und dem Nazi-Staat darstellte, der mit seiner Würde den neuen Staat stützte und deckte, Feldmarschall Hindenburg, nun offenbar das Ende seines langen Lebens erreicht hatte. Was würde nach seinem Tode werden? Wer sein Amt erben?

Röhm-Putsch – die Machthaber zeigen ihr wahres Gesicht

Hier waren verschiedenartige Elemente für eine Krise, die, so hofften die Konservativen, vielleicht zum Guten würde gewendet werden können, nicht, um Hitler zu stürzen, wohl aber, um ihn von seinen radikalen Anhängern zu trennen. Hierüber wurde gedacht und getuschelt in verschiedenen kleinen Gruppen, einmal, von Franz von Papen, sogar öffentlich und mutig geredet. Aber getan oder zur Tat ernsthaft vorbereitet wurde nichts. Und wenn die SA-Führer drohend von ihrer „zweiten Revolution“ sprachen, so taten auch sie nichts dazu, sie träumten bloß davon, ungefähr so, wie die Kommunisten von ihrer Revolution geträumt und geschwätzt hatten, aber nie sie ernsthaft vorbereitet hatten.

Hitler war kein Träumer. Er hatte die Gabe, seine Träume, wenige gute, viele schlimme, in die Wirklichkeit umzusetzen. Und er spaßte nicht, wenn seine Macht bedroht war. Am 30. Juni 1934 ließ er den Hauptmann Röhm und Hunderte von seinen Freunden umbringen, die gesamte Führung der SA, wobei er selber in Oberbayern die Aktion leitete. Das schien ein Sieg der Armee zu sein; sie stand in diesen Tagen in Alarmbereitschaft. Aber es sollte ihr Sieg nicht sein und war es auch nicht, denn sie

▲ Mit dem Tode von Hindenburgs am 2. August 1934 war die „Machtergreifung“ endgültig vollzogen. Hitler vereinigte die Ämter des Präsidenten und des Kanzlers auf sich. Als „Führer und Reichskanzler“ ließ er sich „die vom Kabinett beschlossene und verfassungsrechtlich gültige Betrauung meiner Person ... mit den Funktionen des früheren Reichspräsidenten“ nachträglich auch noch in einer „Wahl“ vom Volk bestätigen

handelte nicht. Hitler handelte, indem er sich dazu der in der letzten Zeit aufgebauten Sondertruppen der SS bediente. Und um der Armee, die ihn zum Handeln gedrängt hatte, zu zeigen, wer der Herr sei, wurden bei der Gelegenheit auch gleich zwei hohe Offiziere ermordet. Schleicher und Bredow, die politischen Generale der Hindenburg-Zeit. Brüning entging dem gleichen Schicksal durch Flucht nach England; Papen entging ihm mit knapper Not; ermordet wurden seine Adjutanten und Freunde, die Herren, die seine Protestrede entworfen hatten, was ihn nicht hinderte, ein treuer Diener des Dritten Reiches zu bleiben. Dies war Hitlers Lösung der Krise, seine Antwort auf die Bedrohung durch die Konservativen; er ließ morden, nicht bloß nach einer Seite, was ihn zum Gefangenen der anderen gemacht hätte, sondern nach allen Seiten auf einmal, so daß er allein und sein unmittelbarer Kreis die Sieger waren. Auch wurde bei dieser Gelegenheit manches alte Rachegelüst gekühlt. In Wäldern und Sümpfen fand man die Leichen der Erschlagenen, zur Unkenntlichkeit entstellt, katholische Politiker und Administratoren, Schriftsteller, Anwälte, harmlose Bürger, die vor Jahrzehnten dem einen oder anderen unter den Naziführern sich mißliebig gemacht hatten. Wenn schon das Gesetz des Urwaldes regierte, dann konnte man es auch benutzen zu allerlei Mordvergnügen, vor denen man im Vorjahr noch zurückgeschreckt war. Ein paar Tage lang zeigten die Herrschenden ihr wahres Gesicht. Nur ein paar Tage lang; dann schlüpfen sie wieder in die Röcke ehrbarer Zivilisten und begannen nun zu erklären und zu entschuldigen. Mordfälle, die mit der Hauptaktion nichts zu tun hatten, würden den Gerichten übergeben werden – aber das geschah niemals –, einige der Getöteten seien das Opfer von Mißverständnissen geworden und hätten sich bei der Ver-

haftung zur Wehr gesetzt, wobei dann bedauerliche Folgen sich nicht hätten vermeiden lassen und so fort. Das Reichskabinett, in dem noch immer ein Rudel „bürgerlicher“ Minister saß, beschloß, daß die gesamte Unternehmung „Staatsnotwehr“ und als solche rechtens gewesen sei. Deutschland war ein Rechtsstaat, mußte es sein, denn ohne Recht können 70 Millionen Menschen, eng zusammengedrängt, nicht leben. Dann blieb ja wohl nichts anderes übrig, als das Geschehene zum Recht zu erheben – oder aber den Herrn Reichskanzler als vielfachen Mörder vor Gericht zu stellen. Hitler selber war offener als die anderen. Er nahm den Mord an Schleicher, der zunächst vertuscht worden war, auf sich: Männer, die sich mit fremden Diplomaten trafen und gegen ihn konspirierten, lasse er totschießen. In jenen Tagen sei er, als Führer des deutschen Volkes, auch sein oberster Gerichtsherr gewesen und habe aus eigenster Machtvollkommenheit Recht sprechen und üben dürfen.

Die Leute hörten sich das an, gläubig und ungläubig, empört und achselzuckend, froh, daß es sie nicht selber erwischt hatte, mit dem Gefühl, daß man unter einer solchen Regierung fortan allerdings mit Worten und Blicken recht vorsichtig würde sein müssen. Daß sie die unverschämte SA losgeworden waren, mißfiel ihnen nicht; das übrige war blutig und dunkel und konnte vom einzelnen Bürger nicht geklärt werden.

August 1934: die Machtergreifung ist vollzogen

Und Hindenburg? Der betörte alte Mann nahm auch dies noch hin; die Ermordung der Generale, seines Freundes Schleicher, die ganze Kette viehischer Missetaten. Isoliert auf seinem ostpreußischen Gut, nahezu ein Gefangener, von treulosen Beratern irreführt, schickte er Glückwunschtelegramme an Hitler und Göring: „nach den ihm vorgelegten Berichten“ hätten sie ganz prachtvoll gehandelt. Es war der letzte Dienst, den der zu Ende gehende Mythos den Machthabern leistete, der letzte Strich unter der im Grunde längst vollzogenen moralischen Abdankung des Greises. Einen Monat später starb er. Aber Hindenburgs Verschwinden bedeutete nun keine Krise mehr, kaum noch ein Ereignis. Indem die Armee die an ihr selbst verübten Verbrechen hingenommen und sich enteignet hatte um der Vernichtung ihrer Gegner willen, war das Bündnis zwischen Armee und Diktator besiegelt. Das Bündnis oder die Unterwerfung der einen unter den anderen. Der „Oberste Gerichtsherr“ des 30. Juni 1934 war Herr der Lage. Wer würde jetzt noch wagen, ihm zu opponieren? ... Durch Dekret wurden die Ämter des Präsidenten und des Kanzlers miteinander vereinigt. Das geschah noch immer kraft des Ermächtigungsgesetzes vom März 1933. Der Reichskanzler wurde zum Staatschef, damit auch zum Oberbefehlshaber des Heeres. Eilends ließ Kriegsminister von Blomberg Offiziere und Soldaten den Treueid auf Hitler schwören, auf ihn persönlich. Danach wurde die Nation in „freier Abstimmung“ um ihre Ansicht über den schon vollzogenen und wohlgesicherten Staatsakt gefragt – ein Trick, den auch frühere Diktatoren mit Erfolg geübt hatten. Fünf Millionen Bürger stimmten mit „Nein“; wenigstens – allerwenigstens – fünf Millionen unerschütterlicher, mutiger Menschen hat es also damals in Deutschland gegeben. An den Tatsachen änderte das freilich nichts. Der Prozeß der „Machtergreifung“ war im August 1934 beendet. Nun erst konnte Hitler beginnen, sich im Ernst seinen außenpolitischen Plänen zuzuwenden.



RUHR-FESTSPIELE 1964

DIE KUNST SOLL FÜR ALLE DA SEIN

Die Ruhrfestspiele nehmen heute im kulturellen Leben der Bundesrepublik einen festen Platz ein, ihre Anziehungskraft wird von Jahr zu Jahr größer, und auch der Kreis derer, die an den Ruhrfestspielen fördernd mitwirken, wächst ununterbrochen. Warum finden die Ruhrfestspiele ein solches Echo? Warum machen so viele mit? Was liegt ihnen dabei besonders am Herzen? „Die Ruhrfestspiele“, eine alljährlich erscheinende Zeitung, die in das Festspielprogramm des jeweiligen Jahres einführt – sie ist herausgegeben von der „Welt der Arbeit“ –, befragte Persönlichkeiten aus Kultur, Politik und Wirtschaft, deren knappgefaßte Antworten gewiß auch viele unserer Leser interessieren werden.

Es schrieben für die **WELT DER ARBEIT**

Willy Brandt Regierender Bürgermeister von Berlin

Die Ruhrfestspiele wurden zu einer Zeit ins Leben gerufen, in der Deutschland geistig und materiell noch ein Trümmerfeld war. Damals zur Gründung dieser Festspiele aufzurufen, war zweifellos ein kühnes Unterfangen. Denn damit sollte auch ein Zeichen gesetzt werden, wohin sich Staat und Gesellschaft entwickeln sollten.

Die Ruhrfestspiele haben inzwischen tatsächlich und symbolisch eine große Bedeutung erlangt. Mit ihnen zeigt sich immer wieder aufs neue, daß sich die deutsche Arbeiterbewegung ihres Auftrages bewußt bleibt. Mit ihnen wurde ein Grundstein für ein Haus – für einen Kulturstaat – gelegt, an dem alle Anteil haben sollen. Mit den Ruhrfestspielen wird darüber hinaus deutlich ausgesagt, daß sich der Deutsche Gewerkschaftsbund als mehr begreift denn nur als Organisation zur Vertretung materieller Interessen seiner Mitglieder. Gerade damit ist ein in die Zukunft weisendes Beispiel gegeben. Berlin darf für sich in Anspruch nehmen, für dieses Bemühen immer Verständnis gehabt zu haben. Seit 1949 tragen Berliner Theater zur Gestaltung des Spielplanes der Ruhrfestspiele bei. In dankbarer Erinnerung sind vor allem die „Berliner Tage“ des Jahres 1952 mit Ernst Reuters Ansprache auf dem Marktplatz in Recklinghausen; die Fahrt der Ruhrfestspiele im



▲ Der Rohbau des neuen Hauses der Ruhrfestspiele ist seit Jahresbeginn fertig, und die Innenarbeiten gehen zügig voran. Inmitten des Stadtgartens, keine drei Minuten vom Städtischen Saalbau, liegt das neue Haus, das schon im nächsten Jahr seine Türen den Festspielbesuchern öffnen wird

Jahre 1957 nach Berlin mit der denkwürdigen Veranstaltung in der Freien Universität Berlin; das Jahr 1960, das unter dem Leitwort „Berlin – Forum geistiger Freiheit“ stand; das Jahr 1962 mit der Kulturellen Aktion Berlin / Ruhrfestspiele. Diese Verbundenheit der Ruhrfestspiele mit der deutschen Hauptstadt wird Bestand haben.

Am Wert, der den Ruhrfestspielen beigemessen werden muß, wird sich mit entscheiden, inwieweit wir unserer kulturpolitischen Verantwortung gerecht werden.

Prof. Dr. Paul Mikat Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen

Auf diese Frage muß vor allem anderen zunächst eine schlichte und wohl selbstverständliche Antwort gegeben werden: weil bei den Ruhrfestspielen gutes Theater gespielt wird und weil auch sonst das Veranstaltungsprogramm das Dabeisein lohnt.

Nun finden aber auch anderswo bedeutende Festwochen statt. In Recklinghausen – und deshalb gilt den Ruhrfestspielen meine besondere Sympathie – werden die Veranstaltungen in einem vorher nicht bekannten Maße von der arbeitenden Bevölkerung getragen. Hier geschieht etwas, was in absehbarer Zeit wohl allgemein zu einer Selbstverständlichkeit in unserem

DAS PROGRAMM DER RUHRFESTSPIELE 1964

I.



Eröffnung der Ruhrfestspiele:

Frau Professor Jeanne Hersch von der Universität Genf hält die Festansprache

Ensemble der Ruhrfestspiele:

Die Verschwörung des Fiesko zu Genua

Friedrich Schiller

Bearbeitung und Inszenierung: Heinrich Koch. Darsteller: Dorothea Beilfuß, Ingeborg Egholm, Anneli Grangel, Ruth Niehaus, Ebba Sack, Rosel Schaefer, Alexander Elgeti, Karl Friedrich, Walter Grütters, Paul Hartmann, Ullrich Haupt, Helmut Heyne, Hannes Messemer, Hans Nielsen, Frederique Ribell, Hannes Riesenberger, Gert Schaefer, Wolfgang Schwarz, Herbert Weissbach, Siegfried Wischniewski und andere.

Die Verschwörung des Fiesko zu Genua ist ein Drama von der Verführungskraft der Macht auf den einzelnen, von dem gewaltigen Glanz des Scheins auf die Massen und von der sich opfernden Wachsamkeit und Einsicht wiederum eines einzelnen.

Der Dichter stützte sich auf folgende historische Vorgänge: Im Stadtstaat Genua hatte im 16. Jahrhundert Andrea Doria, der nach der Befreiung der Stadt von der französischen Besatzung zwar formell die aristokratisch-republikanische Verfassung wiedereingeführt hatte, sich tatsächlich die Alleinherrschaft erobert. Ein Widerstand einer Anzahl alteingesessener Adelsfamilien bildete sich aber erst, als Andrea Doria seinen anmaßenden und diktatorischen Neffen Gianettino zum Nachfolger bestimmte. An die Spitze der Adelsverschwörung setzte sich der hoch befähigte junge Giovanni Luigi de' Fieschi, Graf von Lavagna. Er verstand, seine Gegner zu täuschen und nahm durch einen genau vorbereiteten Handstreich zu Beginn des Jahres 1547 Stadt und Hafen. Bei den Straßenkämpfen kam Gianettino um, Andrea Doria mußte fliehen. Doch Fiesko hatte bereits den Entschluß gefaßt, nach geglücktem Umsturz keine freiheitliche Verfassung einzuführen, sondern sich als Herzog von Genua einsetzen zu lassen. Ein Zufall machte alles zunichte: Fiesko stürzte von einem Laufsteg einer Galeere ins Meer und ertrank.

Schauspielhaus Zürich:

Don Juan oder Die Liebe zur Geometrie

Max Frisch

Inszenierung: Kurt Hirschfeld. Darsteller: Inge Bahr, Anneliese Betschart, Therese Giehse, Eva-Katharina Schultz, Kurt Beck, Hermann Brand, Peter Ehrlich, Rolf Henniger, Walter Kiesler, Gustav Knuth, Alfred Schlageter und andere.

Die erste Dramatisierung der Liebesaffären Don Juans durch den spanischen Franziskanermönch Gabriel Tellèz, der seine Komödien unter dem Pseudonym Tirso de Molina herausgab, war nicht als reizvolle Unterhaltung geschrieben, sondern als ein katholisches Lehrstück: den ruchlosen Verführer und zynischen Spötter erreicht die Strafe des Himmels.

In der Umkehrung, nicht nur der Don-Juan-Gestalt, auch der Fabel – die Höllenfahrt ist nicht mehr ein Stragericht, sondern eine Eigeninszenierung Juans, die ihm Ruhe und Abgeschiedenheit schaffen soll –, stellt der Schweizer Autor Max Frisch, Jahrgang 1911, Fragen heutiger Menschen an die Welt von heute.

Deutsches Schauspielhaus Hamburg:

Der eingebildete Kranke

Molière

Inszenierung: Fritz Kortner. Darsteller: Ella Büchi, Margaret Carl, Carla Hagen, Curt Bois, Otto Bolesch, Charles Brauer, Kaspar Brüninghaus, Josef Dahmen, Werner Dahms, Lambert Hamel, Wilhelm Walter und andere.

„Der eingebildete Kranke“ war Molières letzte Komödie. 1673 brachte er sie auf die Bühne. Mit ihr machte und macht er noch heute die Menschen lachen, weil er im Scheln, im Betrug, in der Schmeichelei, in der Lüge die Wahrheit aufdeckt.

Sein Gegenstand ist die Verführung, die eingebildete Krankheit bedeuten kann, der angenehme Zustand, sich selbst zu bedauern und von anderen ob der vielen Leiden bedauert zu werden. Man rückt so bequem in den Mittelpunkt, wenn auch nicht der Welt, so doch des engen Kreises seiner näheren Umgebung, und kann aus derselben Wurzel, dem Egoismus, den Haustyranen spielen.

Schiller-Theater Berlin:

Amphitryon

Heinrich von Kleist

Inszenierung: Walter Henn. Darsteller: Erich Schellow, Hermann Ebeling, Lothar Blumhagen, Horst Bollmann, Eva-Katharina Schultz und Charlotte Joeres.

Mit der Übersetzung und Umdichtung von Molières Amphitryon beginnt Heinrich von Kleist (1777 bis 1811) die Reihe der drei Dramen der Liebesleidenschaft. Die Komödie, von Molière zu einem Lustspiel in der höfischen Zeitgesinnung für die Gesellschaft des Sonnenkönigs gemacht, mag den Dichter vom Thema her gelockt haben. Aber bei Kleist verliert sie ihr leicht geschürztes gesellschaftliches Gewand. Amphitryon wird der in seiner Menschenwürde und seinem Liebesvertrauen gekränkte Held. Jupiter ist Liebender, menschlich-liebedurstiger Gott, und Alkmene wird in ihrer Hingabe, in ihrem ganzen Glauben verwirrt, erschüttert, fast zur Vernichtung über den ungewollten Ehebruch getrieben. Die „Übersetzung“ geht also über das Sprachliche hinaus, aus der Unverbindlichkeit der gesellschaftlichen Welt in das pathetisch-mystische Drama.

DAS PROGRAMM DER RUHRFESTSPIELE 1964

II.



Ausstellung der Ruhrfestspiele:

Torso – das Unvollendete als künstlerische Form

Unter der Leitung von Thomas Grochowiak wird die Ausstellung hervorragende Kunstwerke zeigen, die durch Zerstörung als Torso überdauert haben oder aus den verschiedensten Gründen nicht vollendet worden sind. Wer häufiger Kunstaussstellungen besucht, wird beobachten können, daß viele Kunstfreunde ein auffallendes Interesse den Bildern und Skulpturen widmen, die nicht bis ins letzte ausgearbeitet sind. Dabei stören sie gar nicht leergebliebene Stellen auf der Leinwand, wenn nur durch die Leere erreicht wird, daß der dargestellte Gegenstand dadurch eine höchstmögliche Steigerung des Ausdrucks erfährt. Diese Beobachtungen und Überlegungen waren Anlaß, in der Ausstellung der Ruhrfestspiele 1964 die schönsten Beispiele unvollendeter Werke zusammenzutragen. Viele bedeutende Museen und Privatsammlungen aus aller Welt haben kostbare Kunstschätze zugesagt.

Ausstellung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes:

Laienkunst aus Österreich

Eine Auswahl von Bildern und Skulpturen, die von Werktätigen in ihrer Freizeit geschaffen worden sind, wandert hier ins Ruhrgebiet. Die vom Österreichischen Gewerkschaftsbund veranstalteten Freizeitausstellungen bestätigen die Erfahrungen, die auch wir bei unseren Hoesch-Steckenpferdturnieren gewannen: Viele in der Industrie arbeitende Menschen haben den Weg zu einer sinnvollen Freizeitgestaltung durch die künstlerische Betätigung gefunden und zum Pinsel oder zum Schnitzeln gegriffen, um ihren Erlebnissen Ausdruck zu verleihen. Mit Geschick und Begabung wird gestaltet, und wir dürfen wieder feststellen, daß auch unter den Laienkünstlern viele eigenständige Persönlichkeiten am Werk sind.

Westfälisches Sinfonie-Orchester Recklinghausen:

Sinfonie-Konzerte

Erstes Konzert: Leitung: Hubert Reichert. Solist: Pierre Fournier, Cello. Hindemith: Konzert für Violoncello und Orchester. Bruckner: Sinfonie Nr. 7, E-Dur.
Zweites Konzert: Leitung: Antonio Janigro. Solist: Nikita Magaloff, Klavier. Lutoslawski: Trauermusik für Orchester. Chopin: Konzert für Klavier Nr. 1, e-Moll, op. 11.
Drittes Konzert: Leitung: Hubert Reichert. Solistin: Lucretia West, Mezzosopran. Henze: Sonate für Streichorchester. Mahler: Kindertotenlieder. Frankel: Sinfonie Nr. 3, op. 40 (Uraufführung). Richard Strauss: Don Juan, op. 20.

Deutscher Gewerkschaftsbund und Volkshochschulen:

Die Bildung des politischen Bewußtseins für die Einheit der Welt

Diese Arbeitsgemeinschaft für politische Bildung des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Volkshochschule findet vom 20. bis 22. Mai statt.

Ruhrfestspiele – Gewerkschaftsjugend – Jugendamt Recklinghausen:

junges forum 64

Junges Forum will jungen Menschen auf verschiedenen Wegen eine Begegnung mit der Kunst ermöglichen: zu ihm gehören die eigens für die Jugend reservierten Theatervorstellungen, zweitägige Seminare, der vom Rundfunk übertragene „Abend für junge Hörer“, ein Sinfonie- und ein Jazzkonzert und abschließend ein politisches Kabarett.

Deutscher Gewerkschaftsbund:

XIII. Europäisches Gespräch

3. bis 5. Juni, Thema: Einkommenspolitik in der modernen Wirtschaftsordnung.

Wie sich die Einkommenspolitik in eine Wirtschaftsordnung einfügen läßt, die Wettbewerb und Planung in sinnvoller Mischung als Instrumente moderner Wirtschaftspolitik enthält, soll im diesjährigen europäischen Gespräch gründlich diskutiert werden. Das Thema schließt sich sinnvoll an die Themen der beiden vorangegangenen Gespräche an: 1962 – Gewerkschaften im Aufbau der Gesellschaft und 1963 – Die Autonomie der Gewerkschaften in einem integrierten Europa.

Weiterhin
schrieben
für die

WELT DER ARBEIT

Landen werden dürfte: daß Kultur nicht mehr einer privilegierten Schicht vorbehalten bleibt, sondern die Sache aller geworden ist: der Intellektuellen und der Arbeiter, der Lehrlinge und der Schüler. Der weite Bereich künstlerischen Schaffens und Erlebens ist in unserer Zeit im wahrsten Sinne des Wortes „notwendig“, es ist echte Lebenshilfe, ohne die wir in unserer komplizierten und anspruchsvollen Zeit nicht mehr bestehen können.

Die Ruhrfestspiele schaffen eine solche Lebenshilfe, und darum mache ich bei ihnen mit.

Dr. Carl Gussone

Ministerialrat im Bundesministerium des Innern

Die Ruhrfestspiele, die aus der Begegnung zwischen Hamburger Schauspielern und Bergleuten an der Ruhr entstanden sind, haben durch die dargebotenen dramatischen Aufführungen wie auch durch die mit den Ruhrfestspielen verbundenen Kunstaussstellungen einen solchen künstlerischen Rang gewonnen, daß sie mit zur kulturellen Repräsentation unseres Volkes, also zur bewußten Darstellung der deutschen Kultur und ihrer Auswirkungen, gehören.

Die Förderung des Theater- und Ausstellungswesens ist grundsätzlich nicht Sache des Bundes, sondern die Aufgabe der Länder und der Kommunen. Nur in einigen wenigen Ausnahmefällen ist auch der Bund zur Förderung und Hilfe berufen, dann nämlich, wenn es um die all-gemeindeutsche, überregionale oder internationale Bedeutung geht. Voraussetzung für eine Bundeshilfe ist eine kulturelle Besonderheit. Der Bund fördert also die Ruhrfestspiele durch einen laufenden Zuschuß wie auch durch finanzielle Hilfe beim Bau des neuen Festspielhauses, weil den Ruhrfestspielen und den damit verbundenen Ausstellungen eine besondere Bedeutung für das gesamte kulturelle Leben in der Bundesrepublik und für das internationale Ansehen zukommt. Die Besonderheit liegt darin, daß die Ruhrfestspiele der künstlerischen Bewegung zwischen den besten Kräften des deutschen Theaters und der arbeitenden Bevölkerung, vor allem des Industriegebietes, dienen wollen.

Dr. Paul Nevermann

Erster Bürgermeister
der Freien Hansestadt
Hamburg

Wir Hamburger sind heute noch stolz darauf, in den Tagen der großen Kohlennot bei der Schaffung der Ruhrfestspiele Pate gestanden zu haben. In jener schweren Krisenzeit, unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg, drohten die Hamburger Theater durch Kohlennot zum Erliegen zu kommen. Der Notruf der Hamburger Bühnen fand bei den Bergarbeitern an der Ruhr offene Ohren. Sie halfen sofort, so daß u. a. auch die Hamburgische Staatsoper weiterspielen konnte. Was lag näher, als daß die Hamburger sich mit Gastspielen im Kohlenpott dankbar erweisen wollten.

So entstand in gegenseitiger Hilfe ein Austausch zwischen Kunst und Kohle. Die Kumpels hatten durch die Tat ihr musikalisches Verständnis und ihre große Hilfsbereitschaft

gezeigt. Aus diesen zeitbedingten Kontakten erwuchsen dann die Ruhrfestspiele, die heute aus dem kulturellen Leben der Bundesrepublik nicht mehr wegzudenken sind.

So wurde erneut dokumentiert, was die Kenner längst wußten: daß nämlich die deutsche Arbeiterbewegung alles andere als amüsich ist. Tatsache ist, daß das Arbeiterbildungswesen von den ersten Tagen der Arbeiterbewegung an eine fundamentale Bedeutung gehabt hat, immer hat der elementare Bildungshunger der organisierten Arbeiterbewegung, vor allem aber auch der deutschen Gewerkschaften, sich außer um historische, staatsrechtliche soziale und nationalökonomische Erkenntnisse auch um breitere geisteswissenschaftliche und kulturelle Grundlagen bemüht. Hierfür zeugen die Idee und die Arbeit der Volksbühnenbewegung und des Volksbüchereiwesens. Darüber hinaus aber wirkten die Ideen der Arbeiterbewegung auf ganze Generationen deutscher Dichter und Schriftsteller ein. Man erinnere sich nur der Revolutions- und Freiheitslieder der Herwegh und Freiligrath und des sozialkritischen Modell-dramas von Gerhart Hauptmann „Die Weber“. Heute gehören das Theater und alle seine dichterischen und szenischen Möglichkeiten dem ganzen Volk. Wer „unter Tage“ besonders schwere körperliche Arbeit zu verrichten hat, besitzt einen erhöhten Anspruch darauf, durch die Kunst und durch das große Theatererlebnis entspannt, geistig bereichert und menschlich erhoben zu werden.

Berthold Beitz Generalbevollmächtigter
Alfried Krupp von Bohlen
und Halbach

Um Ihre Frage zu beantworten, muß ich Ihnen mehrere Gründe nennen.

Der Villa Hügel e.V. und damit die Firma Fried. Krupp stehen mit den Ruhrfestspielen in enger Zusammenarbeit. Der künstlerische Leiter der Ruhrfestspiele, Herr Burrmeister, gehört seit der Gründung dem Kuratorium dieses gemeinnützigen Vereins an. Aus der Sammlung der Familie Krupp wurden schon häufig Leihgaben in den Kunstaussstellungen der Ruhrfestspiele gezeigt. Auch meinen Namen finden Sie unter den Leihgebern zur vorjährigen Ausstellung „Gesammelt im Ruhrgebiet“. Darüber hinaus ist es grundsätzlich sehr zu begrüßen, daß die Ruhrfestspiele, wenn auch nur einmal im Jahr, hervorragenden Regisseuren und Schauspielern Gelegenheit geben, im Zentrum des Ruhrgebietes zu arbeiten. Das hohe künstlerische Niveau der Aufführungen hat eine im weitesten Sinn erzieherische und geschmacksbildende Wirkung, die nicht nur auf einen kleinen Kreis von Interessenten beschränkt bleibt.

Das ist um so wichtiger, als eine große Anzahl städtischer Bühnen wegen ihrer nur begrenzten Möglichkeiten ein so anspruchsvolles Theater nicht bieten kann.

Die Gewerkschaftsbewegung, die in unserer

modernen Industriegesellschaft heute einen festen Platz einnimmt, leistet mit der Veranstaltung der Recklinghauser Festspiele einen bedeutsamen Beitrag zur Lösung der uns allen gestellten kulturpolitischen Aufgabe.

Dr. Harald Koch Mitglied des Vorstandes
der Hoesch Aktiengesellschaft

Vor gut einem Jahrzehnt wurde in einer namhaften deutschen Wochenzeitung die Meinung vertreten, es scheine, als ob die Ruhrfestspiele einer Krise zutrieben. Es müsse sich jetzt entscheiden, ob sie nur das „Salzburg des kleinen Mannes“ oder aber jene „sozialkulturelle Brücke zwischen Kunst und Industriearbeiterschaft“ seien, die dem Deutschen Gewerkschaftsbund vorschwebte.

Die unbestreitbaren Erfolge der Ruhrfestspiele haben seitdem gezeigt, daß die vermeintliche krisenhafte Entwicklung nicht eingetreten ist. Meines Erachtens sind die Ruhrfestspiele vielmehr zu einem besonders gewichtigen Bestandteil der umfassenden Bildungsaufgabe geworden, die sich der DGB mit seinem „Ausbruch aus dem Raum der Lohntüte“ zum Ziel gesetzt hat: dem arbeitenden Menschen im reif gestalteten echten Kunstwerk das verdichtete Bild vom wahren Menschentum, von Freiheit, Würde und Recht nahezubringen, das ihn im innersten Wesen anrührt und in dem er sich selbst, den Sinn seines Lebens und schließlich seine innere Freiheit zu finden vermag.

Die in meinem eigenen Tätigkeitsbereich gesammelten Eindrücke und Erfahrungen bestärken mich immer wieder in der Überzeugung, daß der mit Recklinghausen beschrittene Weg die Richtung weist, wie der Mensch unserer modernen Industriegesellschaft auch vor den Gefahren zu schützen ist, denen er in einer Zeit des völligen industriellen Umbruchs fast hilflos ausgeliefert ist: im Streben zur Sicherung seiner physischen Existenz weitgehend in materiellen Größenordnungen zu denken, um schließlich seine Individualität in der Masse zu verlieren.

Nachdem die Gewerkschaften in ihrem unauf-

hörlichen Bemühen die Voraussetzungen geschaffen haben, den von ihnen betreuten Menschen wirtschaftliche Freiheit und Mitbestimmung in der Wirtschaft zu sichern, scheint es mir jeglicher Mühe wert zu sein, ihnen auch die geistige Freiheit zu vermitteln, wozu die Ruhrfestspiele zu einem guten Teil beitragen.

Joseph Frieß Vorsitzender des Betriebsrats
der Deutschen Edelstahlwerke

Die mir von Ihnen gestellte Frage möchte ich mit folgenden Sätzen in der gewünschten Kürze beantworten:

Solange es Gewerkschaften gibt, hat es nie an Versuchen gefehlt, sie auf rein arbeitsmarktpolitische Funktionen festzulegen und ihren Wirkungsbereich entsprechend einzuengen. Jahrzehntelang hat man den Arbeitnehmern (teilweise tut man es auch heute noch) ihre Zuständigkeit in anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens bestritten; erst recht im Bereiche der Kultur.

Eine Aufspaltung des arbeitenden Menschen in mehrere Faktoren aber, für die jeweils eine besondere Organisation oder Institution sich verantwortlich fühlt, wäre nachgerade als ein Unheil für die ganze Gesellschaft zu bezeichnen. Kultur kann nicht ein Sonderbezirk außerhalb des menschlichen Schicksals sein, sondern ist in all ihrer Vielfalt ein Weg des Menschen zu sich selbst. Diesen Weg zu zeigen, ihn zu ebnet und für möglichst viele Arbeitnehmer ohne allzugroße Schwierigkeiten begehbar zu machen, ist nicht nur das Recht, sondern m. E. die Pflicht der Gewerkschaften.

Sie müßten sich um die Selbstbildung, um die Fort- und Weiterbildung der Arbeitnehmer intensiv kümmern und ihnen das Bildungsgespräch mit der Gesellschaft ermöglichen. Dazu bieten die Ruhrfestspiele, die ja keine Sonderbildungsaktion sein wollen, eine zwar erst schmale, aber doch vielversprechende Basis. Sie sollen mit dazu beitragen, in immer größer werdender Gemeinsamkeit uns alle eines Tages das tun zu lassen, was wir uns, ganz schlicht gesagt, als Menschen untereinander schuldig sind.



► Heinrich Koch (links) inszeniert die diesjährige Festspielaufführung der Ruhrfestspiele. Wir beobachten ihn bei einer der ersten Proben zu Schillers „Verschwörung des Fiesco zu Genua“ mit (von links nach rechts) Ullrich Haupt, Ruth Niehaus, Siegfried Wischnewski, Rosel Schaefer und Hannes Messemer



Das kostbarste Gut eines Volkes sind seine Menschen, in deren Gedanken die Pläne entstehen, deren Hände die Werte schaffen und deren Herzen mutig genug sind, Gefahren auf sich zu nehmen, damit wir und unsere Kinder einer gesicherten Zukunft entgegengehen. Wir schulden ihnen Dank und jede erdenkliche Hilfe. HEINRICH LÜBKE

50

Hoesch AG Westfalenhütte

30. 5. 1964 Theodor Anders, Kranführer

Hoesch AG Walzwerke Hohenlimburg

4. 5. 1964 Heinrich Wasser, Walzer

40

Hoesch AG Bergbau

2. 5. 1964 Wilhelm Boden, Vorarbeiter
Schachtanlage Emil-Emscher

2. 5. 1964 Johann Siepert, Maschinenwärter
Schachtanlage Fritz-Heinrich

2. 5. 1964 Josef Schwartländer, Maschinensteiger
Schachtanlage Radbod

3. 5. 1964 Friedrich Kundt, Klempner
Schachtanlage Emil-Emscher

3. 5. 1964 Paul Schöneck, Schweißer
Schachtanlage Kaiserstuhl

1. 5. 1964 Wilhelm Pietsch, Koksmeister
Schachtanlage Kaiserstuhl

29. 5. 1964 Oskar Kriewald, Löschwagenmaschinist
Kokerei Kaiserstuhl

Hoesch AG Westfalenhütte

5. 5. 1964 Artur Kosche, Maschinist

7. 5. 1964 Stanislaus Heyduk, Obermeister

25. 5. 1964 Franz Müller, Vorarbeiter

27. 5. 1964 Johann Maas, Vorarbeiter

Hoesch AG Walzwerke Hohenlimburg

8. 5. 1964 Theodor Dunker, Wärmer

22. 5. 1964 Heinrich Schrauf, Ofenwärter

15. 5. 1964 Erich Fritz, Betriebsangestellter

Maschinenfabrik Deutschland AG

28. 5. 1964 Johann Fox, Hobler

Dörken AG

28. 5. 1964 Heinrich Gehrman, Versandarbeiter

Schwinn AG

3. 5. 1964 Otto Schwarz, Graveur

Dortmunder Drahtseilwerke

2. 5. 1964 Wilhelm Koß, Drahtseiler

Hoesch AG Rohrwerke

19. 5. 1964 Karl Schulte, Schweißer

25

Hoesch AG Bergbau

1. 4. 1964 Fritz Köhler, Steiger
Schachtanlage Carl

1. 4. 1964 Wilhelm Löhr, Ausbauhelfer
Schachtanlage Fritz-Heinrich

1. 5. 1964 Willi Wichtrup, Angestellter
Schachtanlage Kaiserstuhl

2. 5. 1964 Richard Dignas, Platzarbeiter
Schachtanlage Fürst Leopold-Baldur

2. 5. 1964 Max Hoffmann, Magazinarbeiter
Schachtanlage Radbod

3. 5. 1964 Otto Krause, Lehrhauer
Schachtanlage Fritz-Heinrich

6. 5. 1964 Siegfried Andrzejewski, Wäschearbeiter
Schachtanlage Kaiserstuhl

8. 5. 1964 Heinz Sewing, Hauer
Schachtanlage Fürst Leopold-Baldur

10. 5. 1964 Josef Rosing, Schmied
Schachtanlage Fürst Leopold-Baldur

15. 5. 1964 Alfred Becker, Kokereiarbeiter
Kokerei Kaiserstuhl

15. 5. 1964 Alfred Hartwig, Lokomotivheizer
Schachtanlage Emil-Emscher

16. 5. 1964 Leo Drost, Vermessungssteiger
Verwaltung

16. 5. 1964 Walter Graeber, 1. Rangler
Schachtanlage Kaiserstuhl

16. 5. 1964 Ernst Schulz, Hauer
Schachtanlage Kaiserstuhl

17. 5. 1964 Bernhard Schürmann, Maschinist
Fürst Leopold-Baldur

25. 5. 1964 Wilhelm Grienke, Maurer
Kokerei Kaiserstuhl

26. 5. 1964 Wilhelm Knier, Grubenloführer
Schachtanlage Fürst Leopold-Baldur

29. 5. 1964 Heinrich Wahlers, Schreiner
Schachtanlage Fürst Leopold-Baldur

30. 5. 1964 Wilhelm Janz, Hauer
Schachtanlage Radbod

Hoesch AG Hauptverwaltung

12. 5. 1964 Wilhelm Neumann, Fahrer

Hoesch AG Westfalenhütte

1. 5. 1964 Bernhard Schanze, Dipl.-Ing., Betr.-Leiter

4. 5. 1964 Heinrich Koßmann, Maurer

4. 5. 1964 Otto Malzahn, Lokführer

4. 5. 1964 Fritz Ulshöfer, Kolonnenführer

10. 5. 1964 Herbert Lippert, Vorarbeiter

12. 5. 1964 Alfred Waschke, Richtgehilfe

12. 5. 1964 Günter Wasmuth, Schlosser

15. 5. 1964 Josef Wisnewski, Hilfsschlosser

17. 5. 1964 Peter Bruns, Lkw-Fahrer

20. 5. 1964 Kurt Carlsohn, Maschinist

24. 5. 1964 Helmut Jasper, Baggermaschinist

24. 5. 1964 Ewald Röttger, Elektrokarrenfahrer

24. 5. 1964 Apollinarus Schüller, Vorarbeiter

Hoesch AG Walzwerke Hohenlimburg

1. 5. 1964 Heinrich Schick, Angestellter

5. 5. 1964 Fritz Menne, Wächter

8. 5. 1964 Lothar Becker, Federnarbeiter

Trierer Walzwerk AG, Werk Trier

16. 5. 1964 Wilhelm Koster, Walzer

Dörken AG

1. 5. 1964 Otto Stech, Handlungsbevollmächtigter

Schwinn AG

11. 5. 1964 Oswald Ecker, Fräser

Hoesch Reederei und Kohlenhandel GmbH

11. 4. 1964 Alfred Gruner, Angestellter

Die gute alte Zeit

Hat es sie je gegeben, die gute alte Zeit? Stets haben die eben Lebenden gemeint, so schlecht wie in ihren Tagen sei es noch nie gewesen. An Mord und Totschlag, Krieg und Pestilenz hat es in der Vergangenheit gewiß nicht gefehlt. Die Großen mißbrauchten ihre Macht, die Kleinen suchten sich aus den Mißhelligkeiten herauszulügen. Die Methoden der Ausbeutung und Rechtsverdrehung wechselten. Wie reizend klingt die Rokoko-Musik an unser Ohr. Aber als sie zum ersten Male ertönte, verschacherte gerade ein Landgraf seine hinterlistig geworbenen Musketiere nach Übersee. Wurde der unwiderstehliche Volksredner Demosthenes, der die Kriegserklärung an den Mazedonierkönig Philipp bewirkt hatte, nicht schließlich wegen einer elenden Bestechung verurteilt und endete selbstmörderisch durch Gift?

„O tempora! O mores!“ – „O Zeiten! O Sitten!“ rief Cicero in seiner Anklage gegen Catilina aus. Und als Konfuzius lehrte „Der Edle findet durch die Bildung seine Freunde, und durch seine Freunde fördert er seine Sittlichkeit“ – da kochten sich die Räuber in der Provinz Schantung eine Metzelsuppe aus Menschenfleisch.

Unsere Sehnsucht nach Postkutschen-Romantik ist ziemlich verblasen. Dem einzelnen wurde früher ebensoviel Plackerei aufgebürdet wie heute. Wer in den Schuldurm gesperrt wurde, hatte nichts zu lachen. Die Wahrscheinlichkeit, an Schwindsucht, Pocken, Typhus oder Cholera zu sterben, war viel größer, und die meisten wurden in viel früheren Jahren hinweggerafft. Die angeblich so gemütlichen Zeiten warteten zuweilen mit Hungersnöten oder Guillotinen auf, und ob man auf einer untergehenden Galeere ertrank oder mit dem Düsenflugzeug ins Meer stürzt, macht keinen Unterschied.

Nur in einem war die schlimme alte Zeit wirklich besser: sie zerzte nicht fortwährend an den Nerven. Die Dörfer waren noch still, über den Schlaf der Städter wachte der Nachtwächter, und die Straßenschluchten donnerten nicht vom Lärm der Motoren. Man braucht sich bloß Porträts aus dem neunzehnten Jahrhundert anzusehen: wie ruhig, unzerrissen, in sich gefaßt stehen die wackeren Bürger da, wie zuversichtlich sind sie, daß es in ihrer Welt nur aufwärtsgehen könnte, wie sicher fußen sie in der hergebrachten Ordnung! Kreischende Musikinstrumente, die Nervensägen der Technik, die Anspannung auch noch beim Vergnügen kannte sie nicht, und obwohl wir auf die Erfindungen unseres Jahrhunderts nicht mehr verzichten möchten, sind wir doch etwas neidisch auf die Seelenruhe unserer Altvorderen, die von Neurosen nichts wußten.

Wir sind überzeugt, daß der Fortschritt sich nicht aufhalten läßt, und im nächsten Jahrhundert werden sicher noch viel mehr Apparate rasseln, deren sich der Mensch bedient, um sich das Leben zu erleichtern. Denen, die dann durch den Himmel sausen und am Grunde der Meere dahinflitzen, wird vermutlich unsere Zeit als eine gute alte erscheinen. Sie werden dann nichts mehr von unseren Ängsten und Beklemmungen ahnen, die elektrische Straßenbahn wird ihnen so vorsintflutlich vorkommen, wie uns der Pferde-omnibus, vielleicht werden sie in Raketen von einem Kontinent zum anderen fliegen, in New York frühstücken, in Tokio zu Mittag speisen und in Paris zu Abend essen. Und wenn ich nun gestehe, daß ich das lieber nicht möchte, kann man mit Recht sagen: das liegt daran, daß du noch aus dem letzten Jahr des neunzehnten Jahrhunderts stammst. Immerhin, ein paar gute Seiten hat es gehabt, wenn wir auch längst darüber hinaus sind.

Richard Gerlach

Die richtige Lektüre

Die junge Dame auf dem Eckplatz hatte gleich zu Beginn der Fahrt aus ihrem Koffer ein Buch hervorgeholt und sich darin vertieft. Es mußte wohl sehr spannend sein, denn sie ließ sich in ihrer Lektüre auch nicht stören, als auf der nächsten Station ein junger Mann einstieg und sich direkt neben sie setzte. Dem Neuankömmling war das aber anscheinend gar nicht recht. Er musterte seine Nachbarin reichlich aufdringlich und ging dann ohne langes Zögern zur Attacke über: „Na, was lesen Sie denn da Schönes, meine Dame?“ meinte er forsch.

Die Leserin antwortete mit keiner Silbe. Ja, sie ließ sich nicht einmal durch die geringste Bewegung anmerken, ob sie die Frage überhaupt zur Kenntnis genommen hatte.

„Muß ja mächtig spannend sein“, bohrte der Jüngling weiter, „weil Sie sich so gar nicht stören lassen.“

Wieder keine Antwort.

„Sicher ist es ein Kriminalroman“, verkündete der junge Mann nun. „Ob das für so zarte Nerven das Richtige ist?“

Erneut nicht die geringste Reaktion.

„Oder ist es eine Liebesgeschichte?“ lachte der unermüdliche Frager und kniff bedeutsam ein Auge zu. Die anderen Abteilinsassen stimmten in sein Lachen ein. Aber die Leserin blickte noch immer nicht von ihrer Lektüre auf.

„Junge Damen lesen ja so etwas besonders gern“, meinte der Jüngling und erntete erneut beifälliges Gelächter. Nur seine Nachbarin blieb auch weiterhin ruhig.

„Ich bin ja auch eine große Leserratte“, begann der Störenfried von neuem, „ich lese alles. Ganze Bibliotheken habe ich schon durchgeschmökert.“

Aber eine nette Unterhaltung ist doch noch immer viel schöner als das interessanteste Buch."

In diesem Augenblick hob die eifrige Leserin endlich ihren hübschen Kopf. „Sie haben also bereits ganze Bibliotheken ausgelesen?" fragte sie mit ruhiger Stimme.

Der so überraschend Angesprochene nickte: „Oder glauben Sie mir das etwa nicht?"

„Doch, doch", sagte die junge Dame, „Ich habe ja keinen Grund, Ihnen das nicht zu glauben. Aber ein Buch haben Sie bestimmt noch nicht gelesen", fügte sie hinzu.

„Abwarten, immer abwarten", sagte der Jüngling. „Welches Buch meinen Sie denn?"

„Den Knigge", sagte die junge Dame, setzte sich zurück und vertiefte sich wieder in ihr Buch.

Claus Brandt / ici

Für Tage mit Sonnenschein

Im Sommer ist wohl jeder ein Sonnenanbeter. Man holt sich einen Sonnenbrand und fühlt sich nachher krank. Warum? Weil man das Sonnenbad falsch nahm.

Günstig ist ein Sonnenbad am Morgen oder Nachmittag, und zwar bei einem Sonnenstand um 60 Grad Höhe, wie er etwa von 8 bis 9 Uhr und 16 bis 17 Uhr während der Sommermonate besteht. Unter dem Einfluß der Kurzwellenstrahlung verfärben sich die kleinen Farbkörnchen bräunlich, die in den Zellschichten unserer Haut vorhanden sind. Man nennt diesen Vorgang „direkte Bräunung", sie verläuft schmerzlos und ohne irgendeine Entzündung. Völlig anders ist die Sonnenbrandwirkung während der mittleren Tagesstunden. Um diese Tageszeit werden neben den Kurzwellen auch die Ultrakurzwellen der Sonne aktiv. Diesmal tritt aber der „Erfolg" nicht sofort ein, sondern zeigt sich erheblich später, manchmal bis zu sieben Stunden nach dem Sonnenbad. Läßt man während eines solchen Bades die Sonne senkrecht auf die Haut prallen, wie es die fanatischen Sonnenanbeter gern tun, so steigt der Grad der Wirkung sehr schnell an.

Beide Umstände, die Verzögerung der Sichtbarkeit und die rasch zunehmende Wirkung, machen jetzt das Sonnenbaden sehr gefährlich, weil man keine unmittelbare Übersicht über die Wirkung hat. Plötzlich, vielleicht nach drei, manchmal aber auch erst nach sieben Stunden, stellt man fest, daß sich die Haut schnell rötet, der Sonnenbrand tritt in Erscheinung, meistens recht schmerzvoll. Die Haut entzündet sich, ist prall mit Blut gefüllt, Fieber tritt ein. Wenn man diese überdosierten ultrakurzen Strahlen auf den ganzen unbedeckten Körper hat wirken lassen, kann schweres Fieber entstehen, das sich zur Lebensgefahr steigert, wenn die Strahlung die Zellkerne der Haut zerstört und das giftige Histamin erzeugt hat. Mit dem Sonnenbad während der mittleren Tagesstunden müssen wir also sehr vorsichtig umgehen.

Vergessen wir auch nicht das Sonnenschutzmittel, ehe wir uns in die Sonne legen oder wenn wir uns sonst lange im Freien aufhalten wollen. Diese Sonnenschutzmittel sind durchaus kein kosmetischer Luxus, sondern sie sind ungeheuer wichtig, weil sie wohl die wohltätigen ultravioletten Langwellenstrahlen wirksam werden lassen, die schädlichen Kurzwellenstrahlen aber fernhalten.

Almut Lammert

Der Menschenfreund

Herr Meier war in tiefster Brust
sich ständig seiner Pflicht bewußt,
als Mensch in allen Lebenslagen
sich edelmütig zu betragen.

Er kam auf allen seinen Wegen
den Menschen liebevoll entgegen
und war zu jeder Tageszeit
zu Freundschaftsdiensten gern bereit.

Doch ach: je mehr er sich bemühte,
je stärker ab die Mitwelt brühte
und wollte im Geschäftsverkehr
vom guten Meier immer mehr.

Bald ruhte auf Herrn Meiers Kosten
sich jeder aus auf seinem Posten.
– Moral: Gelegenheit macht Diebe,
das gilt auch für die Menschenliebe!

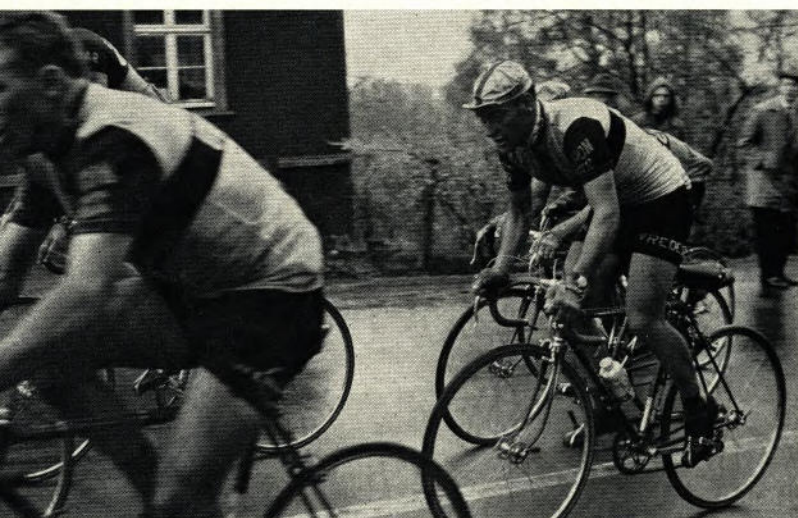


Fotowettbewerb

UNSER MAI-THEMA: „SPORT“

- | | | |
|---|------------------|--------------------------|
| ① | Wolfgang Witte | Hoesch AG Westfalenhütte |
| ② | Klemens Elsner | Hoesch Eisenhandel |
| ③ | Hans Reineke | Hoesch AG Bergbau |
| ④ | Günter Pesch | Hoesch AG Bergbau |
| ⑤ | Manfred Oshowski | Hoesch AG Westfalenhütte |

Für den WERK UND WIR-Fotowettbewerb bitten wir unsere Leser, bis zum 3. Juni 1964 Aufnahmen zu dem Thema „Freizeit“ und bis zum 3. Juli 1964 zum Thema „Schnapschüsse“ einzusenden



①



②



③



④



